

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Ernst Wittmann, Magdeburg, Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Blannich & Co., Magdeburg, Schulstraße 2. Dringlitz, 3. Beilage: 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. Dringlitz, 3. Beilage: 1794, für Druckerei 961

Brannumeration zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 1 Mk. 10 Pf. Der Preis für den Versand nach Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf., bei den Postämtern 2.25 Mk. Beleggeld Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die 7spaltige Kolonietabelle 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Weltanschauung Blatt 1 Mk. Beleggeldpreisliste Seite 429

Nr. 42.

Magdeburg, Sonnabend den 19. Februar 1910.

21. Jahrgang.

Die Vorrechte der Militäranwärter abgelehnt!

Der nationalliberal-konservative Schacher.

Was jetzt in der 28gliedrigen Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses geschieht, in der über das Schicksal der schändlichen Vorlage Bethmann-Hollwegs beraten wird, steht in scharfem Widerspruch zum allgemeinen Volksempfinden, das die Verschärfung des Regierungsentwurfs sofort und unter allen Umständen fordert.

Beinlich und beklemmend wirken die Galvanisierungsversuche, die dort an einem verwesenden Leichnam gemacht werden. Nur mit Empörung kann man an die Möglichkeit denken, daß der Dreiklassenlandtag es wirklich wagen könnte, die Vorlage — etwa mit einigen „Verbesserungen“ versehen — als Wahlreform passieren zu lassen. Jeder Freund einer wirklichen Wahlreform muß wünschen und dahin wirken, daß uns diese Möglichkeit erspart bleibt, und daß die Regierungsvorlage zum Schluß in den Papierkorb wandert, gleichgültig, was immer an den Verschönerungen ihr angeklebt und aufgepfropft worden ist.

Auf den Freisinn wird man sich dabei ausnahmsweise vielleicht doch verlassen dürfen, denn die Annahme des wie immer abgeänderten Regierungsentwurfs würde er vor seinem Anhang kaum verantworten können. Dem Zentrum wird es vielleicht sogar ein Vergnügen machen, wenn das Ganze scheitert, denn es hat dann das Gesicht gewahrt und behält einseitig das unveränderte Dreiklassenwahlrecht, unter dem es sich bisher ganz ausgezeichnet befunden hat. Höchst verdächtig ist aber der Eifer der Nationalliberalen. Diese scheinen es sich in den Kopf gesetzt zu haben, daß auf der Grundlage des Bethmann-Entwurfs „etwas zustande kommen“ muß, und sei es auch etwas noch Schlechteres als das bestehende Dreiklassenwahlrecht.

Zu diesem Zwecke haben die Nationalliberalen den Antrag eingebracht, die Verechtung und Einteilung der Wählerklassen, der sogenannten „Drittteilung“ nicht, wie es die Regierungsvorlage vorschlägt, nach Stimmbezirken, sondern nach ganzen Gemeinden vorzunehmen. Diese Art der Drittteilung, von der irrümlich behauptet worden war, sie sei in der Regierungsvorlage schon enthalten, wurde allgemein als Verschlechterung des bestehenden Zustandes und als eine neue Entrechtung der Arbeiter zurückgewiesen. Trotzdem nun die Vertreter des Freisinn und der Sozialdemokratie in der Kommission erklärten, die Beseitigung der Bezirksdrittteilung bedeute die Beseitigung sämtlicher Sozialdemokraten aus dem Hause, ließen die Nationalliberalen es sich nicht nehmen, einen Antrag zu stellen, wonach die Bezirksdrittteilung durch die Gemeindedrittteilung ersetzt werden soll. Für diesen Antrag sind auch die Freikonservativen eingetreten, während die Konservativen und die Regierung sich ihre Stellungnahme vorbehalten.

Das heißt also: die Nationalliberalen bringen den Konservativen eine neue reaktionäre Verschärfung des Dreiklassenwahlrechts auf silberner Platte entgegen. Die Konservativen zieren sich einseitig und spielen die Schlichter. Aber lange kann dies amnütige Spiel nicht dauern und man wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach einigen. Hier das geheime Wahlrecht, dort die Gemeindedrittteilung! Hier die Köpfe der sozialdemokratischen Abgeordneten, hier die Zusage, daß preussische Beamte nicht mehr gemarginalt werden sollen, wenn sie nationalliberal wählen! Ein Bloßgeschäft!

Die Nationalliberalen handeln damit in ihrer Art konsequent. Nachdem sie die Annahme des Reichstagswahlrechts in der Kommission durch ihre Stimmen verhindert, sich also praktisch zum Dreiklassenwahlrecht bekannt haben, arbeiten sie jetzt daran, dieses volksfeindliche System zu stützen und zu festigen, um dabei womöglich ein kleines Profitchen für das eigne enge Fraktionsinteresse herauszuschlagen. Obgleich die Dienste, die sie dem Zentrum durch ihr gegenwärtiges Verhalten leisten, einfach unzahlbar sind, werden sie mit einem Trintgeld zufrieden sein.

Die Nationalliberalen scheinen noch immer nicht begriffen zu haben, in welchen scharfen Gegensatz sie sich durch ihre unehrliche Verhalten zur Masse des Volkes stellen. Sie scheinen zu vergessen, daß die Arbeit der Kommission, die sie zum Deckmantel ihrer Umtriebe benutzen, sich nicht mehr wie sonst in der Dunkelkammer vollzieht und daß die Sinne des Volkes für alles geschärft sind, was nach Betrug und Verrat aussieht.

Die Nationalliberalen gehen einen gefährlichen Weg! Sie gehen ihn, wiewohl sie durch den Ausfall der bisherigen Reichstagsersatzwahlen hinfänglich gewarnt worden sind! —

Die Wahlrechtskommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses setzte am Donnerstag vormittag die Beratung der Vorlage bei § 6, der von der

Einteilung in Stimmbezirke

handelt, fort. Die Nationalliberalen begründeten hierzu einen Antrag, die Drittteilung der Wähler nicht in den einzelnen Stimmbezirken, sondern in Wahlkreisen vorzunehmen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrags wollen sie in Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde vorschreiben. Das bisherige System habe die allergrößten Ungleichheiten herbeigeführt. In einem Bezirk wähle vielleicht der Besitzer eines Fabrikanten in der ersten Abteilung, während sein Herr in einem andern Wahlbezirk, in dem eine große Zahl reicher Leute wohnt, in der dritten Abteilung wählen müsse. Diese Auffassung wurde von freikonservativer Seite unterstützt, während das Zentrum sich dagegen erklärte. Ein konservativer Redner betonte, daß seine Partei eine endgültige Stellungnahme durch die heutige Abstimmung nicht herbeiführen wolle. Vorläufig seien die Konservativen davon überzeugt, daß die bisherige Bezirksdrittteilung dem Mittelstand einen großen Einfluß einräumt. Komme man im Laufe der Verhandlungen zu einer andern Ueberzeugung, so würde man dieser Ueberzeugung in einer veränderten Stellungnahme Rechnung tragen. Ein Vertreter der Freisinnigen erklärte, daß diese hinsichtlich der Wirkungen der Bezirksdrittteilung den Nationalliberalen nur durchaus zustimmen können. Diese Drittteilung habe ebenso wie die Freisinnigen Wirkungen, wie zahllose Bestimmungen des Dreiklassenwahlrechts, und deshalb verwerfen die Freisinnigen dieses Wahlrecht grundsätzlich. Etwas anderes sei es aber, ob man in diesem Zusammenhang an eine Aufhebung der Bestimmung herangehen könne. Tatsache sei, daß eine Beseitigung der Bezirksdrittteilung die Beseitigung sämtlicher Freikonservativen aus dem Hause zur Folge haben würde. Die Freisinnigen wollen aber ein Wahlrecht, welches sämtlichen politischen Strömungen einen entsprechenden Zutritt zum Parlament gestatte. Der sozialdemokratische Redner bestätigte, daß die Sozialdemokratie heute überhaupt nur die Möglichkeit habe, Vertreter in das Haus zu wählen, wenn die Bezirksdrittteilung bestehen bleibt. Ein Regierungsvertreter erklärte, wenn die Regierung auch den nationalliberalen Antrag bekämpfe, so erklärte sie doch, daß sie ihre definitive Entscheidung erst fällen werde, nachdem das Abgeordnetenhause über diese Frage entschieden hat. Nachdem die Nationalliberalen den ersten Teil ihres Antrags zur Diskussion gezogen, wurde der zweite Teil gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen abgelehnt.

Magimierung

Zu Absatz 2 des § 6, der die sogenannte Magimierung enthält und in dem bestimmt wird, daß, wenn der gesamte Steuerbetrag eines Wählers die Summe von 5000 Mark übersteigt, der Ueberschuß nicht angerechnet wird, lag ein freikonservativer Antrag vor, der dem Absatz folgende Fassung geben will: „Ueberschreitet die Einkommensteuer eines Wählers die Summe von 2000 Mark, so wird der Ueberschuß nicht den darauf entfallenden Kommunalzuschlägen nicht angerechnet.“

Die Kommission beschloß gleichzeitig die Beratung des § 7 vorzunehmen, der von der Einteilung der Wähler in die einzelnen Abteilungen handelt. Hierzu beantragten die Nationalliberalen, daß die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß. Wo diese Zahlen nach Maßgabe der Steuerbeträge nicht erreicht sind, werden zur Ergänzung Wähler aus der nächstfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangenden Steuerleistungen berufen.

Die Freisinnigen beantragten hierzu die Abänderung, daß der ersten Abteilung mindestens zwei Zehntel, der zweiten mindestens drei Zehntel der Wähler zugewiesen werden sollen. In der Debatte sprachen sich die Konservativen, Freikonservativen und das Zentrum gegen die Anträge der Nationalliberalen und Freisinnigen aus.

Alle Parteien mit Ausnahme der Freikonservativen selbst bekämpften den Antrag der letztern. Hervorgehoben wurde, daß die Regierungsvorlage weniger plutokratisch wirke als der freikonservativer Antrag. Die Regierungsvorlage wolle unter allen Umständen 5000 Mark als obere Grenze der anrechnungsfähigen Steuer haben. Beim Antrag der Freikonservativen könnte allein schon in solchen Gemeinden, in denen hohe Grundsteuerzuschläge erhoben werden, der Betrag der anrechnungsfähigen Einkommensteuer weit über 5000 Mark hinausgehen. Dazu kämen noch die sämtlichen Realsteuern, die nach dem freikonservativen Antrag unter allen Umständen angerechnet werden können. Von liberaler Seite wurde hervorgehoben, daß dieser Antrag besonders auch eine Begünstigung des ländlichen Großgrundbesitzes zur Folge haben werde. Gegen die Anträge der Nationalliberalen und Freisinnigen wurde von konservativen Rednern eingewendet, daß die Regierungsvorlage schon das Wahlrecht der oberen Klassen vom Standpunkt der Steuerleistung durch die Magimierung herabdrücke. Die liberalen Anträge wollten dazu auch noch eine Beschränkung der höhern Steuerzahler betreffen. Das Zentrum erklärte sich gegen die Anträge der Nationalliberalen und Freisinnigen, bezog sich auf die Abstimmung aber nur als eine vorläufige.

Der sozialdemokratische Vertreter erklärte sich in erster Linie für den freisinnigen Antrag, falls dieser abgelehnt wird, für den nationalliberalen Antrag, da durch sie immerhin eine gewisse Milderung der plutokratischen Wirkungen des Wahlgesetzes erreicht werde. Ein Regierungsvertreter bekämpfte die liberalen Anträge mit der Begründung, daß es sich bei diesen nur um eine mechanische, nicht aber um eine organische Aenderung des Wahlrechts handle. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der freisinnige Antrag gegen die

fünf Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, der nationalliberalen Antrag gegen die neun Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, der freikonservativen Antrag gegen die vier Stimmen dieser Partei abgelehnt.

Eine kurze Debatte entspann sich hierauf noch über die Bestimmungen in Absatz 5, § 6, wonach dort, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staate veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern treten sollen. Von freisinniger Seite wird diese Bestimmung demit belächelt, daß es eine Ungerechtigkeit sei, den Gutbesitzern eine große Gebäudesteuer anzurechnen, die sie gar nicht bezahlen. Die Bestimmung der Vorlage wurde gegen die fünf Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die Bestimmungen der Vorlage, wonach der anrechnungsfähige Gesamtsteuerbetrag jedes Wählers auf 5000 Mark nach oben begrenzt wird, wurde mit allen gegen die vier nationalliberalen Stimmen angenommen.

Die Privilegien abgelehnt!

Nach der Mittagspause wurden die §§ 8 und 10 beraten, die gewissen Wählerkategorien nach Maßgabe ihrer Vorbildung oder Stellung im öffentlichen Leben ein höheres Wahlrecht zuweisen wollen. Hierzu lagen folgende Anträge vor: Die Nationalliberalen beantragten die Bestimmung, daß die Prüfung 10 Jahre zurückliegen muß, zu streichen; ferner beantragten sie, daß diejenigen Wähler der zweiten und dritten Klasse einer höhern Klasse zugewiesen werden sollen, die 1. einem staatlichen oder kommunalen oder einem öffentlich-rechtlichen beruflichen Vertretungskörper als gewählte Mitglieder angehören oder angehört haben, oder 2. mehr als 12 Jahre einen und denselben Beruf selbstständig ausgeübt haben, oder 3. mehr als 12 Jahre in einem und demselben privaten Dienstverhältnis oder im öffentlichen Dienste gestanden haben.

Die Freikonservativen beantragten ein Amendement zu diesem Antrag. Danach sollen nur diejenigen Wähler der zweiten und dritten Abteilung in die nächst höhere Abteilung aufrücken, die einem staatlichen oder höhern kommunalen oder einem öffentlich-rechtlichen beruflichen Vertretungskörper als gewählte Mitglieder angehören oder angehört haben. Die Punkte 2 und 3 des nationalliberalen Antrags sollen nach dem freikonservativen Amendement gestrichen werden.

Weiter beantragten die Freikonservativen, den § 9, wonach Vorsteher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats einer kreisangehörigen Stadt, Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeisterei, Amtsmänner eines westfälischen Amtes usw. von der dritten in die zweite Klasse aufrücken sollen, zu streichen. In § 10 soll die Berechtigung zum Aufsteigen in die zweite Abteilung für diejenigen, die seit wenigstens 15 Jahren im Besitz der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden oder wenigstens seit 5 Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund wenigstens 12jähriger militärischen Dienstes besitzen, gestrichen werden und dafür denjenigen diese Berechtigung verliehen werden, die mit einem Einkommen von mehr als 1500 Mark zur Staats Einkommensteuer veranlagt sind und seit mindestens 10 Jahren selbständig Gewerbe oder Landwirtschaft betrieben haben.

Die Konservativen beantragten, die §§ 8 bis 10 in folgender Fassung anzunehmen: § 8. Aus der Abteilung, der sie ihrer Steuerleistung nach angehören, werden der nächst höheren Abteilung zugewiesen: Wähler der zweiten und dritten Abteilung, die entweder 1. dem deutschen Reichstag oder dem preussischen Landtag als Mitglieder angehören, oder 2. gewählte Mitglieder eines preussischen Provinzialrats, Provinzialausschusses, Landesauschusses oder Bezirksauschusses sind, oder 3. Mitglieder einer preussischen Handels-, Landwirtschafts-, Handels- oder Arbeitskammer sind, oder 4. in einer dieser Stellungen sich wenigstens 10 Jahre lang befunden haben. — § 9. Der zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, welche im unbefristeten Ehrenamt entweder 1. Reichsdeputierte oder gewählte Mitglieder eines Kreis- oder Stadtausschusses sind, oder 2. Vorsteher oder Mitglieder des Magistrats einer Stadt, Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeisterei usw. oder 3. Vorsteher der Innungen, Waisenräte, Stabesbeamte sind, oder 4. diejenigen, welche in einer dieser Stellungen sich 10 Jahre befunden haben.

Ferner haben die Konservativen für den Fall der Annahme des § 10 den Centralantrag gestellt, daß in die zweite Abteilung diejenigen einrücken können, die mit einem Einkommen von mehr als 1500 Mark zur Staats Einkommensteuer veranlagt sind und seit wenigstens 15 Jahre als Handel, Gewerbebetreibende oder als Landwirte diesen ihren Beruf in einem selbständigen eignen Betrieb ausüben.

Ein konservativer Redner betonte, daß seine Partei an dem alten Grundsatz des preussischen Wahlrechts festhalte, daß das Maß des Wahlrechts durch das Maß der Leistung bestimmt werden soll, nicht aber durch persönliche Qualifikation bestimmt werden soll. Dieser Grundsatz sei in dem konservativen Antrag dahin ausgebildet, daß die Leistungen nicht nur in reinen Steuerleistungen, sondern auch in persönlichen Leistungen gegenüber dem Staate, den Kommunalverbänden, wie der Öffentlichkeit überhaupt bestehen können. Wenn man diesen Mehrleistungen als Entgelt ein höheres Wahlrecht geben würde, würden dadurch vielleicht mehr Persönlichkeiten für Ehrenämter gewonnen werden können.

Die Staatsregierung vertrat die Ansicht, daß es zweckmäßig sei, neben der Steuerleistung andre Merkmale aufzustellen, die sich in dem Kreis aller jener Persönlichkeiten entnehmen ließen, die dem Staate dienen. Diese Merkmale müßten aber bestimmt und unabweisbar sein. Das sei in den vorliegenden Anträgen, insbesondere in den nationalliberalen, nicht der Fall. Die Regierungsvertreter gaben eine Reihe von statistischen Mitteilungen, aus denen sie zu beweisen suchten, daß

zu Unrecht ein übergroßer Einfluß des Beamtentums auf die Wahlen für den Fall vorausgesetzt werde, daß die Bestimmungen der Vorlage Gesetz werden. In der Mehrzahl aller Fälle wären nach andern Merkmalen vorhanden, die die Beamten und die Akademiker in eine höhere Klasse hinaufbrächten.

Ein nationalliberaler Redner erklärte die Bestimmungen des Entwurfs über das höhere Stimmrecht für unannehmbar. Einerseits stimmte seine Partei dem Grundgedanken zu, neben der Steuerleistung gewisse andere Kriterien für ein höheres Wahlrecht anzuerkennen. Hierbei werde man den Beamten nicht ganz weglassen können. Das einjährig-freiwillige Examen sei jedenfalls kein Maßstab für die abgeschlossene Bildung. Andererseits sei es unrichtig, die Beamten allein zu bevorzugen. Deshalb hätten die Nationalliberalen in ihrem Antrag versucht, auch andere Bevölkerungskreise, insbesondere die selbstständigen Gewerbetreibenden und die Arbeiter, welche längere Zeit hindurch in einem gewissen Dienstverhältnis standen, eines höhern Wahlrechts teilhaftig werden zu lassen.

Ein freisinniger Redner erklärte, daß es dem Standpunkt seiner Partei widerspreche, irgendein höheres Stimmrecht an einzelne Kreise der Bevölkerung auszuheilen. Je mehr Vorschläge hier unterbreitet werden, desto mehr müsse man einsehen, daß es das einzig vernünftige sei, alle Sondergesetze an einzelne Kreise aufzuheben und sie durch das gleiche Wahlrecht zu ersetzen.

Ein anderer konservativer Redner betonte, daß es besser gewesen wäre, wenn die Regierung ihre Vorschläge, insbesondere bezüglich der Petitionierung der unteren Beamtenkreise, nicht gemacht hätte. Der Mittelstand werde dadurch aufs äußerste geschädigt, wie bereits in einer Versammlung von Handwerkskammern mit Entschiedenheit betont worden sei. Das Zentrum erklärte sich gegen die Bestimmungen der Regierungsvorlage wie gegen alle vorliegenden Anträge. Durch die gemachten Vorschläge werde nur der Beamtenapparat politisiert und in die Handwerks- und Landwirtschaftskammern politische Momente hineingetragen.

Der sozialdemokratische Vertreter brandmarkte das ganze System dieses „Kulturkretismus“. Den Besitzenden habe man ohne weiteres das höhere Wahlrecht gegeben, ohne nach der persönlichen Qualifikation zu fragen. Wenn man jetzt noch extra die Bildung privilegieren wolle, so bedeute das nur ein doppeltes Privilegium des Besitzes, da der Bildungserwerb ja abhängig sei von dem Besitz, wie das ja von einem konservativen Redner auch für den kleineren Mittelstand zugegeben sei. Dabei bilde die amtlich attestierte Bildung auch nicht die geringste Gewähr dafür, daß ihre Inhaber Repräsentanten wirklicher Bildung seien. Viele Abgeordnete des Zentrums und auch manche der Konservativen befanden sich ja auch nur im Besitz der Volksschulbildung und seien deshalb noch keineswegs ihren gebildeten Fraktionskollegen gegenüber minderwertige Elemente. Wenn der Minister des Innern darauf hingewiesen habe, daß man die ganze Frage nicht vom Standpunkt des Volksinteresses aus, sondern von dem des Staatsinteresses aus beurteilen müsse, so sei das die denkbar schärfste Kritik unteres volksfeindlichen Klassenstaates. Wahrscheinlich sei der Antrag der Nationalliberalen, gerade die Arbeiter zu privilegieren, die 12 Jahre lang ununterbrochen an einer Arbeitsstelle gearbeitet hätten. Gerade die nationalliberalen Vertreter händen doch der Industrie und dem modernen Leben recht nahe. Um so unbegreiflicher sei ihr alternierlich-parteilichlicher Standpunkt. Es könne ihnen doch nicht unbekannt sein, daß gerade die intelligenten und beruflich tüchtigsten Arbeiter im Interesse ihres Fortkommens genötigt sein könnten, ihre Arbeitsstelle zu wechseln. Zudem leide man doch heute im Zeitalter der wirtschaftlichen Kämpfe in dem sich Arbeiterorganisationen und Unternehmerkoalitionen kampfgewirbt und häufig Kämpfe gegenüberständen. Gerade diese sozialen Kämpfe der vorgezeichneten Elemente der Arbeiterklasse machen eine Privilegierung der geistigen und beruflichen Hochbegabung innerhalb der Arbeiterklasse.

Bei der Abstimmung wurden die §§ 8, 9 und 10, sowie alle dazu vorliegenden Abänderungsanträge abgelehnt. Für die Heraushebung der akademisch gebildeten Kreise traten die acht Stimmen der Nationalliberalen und Freikonserwativen ein. Für den Gesamtantrag der Konservativen zu § 10 stimmten nur die Konservativen. Die Ablehnung der Vorschläge der Regierungsvorlage erfolgt einstimmig.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag: Fortsetzung der Beratung bei § 12 (Einzelsbestimmungen über die Technik des Wahlverfahrens).

In Frankfurts Straßen wird geschossen.

Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Schülern und Publikum ist es in der Nacht zum Freitag in den Straßen von Frankfurt a. M. gekommen. Berliner Blauer erhalten in früher Morgenstunden von einem bürgerlichen Berichterstatter ein Telegramm, in dem es heißt:

Die Sozialdemokratie veranstaltete Donnerstag abend in verschiedenen Stadtbezirken fünf Versammlungen, in denen die Hebergeisse der Polizei am letzten Sonntag scharf zurückgewiesen wurden. Während die Versammlungen selbst alle ruhig verliefen, kam es später auf der Zeil, wo sich eine große Menschenmenge angeammelt hatte, zu heftigen Gröhen zwischen Polizei und Publikum. Die sich die Geschwisse eigentlich entwickelt haben, konnte in der Nacht nicht genau festgestellt werden. Ein Schussmann erhielt von einem Zivilisten einen Stich in die Lunge und gab darauf fünf Revolverkugeln in die Menge ab, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Ein 30jähriger Mann erhielt einen Schuß in die Lunge, eine Frau zwei Schüsse in den Oberkörper, ein Mann ebenfalls einen Schuß in den Oberkörper. An einer andern Stelle wurde einem Kriminalschussmann Pfeifer in die Augen geworfen. Er griff zum Revolver und feuerte mehrere Schüsse in die Menge. Aus der Menge heraus wurden Steine auf die Polizei geschleudert. Es soll auch geschossen worden sein. Wiederholt hörte die Schussmannschaft mit blanker Waffe auf die Menge ein und rief sie in die Nebenstraßen zurück.

Das offizielle Wolffsche Depeschenbureau gibt die Darstellung der Polizei mit den folgenden Sätzen:

Was Schuß der für Donnerstag abend von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlungen aus Anlaß des Beschlusses der Polizei am vergangenen Sonntag kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstrierenden, wobei die Schussleute von ihrer Waffe Gebrauch machten. Als die Polizei in der Nähe der Konstablerwache die Demonstrierenden einzusperren zu sehen suchte, erhielt der Schussmann Kambach einen Stich in die Lunge, worauf er fünf Revolverkugeln schoss und einen Mann namens Martin Scheibel mit einem Schuß in die Lunge lebensgefährlich ver-

letzte. Außerdem wurden eine Frau und ein Pader durch Revolverkugeln in die Oberkörper verletzt, mehrere andre Personen erlitten durch Säbelhiebe leichte Verletzungen.

Wie weiter gemeldet wird, wurde der Kriminalschussmann Nitro auf der Konstablerwache mit einem Stockregen bedroht und ihm zweimal hintereinander gestohener Pfeffer ins Gesicht geschleudert, worauf Nitro zwei Revolverkugeln abgab, die aus dem Publikum erwidert wurden. Am Mittwoch nacht trat im Polizeipräsidium die Meldung ein, daß die Polizei in der Fahrgasse mit Schüssen und Steinwürfen angegriffen worden sei.

Das Depeschenbureau „Herold“ dagegen meldet: Der durch einen Lungenschuß schwer verletzte junge Mann heißt Martin Scheibel. Er war aus Meckelsdorf bei Nürnberg zugereist. Die Kravalle scheinen, nach den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung zu schließen, zum Teil von rädankustigen Elementen veranlaßt worden zu sein, die mit der Sache wenig zu tun hatten und in den Versammlungen zum Teil gar nicht gewesen waren.

Das erscheint auch uns durchaus wahrscheinlich. Disziplinäre Sozialdemokraten vermeiden es besonders des Abends und des Nachts, mit der Polizei irgendwie in Verbindung zu kommen. Sie wissen aus so mancher Erfahrung in ihren Kämpfen, daß sich gerade in der Dunkelheit die leichtsinnigen Elemente mit besonderer Vorliebe an ihre Sohlen heften und durch ihr Gebahren die große Sache diskreditieren, mit der sie nicht das geringste zu tun haben. Es ist daher voreilig und unbedacht, wenn das Wolffsche Bureau von Zusammenstößen mit Demonstrierenden spricht. Die Sozialdemokratie demonstriert nicht des Nachts, sondern kämpft für ihr politisches Recht unter der klaren hellen Sonne.

Das hat sie der Frankfurter Polizei zur Genüge am letzten Sonntag demonstriert. Hätten sich die Frankfurter Schussleute in den Tagesstunden des 13. Februar so ruhig und vernünftig benommen, wie die Fürsorge um Ruhe und Ordnung es ihnen gebot, dann wären die Vorkommnisse der letzten Nacht unmöglich gewesen. Erst die ungeheure Entzündung, die die ganz unmotivierte Draufgängerei des letzten Sonntag in allen Schichten der freihellen Frankfurter Bevölkerung ausgelöst hat, hat die Ereignisse der letzten Nacht möglich gemacht. Die Schuld an den letzten Vorkommnissen tragen daher diejenigen Polizeimannschaften, die am Sonntag es für notwendig und zweckdienlich gehalten haben, auf harmlose Spaziergänger, die ihr gesetzliches Recht ausübten, einzuhauen.

Wie am 13. Februar von einer Anzahl Frankfurter Schussleute verfahren worden ist, mögen unsere Leser aus einer summarischen Kritik der „Frankfurter Zeitung“, eines bürgerlichen Blattes, das bis zum 13. Februar den Straßendemonstrationen keinen Geschmack abgemessen konnte:

Bei den Straßendemonstrationen am letzten Sonntag ist wieder einmal das Unwahrscheinliche Ereignis geschehen. In Berlin konnte man nach der Proklamation des Polizeipräsidenten und nach den Erfahrungen, die man bei früheren Gelegenheiten mit den Berliner Schussleuten gemacht hat, mit einiger Zuversicht rechnen. Die Möglichkeit dazu war in reichem Maße vorhanden, da über 100 000 Menschen an den Wahlrechtsdemonstrationen teilgenommen haben; die Schussmannschaft brauchte nur den Ordnungshorizont zu erweitern, und das Unglück wäre dagewesen. Es geschah aber gar nichts, nämlich gar nichts Schlimmes, da die Berliner Polizei, Gott weiß warum, so verständig war, die Demonstrierenden ungehindert ziehen, singen und hochrufen zu lassen. Zur selben Zeit hat die Frankfurter Polizei, die unter dem jetzigen Polizeipräsidenten im Auge guter bürgerlicher Umgangsformen stand, gegen das Publikum, gleichviel ob es demonstrierendes oder nicht demonstrierendes Publikum war, wie Kolaten gegen Muschik gewaltet. Wer nicht selbst das Volksergebe hat, in ihre Hände zu fallen, hört doch immer noch von neuen Seiten, daß die in der letzten Zeit oft gelobte Frankfurter Schussmannschaft in unerhörter Weise gegen ein Publikum vorgegangen ist, das doch nichts Schlimmeres im Sinne hatte als das Berliner das unbehelligt gelassen ist. Man müßte kein Blau und keine Kerpen haben oder ein ganz elender Schlichter sein, um über diese Vorgänge nicht die größte Empörung zu empfinden: in erster Linie natürlich über die Brutalität, die dabei geübt wurde, dann aber auch über die ganze Auffassung der Natur des deutschen Staatsbürgers. Dieser Auffassung, die den Untergrund der Frankfurter und ähnlicher Vorgänge bildet.

Daß in Volkswirungen auch einmal ein Wort fällt, das besser unerwähnt wäre, begräbt sich, und tausend solche Worte wären noch nicht so schwer wie eine einzige Schussmannschaft, die auf dem Publikum herumtrampelt. Deutsche Staatsbürger sind keine Muschik, die ja an solche Behandlung gewöhnt sein mögen. Deutsche Staatsbürger verhalten sich auf ein Entsetzliches alle unumwundene Aggressivität der Polizei und fordern, daß sie sich nicht um Dinge kümmern, die sie nichts angehen, und Straßendemonstrationen geben sie schließendlich nicht an, solange keine Gelege vorliegt. Es kommt darauf an, daß sich auch das Bürgerrecht von Polizeibehörden trennen, wo es etwa noch vorhanden ist, und das Recht behaupten, seine Meinung auch höchstpersönlich auf der Straße zu sagen, wenn es dazu sein will. Denn was dann auch der Polizei zugemacht, daß sie kein deutsches Staatsbürger ist.

Die Vorgänge der letzten Nacht werden für den hier angekündigten Kampf in der Beurteilung der Straßendemonstrationen durch das Bürgertum wertvolles Material hinzugefügt haben. Man lie folgendes Privattelegramm, das uns in früher Nachmittagsstunde zugeht:

In der letzten Nacht sind 67 Personen verletzt worden, darunter der Reichsadelshier und ein Postassistent. Schärer, der seinen Nachdienst antreten wollte und mit den Versammlungen nicht das geringste zu tun hatte. Der Invalide Köhler wurde von Schussleuten angegriffen; ein Geheimer rief: „Invalide oder nicht, nur drauf!“ Der Invalide erhielt einen Schuß in den Kopf, einen Säbelhieb in den Rücken und einen Schuß durch die Beine. Eine Frau wurde von sechs Schussleuten überfallen und zu Boden geworfen, dann hielten die sechs auf die Wehrlose unbarbarisch ein. Die Rettungswache hatte die ganze Nacht zu tun, um die Verletzten zu verbinden. Die Polizisten provozierten die Passanten durch die fortwährenden Rufe, weiterzugehen. Die Aufregung in der Stadt ist auch in bürgerlichen Kreisen groß.

Wie lange noch und das Breslauer Feuille wird von dem Frankfurter Bürgertum nachgeahmt. In Breslau

stützen nämlich bürgerliche Kreise, die Mitglieder des Sozialliberalen Vereins, zu einem Wahlrechtszug, der am 27. Februar stattfinden soll und zu dem die Genehmigung von dem Breslauer Polizeipräsidium nachgesucht worden ist. Die Liberalen und Sozialdemokraten sind zur Mitbeteiligung eingeladen worden.

So sorgt die preussische Polizei für Wahlrechtskämpfer! So unternimmt sie es, den bürgerlichen Köpfen klarzumachen, um was die Schlacht geht. So wird sie zur gefährlichen Feindin der junkerlichen Regierung, der sie in den Rücken fällt, indem sie ihren Leib zu decken sucht! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. Februar.

Stadtverordnete und Wahlrechtsreform.

Die Magdeburger Stadtverordneten-Versammlung ist immer um einige Herbedlungen hinter andern Stadtverordneten-Versammlungen zurück. Daß sich das auch wieder bei der Behandlung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags zeigen würde, war von vornherein anzunehmen. Während die Stadtverordneten in Charlottenburg, Königsberg, Berlin und andern Städten sich bereits mit der Frage in richtiger Erkenntnis ihrer Dringlichkeit befaßt haben, lehnten die Magdeburger Stadtverordneten die Anerkennung der Dringlichkeit ab! So wenig Verständnis ist unter unsern Stadtvätern für die Wichtigkeit der Wahlrechtsvorlage vorhanden, daß sich nur sage und schreibe drei bürgerliche Stadtverordnete fanden, die mit unsern Genossen für die Dringlichkeit stimmten!

Jeder Tag kann neue wichtige Entscheidungen in der Wahlrechtsfrage bringen. Aber was kümmert das die Magdeburger Stadtverordneten? Zwar ist die Magdeburger Bürgerchaft auf das lebhafteste interessiert daran, daß ihre Interessen bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage berücksichtigt werden, daß zur Wahrung des Friedens unter den Bürgern ein freies Wahlrecht geschaffen wird — die Vertreter dieser Bürgerchaft aber misachten deren Interessen, lassen die Karte laufen wie sie will und greifen nicht so schnell wie nur möglich ein.

Ja sie ließen deutlich durchblicken, daß sie überhaupt nicht eingreifen wollen, daß sie die sachliche Behandlung des Wahlrechtsantrags überhaupt verhindern wollen. In andern Stadtverordneten-Versammlungen sind schon einstimmige Voten gegen die Wahlrechtsvorlage zustande gekommen — in Magdeburg verweigert man sich hinter die Städteordnung, die die Erörterung politischer Angelegenheiten verbietet. Als ob nicht tiefgreifende kommunale Interessen bei der Wahlrechtsfrage in Betracht kämen! Auch die andern Städte werden sich den § 35 der Städteordnung ansehen haben; sie haben aber kein Bedenken gefunden, über die Frage zu verhandeln. In Magdeburg aber ist man in dieser Beziehung „peinlich gewissenhaft“, weil man hinter einem solchen Paragraphen so gut seine Wahlrechtseindacht bestanden kann!

Am gleichen Abend, da die Magdeburger Stadtverordneten die Dringlichkeit des Wahlrechtsantrags ablehnten, beabsichtigten die Berliner Stadtverordneten über einen ähnlichen Antrag und beschloffen einstimmig unter großem Beifall auf allen Seiten des Hauses, gegen das Wahlrechtsgesetz der Regierung zu petitionieren. In Magdeburg hat man weniger Rückgrat. Hier gibt man sich vielmehr Mühe, das schon aufs äußerste verstimmete Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden durch künstliche Auslegung des Städteordnungs-Paragraphen noch mehr zu verkleinern. Bei der Regierung werden unsere Magdeburger Stadtväter dadurch natürlich einen Stein mehr ins Brett bekommen, aber bei allen Leuten, die noch auf kommunale Freiheiten etwas geben, werden sie an Achtung einbüßen. Unsere Stadtväter fordern durch ihr Verhalten die Regierung ja geradezu zu Hebergriffen und zu Eingriffen in das kommunale Selbstverwaltungsrecht heraus. Wie kann man sich da noch wundern oder gar entrüsten, daß die Regierung der Stadt gelegentlich den Thronen auf's Auge und die Knie auf die Brust drückt, wie das bei den in voriger Sitzung verhandelten Schulangelegenheiten der Fall war? Die Magdeburger Stadtverordneten-Versammlung hat es gar nicht besser verdient!

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit unseres Stadtparlamentes will keine Aenderung des Landtagswahlrechts im freihellen Sinne. Sie handelt darum nur konsequent, wenn sie verhindert, daß sich möglichst viele Städte für eine solche Aenderung erklären. Aber die Freisinnigen? Sie geben ihrer platonischen Liebe für ein freies Wahlrecht immer Ausdruck, aber wenn sie etwas Praktisches tun sollen, dann verlagen sie. Wir sind neugierig, ob sich die Gefolgschaft dieser freisinnigen Führer das so ohne weiteres gefallen läßt. Wir glauben doch, daß auch in freisinnigen Kreisen die Erbitterung über die preussische Wahlrechtsreform zu groß ist, daß den schwachmütigen und unentschlossenen freisinnigen Stadtvätern gehörig der Kopf gewaschen werden wird.

Vorausichtlich am nächsten Donnerstag steht der Wahlrechtsantrag zur Geschäftsbearbeitung in der Beratung. Wie dahin die Bürgerchaft ihren Vertretern sagen, wie sie über die Wahlrechtsfrage denkt und welche Art der Erledigung im Stadtparlament sie wünscht? —

Das schlechte Gewissen der Wahlrechtsfeinde.

Das schlechte Gewissen der Nationalliberalen über den Wahlrechtsraub, den ihre Vertreter an dem arbeitenden Volke begehen wollen, sucht man durch allerhand gemachte Entschuldigungen über die Sozialdemokratie zu beruhigen. Die „Magdeburger Zeitung“, die sicher auch schon von der großen Erbitterung Kenntnis erhalten hat, die auch in bürgerlichen Kreisen über die rigorosen Absperrungs- und sonstigen Maßregeln der Polizeibehörde herrscht, bemüht sich jetzt kraupfhaft, diese Maßnahmen zu verteidigen und die Demonstrationen vom Sonntag zu betiteln. In einer Zuschrift läßt sie sich z. B. dieses mittern:

Der weitere Verlauf der Veranstaltung hat klar bewiesen, daß es der Sozialdemokratie nicht um Ruhe und Ordnung, sondern um Erregung der Volksmassen zu tun ist. Die andernstehenden Bürger sollten die Sicherheitsbedenken in dem Maße, die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, unterstützen und nicht, wie es geschehen sein soll, durch abfällige Bemerkungen in Gegenwart der Umstehenden gegen die ihres schweren Amtes waltenden Sicherheitsorgane Partei ergreifen. Daß das Zentrum Neugieriger von sozialdemokratischen Veranstaltungen

1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 42.

Magdeburg, Sonnabend den 19. Februar 1910.

21. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung.

Berlin, 17. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand als ein braunschweigischer Bevollmächtigter.

Ein schlechter Antrag Brandts (Vole) auf Einstellung eines Verfahrens gegen den Abgeordneten Korjanty (Vole) für die Dauer der Session wird debattelos angenommen.

Der Toleranz-Antrag.

Das Zentrum beantragt, den Reichstagspräsidenten zu ersuchen, durch Verhandlungen mit den Bundesstaaten dahin zu wirken, daß Beschränkungen der religiösen Freiheit, soweit solche bestehen, auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt werden.

Die Abgeordneten Albrecht (Soz.) u. Gen. beantragen, dem Antrag folgende Sätze hinzuzufügen:

a) Daß aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keine Beeinträchtigung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten abgeleitet werden darf;

b) Daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf;

c) Daß zur Bewirkung des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft eine schriftliche oder mündliche Erklärung zu genügen hat, die vor dem Amtsgericht des Wohnorts abzugeben und von diesem der Religionsgemeinschaft mitzuteilen ist; das Austrittsverfahren soll kosten- und steuerfrei sein.

Abg. Fürtz zu Löwenstein (Ztr., zur Begründung des Zentrumsantrags): Das Zentrum hat wiederholt Toleranzanträge eingebracht, die nicht immer freundlich aufgenommen, aber doch schließlich angenommen wurden. Die Beschränkungen der Katholiken sind nichts anderes als eine

Fortsetzung des Kulturkampfes

unseligen Angelegenheit. (Sehr richtig! i. Ztr. Sehr unrichtig! v. d. Natl. Hebert. i. Ztr.) Auf dem Boden unsers Antrags können sich alle Parteien zum Schutze der religiösen Freiheit zusammenschließen. Der heute Morgen eingebrachte Antrag der Sozialdemokraten hingegen gibt einen solchen Boden nicht ab. (Sehr richtig! i. Ztr.) Wir beantragen nicht reichsrechtliche Regelung; die Kompetenzfrage scheidet also aus. Der Wortlaut unsers Antrags ist ja zurückhaltend, daß nicht einmal der Schein aufkommen kann, als wollten wir die evangelische Kirche schädigen.

An vielen Orten Deutschlands ist noch so viel Perückenstaub aufgehäuft, daß wir allen Anlaß haben, gründlich zu lästern. (Hebert. links.) Das jüdische Gesetz über die Verteilung der kirchlichen Lizenzen z. B. ist nur scheinbar ein paritätisches, in Wirklichkeit bedeutet es eine schwere Belastung und Ungerechtigkeit gegen die katholische Mehrheit der Bevölkerung. Auch das Gesetz gegen die Orden ist eine schwere Kränkung der Katholiken. (Voh. Sehr richtig! i. Ztr.) Durch die Befämpfung der Orden sind die Verhältnisse in Sachsen so verdunkelt worden, daß man mit Goethe ausrufen muß: „Mehr Licht!“ (Schallende Heiterkeit links.) Redner geht des weitern auf die Kirchengesetzgebung Mecklenburgs und Braunschweig ein und bittet alle Parteien, dem Antrag zuzustimmen. (Bravol i. Ztr.)

Braunschweigischer Geh. Legationsrat Wode n befreitet, daß in Braunschweig die Katholiken zurückgesetzt und in der Ausübung der religiösen Freiheit beschränkt sind; ein Anlaß zur Milderung der Gesetzgebung liege daher nicht vor.

Abg. Windler (Ztr.): Auch wir wünschen allerdings die Beseitigung veralteter Bestimmungen, welche die religiöse Freiheit beeinträchtigen, aber wir wollen kein Eingreifen des Reichstags in diese Fragen.

Abg. Everling (natl.): Ob ausgerechnet die Zentrumspartei zuständig ist, die religiöse Freiheit durch Reichsgesetz herbeizuführen, auf diese interessante Frage will ich nicht weiter eingehen. Aber außerhalb der katholischen Kirche hat man darüber eine feste Meinung. (Sehr richtig! v. d. Liberalen.) Das Zentrum versteht unter religiöser Freiheit auch volle Niederlassungsfreiheit der katholischen Orden. Das wird aber die Mehrheit des deutschen Volkes niemals zugeben. Nach den Wünschen des Zentrums soll die Kirche ihre Privilegien behalten, der Staat aber soll das Aufsichtsrecht verlieren. Wir stehen auf dem geschichtlich gegebenen Boden des gegenwärtigen Kirchenrechts und lehnen,

gerade aus Ehrfurcht vor der Kirche, den Antrag ab. (Bravol v. d. Natl. Lachen i. Ztr.)

Abg. Dr. Müller (Meiningen, Freis. Sp.): Der sozialdemokratische Antrag ist besser als der Zentrumsantrag, da er

Bestimmte konkrete Forderungen

auffstellt, die auch wir stets vertreten haben. Religiöse Intoleranz ist gewiß verwerflich. Wir wünschen Toleranz gegen alle, gegen die Orthodoxen wie die Freireligiösen. (Voh. Zustimmung links.) Der Zentrumsantrag erscheint in seiner jetzigen Fassung ziemlich harmlos, aber Wahrung ist geboten. Die Toleranz, wie das Zentrum sie meint, bedeutet nichts anderes als vermehrte Machtmittel für die katholische Kirche, die zudem noch nicht aufgehört hat, politische Tendenzen zu verfolgen. Auch wir verlangen, die Reste der religiösen Intoleranz aus der Gesetzgebung zu tilgen, aber den Zentrumsantrag, als unklar in seiner Fassung, bedenklich in seinen Konsequenzen, gefährlich in seinen Zielen, lehnen wir ab. (Voh. Weis. v. d. Liberalen.)

Abg. David (Soz.): Der Antrag will, daß die bestehenden Beschränkungen der religiösen Freiheit beseitigt werden. Diese Forderung, wie sie da steht, ist eine Forderung des sozialdemokratischen Programms. Damit ist unsere prinzipielle Stellung zu dieser Forderung gegeben, welcher auch unsere bisherige Haltung zu den Anträgen, die unter dem Namen „Toleranzanträge“ vom Zentrum eingebracht wurden, entspricht. Die Herren wissen, daß wir bei der Kulturkampfgesetzgebung an ihrer Seite gesondert haben. Wir taten das, weil wir

gegen alle Ausnahmegeetze

kämpfen. Sie aber haben die Hand dazu geboten, Ausnahmegeetze gegen uns zu machen. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Wir haben es ja auch nicht um des Dantes willen getan, sondern weil wir Weltanschauungsfragen mit rein geistigen Mitteln ausgetragen wissen wollen. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Diese unsere Stellungnahme hat allerdings Herrn Ermsborn, sein vom Reichstag, in einer Versammlung in Weilheim am 1. Februar d. J. nicht verhindert, auszusprechen: „Die Sozialdemokratie ist durch und durch kulturkampferisch!“ (Voh. hört, hört! v. d. Soz. Aufse: Ungehört!) Auch vom Zentrum gilt eben das Wort:

Will man den Dichter recht verstehen,

Muß man in Dichters Lande gehen!

(Heiterkeit.) Angezichts einer solchen Kampfesweise muß man doch fragen, ob die Herren das Gebot beachten, welches sie als christliche Partei doch anerkennen: Du sollst nicht falsches Zeugnis ablegen wider deinen Nächsten. (Hebert. v. d. Soz.) Diese Kampfesweise beleidigt Ihr Leben und Ihre Religion! (Sehr gut u. Bravol v. d. Soz.)

Warum die Kulturkampfpaprole jetzt wieder aufgeführt wird, das ist jedem klar: Sie haben schwere Sünden begangen zu machen. Was Sie bei der Finanzreform getan haben, bleibt aber bei Ihren Wählern unvergessen. (Voh. Zustimmung v. d. Soz.) Jedesmal, wenn Sie etwas getan haben, was Sie vor Ihren Wählern nicht verantworten können, dann soll das Kulturkampfgesetz Sie aus dem Sumpfe ziehen. (Sehr richtig! v. d. Soz.)

Es ist schon gesagt worden, daß die Beschränkungen, die Sie vorbringen, verhältnismäßig gering sind, daß die katholische Kirche in Deutschland tatsächlich nicht unter einem Ausnahmegeetze lebt. Es blieb unklar, daß der Papst selber dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz sagte, die deutschen Katholiken könnten in voller religiöser Freiheit leben. (Hört, hört! links u. v. d. Natl.) Gewiß ein zu beachtendes Zeugnis! Inwiefern auch jeder Schein eines kulturkampferischen Verhaltens muß zerstört werden, die ganze Zentrumspartei ist ja nur ein Produkt des Kulturkampfes. Und wenn ich nun auch den Beschränkungen nicht das Gewicht beilege, wie die Herren vom Zentrum, so kann doch nicht bestritten werden, daß Schranken vorzukommen. Was hat das für einen Zweck? Es trägt nur zur Vertiefung des Zentrums weiter bei. Wenn bei jedem Verstoß des Zentrums, die rücksichtslosen Bestimmungen und die rücksichtslose Praxis auf kirchlichem Gebiet zu beseitigen,

ein furchtbares Angstgeschrei

aus dem evangelischen und liberalen Lager ertönt, wenn man fürchtet, daß bei der vollen Freiheit der katholischen Kirche, bei der Freiheit der Niederlassung für ihre Orden der evangelische Glaube in Gefahr ist, so macht das einen sehr kläglichen Eindruck. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Damit geben Sie (zu den Natl.) sich

ein Zeugnis innerer Schwäche. Nach unsrer Meinung hat die katholische Kirche ein Recht, Prozessionen zu veranstalten, so viel sie will, wenn sie dabei nur im Rahmen des Strafgesetzes bleibt. Es ist ihr Recht, so gut es das unsrige ist, unsere Weltanschauung auf der Straße zum Ausdruck zu bringen. (Voh. sehr richtig! v. d. Soz.) Die Herren vom Evangelischen Bund scheinen keinen Glauben in die sieghafte Kraft ihrer Anschauungen zu haben. Wir Sozialdemokraten scheuen nicht den Kampf mit dem Zentrum auf freiem Boden, denn wir sind der Überzeugung, daß unsere geistigen Waffen den geistigen Waffen des Zentrums überlegen sind. Wir brauchen keine gesetzlichen Einschränkungen für unsere Gegner. (Sehr gut! v. d. Soz.)

Daß nun die Zentrumspartei sich bei ihren Anträgen auf freie Ausübung der Religion von der Idee der Toleranz als Motiv leiten läßt, das glaubt dem Zentrum natürlich kein Mensch. (Voh. Zustimmung links.) Freilich auch das Zentrum kann tolerant sein, das zeigt das Vorgehen des belgischen Bischofskollegiums, das dem verstorbenen König Leopold das Zeugnis ausgestellt hat, er sei ein guter gläubiger Christ gewesen. (Schall. Heiterkeit.) Daß es aber Andersgläubigen gegenüber tolerant sein könne, kann man schon allein nach den Erfahrungen in diesem Haus unmöglich glauben. Bei der Zuchttausvorlage hat seinerzeit das Zentrum beantragt: Mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren Personen das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der Seele leugnet. (Schallende Heiterkeit v. d. Soz.) Mit diesem Antrag, der der echte Zentrumsantrag gewesen ist, eröffneten sie uns den Blick in ihr tiefstes Leben. (Weisfall links.) Sie verlangen

Zuchttausvorlage für Philosophen,

für die Vertreter freier Wissenschaft. Nun hat allerdings Herr von Hertling gesagt, Sie hätten sich inzwischen gebessert, gemauert. Er erklärte am 2. Mai 1906, Sie hätten mit den älteren Theorien gebrochen, Sie stünden auf neuem, modernem Boden. Solche Erklärungen sind ja sehr erfreulich, denn sie zeigen, daß der geistigen Entwicklung sich nicht einmal die Zentrumspartei völlig entziehen kann. Daß aber Herr von Hertling nicht im Namen der ganzen Zentrumspartei sprach, das hat sich u. a. wieder einmal bei dem Falle Herr er erwiesen. Da hat sich u. a. gezeigt, wie weit Sie in Ihrem Herzen von wirklich modernen Anschauungen entfernt sind. Auch bei der Wahl im Kreise Wilhelm-Wipper für die Ihre Toleranz gegen politische Gegner nicht zum besten gezeigt. Ihre Zeitung hat den Mandanten hergelegt, die Vertreter sozialdemokratischer Flugblätter aus dem Orte hinauszuwerfen. Und als das nun wirklich geschehen war, da triumphierte dasselbe Blatt darüber, daß den „modernen Maurbrütern“

ein „handgreiflicher Beweis der Glaubensstreue“

gegeben war. Das ist Ihre Toleranz. (Voh. Sehr gut! v. d. Soz.) Die sozialdemokratischen Flugblattverteiler bezeichnen Sie als Maurbrüder, in Wahrheit sind es aber Ungeheuerderte, die von Maurbrütern ausgeplündert sind. (Voh. Zustimmung v. d. Soz. Zurufe: Von den Maurbrütern des Zentrums!) Angezichts solcher Tatsachen wiegen die Erklärungen des Freiherrn von Hertling nicht allzu schwer. Solche Dinge werfen auch kein schönes Licht auf Ihre Weltanschauung. Eine Weltanschauung, die zu solcher Praxis führt, kann keine gute sein.

Also nicht aus innerem Toleranzbestreben ist Ihr Antrag entsprungen, sondern er will nichts als eine Macht-erweiterung, eine Ausdehnung des Herrschaftsbereichs Ihrer Partei. Wenn Sie die Niederlassungsfreiheit für Ihre Orden verlangen und die freie Ausübung Ihrer Religion, so ist das Ihr Recht, und Sie werden den Tag nicht erleben, an dem ein Sozialdemokrat dagegen auftritt. Ein andres aber ist es, wenn Sie auf das Gebiet der Schule übergreifen wollen. (Voh. Zustimmung links.) Wir erkennen nicht an, daß das Gebiet der Schule mit der freien Ausübung der Religion etwas zu tun hat. Für uns ist

die Schule ein Institut des weltlichen Staates,

der weltlichen Gesellschaft, ein Institut, das die heranwachsende Jugend auszubilden soll, mit dem, was sie bedarf, um die Kultur weiter zu führen. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Ihr Antrag enthält nun ein Ubergreifen auf die Schule nicht, und wir werden ihm zustimmen. Glauben Sie aber nicht, wir hätten Ihnen damit einen Freipaß ausgestellt, das Gebiet der Schule zu usurpieren. Gegen diesen Irrtum lege ich nachdrücklich Verwahrung ein. (Voh. Zustimmung v. d. Soz.)

Auf der Diamantensuche.

Langsam senken sich die Schatten der Nacht auf die endlose Einsamkeit. Dort, wo die Sonne vorhin unterging, mischt sich schnell ein immer kälter werdender blauer Ton in das glühende Rot des westlichen Abendhimmels. Ueber der schweigenden Landschaft schimmern matt die ersten Sterne durch das klare Blaugrün des westlichen Firmaments, während sie im Osten aus dem tiefsten Violett schon ganz deutlich und klar sich abheben. Allmählich verschwinden die jähren Umrisse der kalten zackigen Felsen drüben im Westen im Blaugrau der aufsteigenden Nacht.

Durch die südafrikanische Frühjohmnernacht reitet ein einsamer Reiter, das Gewehr schußfertig quer über den Sattel gelegt und jäh auf Ausschau haltend nach allen Seiten. Wilde Tiere und noch wildere Menschen haufen hier in diesem weltfernen Winkel der Erde. Und jetzt ist es noch immer wie in der Kriegszeit. — Eine auf, eine auf, um mit einem leuchtenden das Pferd, das seinen Reiter schnell hindurchtragen soll durch die gefährlichste Durrstrecke, denn selbst die Schakalas scheitern hier nicht.

Dort tut sich eine riesige Pfanne auf! — Der Boden, auf welchem zur letzten Sommerzeit bräsiges Wasser gestanden haben mag, ist lehmig und von der Sonne hart gebrannt. Kein Graswüchsen weit und breit auf dieser wie Berliner Asphaltstraßen glatten Fläche. — „Kommt, Brauner!“ — Leicht hebt der Reiter dem müden Hufe mit den Füßen den Kopf, ein milder Strich in die Flanke, dann springt es an, federleicht jagt es mit seinem Reiter über die Ebene. Drüben geht es wieder in Dünenland hinein, bergauf, bergab, so steil oft, daß das Tier vorsichtig mit den Vorderfüßen rasend Schritt um Schritt erst festen Boden sucht, um nicht hinunterzurollen in das tiefe Tal. Jetzt tut sich eine Sandfläche auf.

„Vorsicht!“ — ruft der Reiter seinem Tiere zu, das nur zitternd vorwärts drängt — es kennt diese Gegend so gut wie der Mann, den es trägt. Meilenweit ist der Boden von den postlerischen Erdmännchen unterwühlt, ein einziger Fehltritt kann verhängnisvoll werden für Mensch und Tier. Wenn die Sonne drüben im Osten über den Sandbergen aufgeht, muß es durchqueren sein; — so reitet man auf Tod und Leben.

Schon tauchen die schwarzen Schatten der Felsengebirge auf, schon wird hier und da der Boden feiner. Da gibt es plötzlich einen Aus, der Reiter liegt am Boden, das Pferd stöhnend neben ihm. Ein unterdrückter Schuch, dann ein Griff in das Zaumzeug, vergebens — der Braune hat ein Bein gebrochen. Hier hilft kein Besinnen. Schnell dem Tiere die Mündung des Gewehrs an den Kopf gedrückt, dann blüht es auf, das arme Tier hat ausgelitten. Der Wasserjagd, der noch wohl gefüllt war, ist bei dem Sturze ausgeleert: „Nach das noch!“ murmelt der Reiter verzweifelt, dann nimmt er sein Gewehr auf den Rücken und schreitet voran, weiter in die Nacht hinein.

Er läuft und läuft. Als der Morgen graut, ist er immer noch in den kalten durrigen Bergen, weit, weit entfernt von der nächsten Quelle. Die Angst lähmt ihn, — wird er das Ziel erreichen? Immer heißer brennt die Sonne, immer quälender wird der Durst, immer müder der Mann. Manston spürt er um sich, um ein jähartiges Plätschen zu finden, wo er ruhen kann, um in der kühlen Nacht den Weg fortzusetzen. Kaum hat er ein wenig gerastet, peitscht ihn die Angst wieder auf, die Angst vor dem jädrlichen Tode, dem qualvollen Tode des Durststodes. — Der Hals wird trocken und jähert, die Zunge hart, so daß er zu erstickend wähnt, aber immer wieder beflügelt die Angst seine Schritte, peitscht ihn auf, wenn er ruht — „Wasser, Wasser!“ — das ist sein einziger Gedanke. Wie oft hat er es verachtet, wie oft gepöbeln im Kreise fröhlicher Jecher über dieses jede Getränk. Und wie sehr er sich jetzt nach ihm. Wieder bricht er zusammen. Ein kühler Wind, — er legt über das Land, gierig jagt der Wanderer die Luft ein. Dort ein bühnen Gras. Vielleicht hilft das die furchtbaren Qualen des Durstes zu mildern, dem Körper frißne Kräfte zu geben. Manston! — Zimmer wilder tobt der Schmerz, immer furchtbarer quält die Angst, hier elend zu verdursten, wieder sinkt er nieder. — Das Bewußtsein schwindet für einige Augenblicke. Er träumt von Gelagen, — da plötzlich kehrt er wieder jäh zum Bewußtsein zurück. Die Pulse hämmern, ein kraupfartiges Gefühl im Hals, es ist ihm, als ob die spröden Muskeln brechen müßten. Ein wahnsinniges Krächzen gefüllt sich zur Verzweiflung und den körperlichen Schmerzen. Wieder rafft er sich auf, wieder wandt er einige Schritte weiter dem Wasser entgegen. Qualvolle Hufe lispelt er, sie klingen wie „Mutter, Mutter!“ — Und wieder sinkt er hin in den glühend heißen Sand, wieder wird es Nacht um ihn. Zum Neugebirge hat er gegriffen, um sich zu retten, — es nützt nichts. — Die Nacht bricht herein. Lange leuchten schon die zahllosen Sterne an dem dunkeln klaren Himmel, wieder kommt dem Verdurstenden das Bewußtsein zurück und nochmals rafft er sich auf. Mühsam wandt er weiter bis zu jener Höhe, von der aus er in weiter Ferne die bald aufblühenden, bald wieder erlöschenden Feuer der Eingebornen sieht, die dort auf der einsamen Farn wohnen. Er muß das Ziel erreichen! — Als der Morgen graut, hat er sich bis auf wenige Kilometer herangeklettert, aber nun ist seine Kraft zu Ende. Dort liegt er angezichts der Wasserstelle im Sande. — — — Verdurstet!

Etliche Tage später kommt eine Polizeibattaille des Weges. Sie hat die Spuren des Unglücklichen gesehen, auch den Kadaver des Tieres, welches ihn bis an die Berge getragen hat. Gierige Geier haben sich dort gesammelt, und als die Patrouille sich nähert, hüpfen sie mit schwerfälligem Flügelschlag erst ein paar Schritte davon, dann heben sie sich in den tiefblauen Himmel und ziehen langsam ihre Kreise, bis die Menschen da unten, welche ihr Mahl gestört haben, wieder weiterreiten. — Nun steht die Patrouille, welche schon gehofft hat, daß sie den verdursteten Wanderer an der

Wasserstelle finden würde, kurz vor dem Ziele vor dessen Leiche, an der Schakale und Hühner schon genagt haben. — Ein schauerlicher Anblick! — Die Leiche zerlegt, der Körper halb vertrocknet und hier und da angefressen, die Därme herausgezogen, die Haut ist völlig verpöbel. — — — Auf der Farn an der Wasserstelle hat man nichts gehandelt von der furchtbaren Tragödie, welche sich dort gar nicht fern abgespielt hatte.

In dem glühend heißen Sande, an derselben Stelle, wo der Unglückliche verpöbel, wird ein Grab gegraben, der Leichnam hineingelegt, eine kurze Andacht gehalten. — Dann wird ein Tuch über den Toten gebreitet, schwer fallen die Sandmassen in die traurige Grube, über die zum Schutze gegen die Tiere der Widernis Steine gelegt werden. Ein schlichtes Kreuz aus ungehobeltem Ahornholz bezeichnet die Stätte, an welcher ein Mensch den qualvollsten Tod erlitten, der den Menschen nur beschieden sein kann. —

Ein kleines Jewellon.

Der Versprecher. So nannte man, wie das „Gytrablatt“ schreibt, in Künstlerkreisen den Wiener Schauspieler Joseph Wilmann, der dieser Tage im Alter von 68 Jahren gestorben ist. Er war seit 1855 in kleinen Rollen am Burgtheater tätig und als „Versprecher“ unter seinen Kollegen beliebt. In „Fiesco“ hatte er einmal als Comediano zu sagen: „Gnädiger Herr, wo gedachten Sie hin, da Sie Ihre Ehre einem Augenichts preisgaben?“ (14. Auftritt im 2. Akt.) Wilmanns Junge entlegte, und die Worte tollerten folgendermaßen über die Lippen, „Gnädiger Herr, wo gedachten Sie her...“ Gailon, der an diesem Abend den Comediano spielte, konnte nicht umhin, seinem Partner den Komediano „Schafkopf“ zuzusprechen. Ein andermal hatte Wilmann seinen Mitspieler zu fragen: „Ja oder nein?“, jähre aber in den „Schafkopf“ ein oder na“. Ein lautes Gelächter gab Antwort auf diese kühne Interpellation. —

Ein Theater auf dem Ozean. Aus Newport wird berichtet: Mit der nächsten Ausreise der „Mauretania“ von Newport nach England wird zum erstenmal der Plan ausgeführt, den der amerikanische Theaterunternehmer Charles Frohman seit langem begehrt: an Bord des Riesenschiffs wird ein Theaterraum installiert und während der Seereise werden allabendlich Theatervorstellungen stattfinden. Frohman hält die Zeit für diese Schiffstheater für gekommen; der große Verkehr von Künstlern zwischen Amerika und Europa begünstigt den Plan, und wenn der Gedanke in der Praxis Anklang findet, werden die neuen im Bau stehender Riesenschiffe der White Star Line, die an Größe die „Mauretania“ noch übertreffen, mit Theaterjalen ausgerüstet. —

Die Schule ist keine Kirche, die Schulaufsicht gebührt Fachleuten, die aus der Schule herorgehen und sie kennen. In Ansbach wurde lebhaft für die unter einem Aelter stehenden Schulen die geistliche Schulaufsicht aufgehoben, und sofort machte Herr Gerold die Zentrumsmitglieder mobil gegen diese kleine, vermittels aus technischen Gründen erlassene Maßregel. In Versammlungen wurde dagegen protestiert. (Sehr richtig! i. Jtr.) Es wurden 2 Stunden wöchentlich neben dem Schulunterricht noch für den parlamentarischen Unterricht verlangt. (Sehr richtig! i. Jtr.) Wehstatt protestiert wurde auch gegen die Vereinerung der Geschlechter, vor allem in den oberen Klassen. (Sehr richtig! i. Jtr. Zuruf b. d. Soz.: In der Kirche wird die Trennung der Geschlechter doch nicht verlangt! Große Heiterkeit links.) Die Zusage des Zentrums beweisen, daß dies ihre Forderungen sind, daß sie die Schule als Einrichtung der Kirche ansehen. Was für Früchte die konfessionslose Schule zeitigen wird, zeigt ein Fall in Magdeburg, wo vier polnische Arbeiter, gute Katholiken, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, weil sie einen Arbeiter, der nicht an Gott glauben wollte, niedergestochen hatten. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Noch einiges zur Form des Antrags. Der Zentrumsantrag ist zum Teil wörtlich

ein früherer Antrag Stöckers,

wofür um die Stimmen der Konservativen dafür zu erkaufen. Sollen aber damit etwa die fortschrittlichen Beschlüsse preisgegeben werden, die in bezug auf religiöse und Schulangelegenheiten hier im Hause früher mit großer Mehrheit gefaßt sind? Um das zu verhindern haben wir diese Dinge, die bereits mit Zustimmung der Zentrumsparthei und der Liberalen früher angenommen worden sind, in unserem Antrag fixiert. Auch der Präsident, auch der Aelteste soll das Recht auf Achtung vor seiner Weltanschauung haben. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Für jeden Fall der Beschränkung eines Katholiken könnten wir zehn Fälle der Beschränkung von Anhängern freier Anschauungen anführen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie man die Dissidenten vornehmlich in Preußen identifiziert, hat der frühere Kollege Adolf Hoffmann hier drastisch dargestellt.

Nachdem die Konservativen für Ihren Antrag nicht stimmen, fällt jeder Grund für Sie, unsere von Ihnen schon früher beschlossenen Anträge nicht zuzustimmen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die einzige rationale Regelung der ganzen Frage liegt in der Trennung von Kirche und Staat. Der Staat darf nicht aus den allgemeinen Steuern an einzelne Konfessionen Zuschüsse zahlen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Warum die Liberalen für den Zentrumsantrag nicht stimmen wollen, wurde nie aus den Ausführungen von Herrn Müller (Meinungen) nicht klar. Ich hoffe, daß sie für den von uns verarbeiteten Antrag stimmen werden. In der inneren Toleranz herrscht zwischen Konservativen und Liberalen Seelen Gemeinshaft. Ich erinnere an das Wort eines Patres beim Wahlkampf im Siegerer Kreise: „Der Satan sei der erste Liberale gewesen.“ (Große Heiterkeit links.) Die Orthodoxen haben die ganze moderne Fortschrittung als Satanswerk an. Wenn sie sich nicht einigen, so nur, weil sie sich als Konkurrenten im Kampf um die Macht in Preußen fühlen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber ihre Weisheitsgemeinschaft beweisen sie durch ihre Feindschaft gegen alles, was zum Wohle strebt. Und gegen den Blod der Linken hat ja auch Keiser von Gerling den konfessionsliberalen Blod verhängt. Im Jahre dieses Bündnisses schamte Preußen schon lange. Der preussische Ministerpräsident, der seine Zeit hat, herzutreten, wohl aber Zeit, zu einem Bankett der Landwirtschaftsräte zu gehen, hat das auch begriffen. So blind war dieser Philosoph doch nicht, die geistige Stagnation in Deutschland hat selbst b. Reichmanns-Hollweg gesehen. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Die Vereinigung von Zentrum und Konservativen gibt ein klares Bild der Situation. Gegen diesen

Blod der Dunkelmänner

wenden sich auf der andern Seite alle zusammenfinden, die noch an den Fortschritt der Menschheit glauben. Mag die Macht der Dunkelmänner noch so groß sein, wir fürchten sie nicht! Im Gegensatz zu den Angriffen der kirchlich-liberalen Kreise sagen wir: „Und wenn die Welt voll Teufel wäre, und wolle uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen!“ (Lebhafte Bravo! links. Lärm u. rechts.)

Abg. Fr. v. Camp (Rd.) gibt eine kurze Erklärung ab, daß die Reichspartei tolerantes und friedliches Zusammenleben aller Konfessionen wünsche, daß sie aber aus Kompetenzgründen den Zentrumsantrag und natürlich auch den Zusatzantrag Abrecht ablehne.

Abg. Brandts (Pole) tritt für den Antrag des Zentrums ein. Es sei bedauerlich, daß etwas so Selbstverständliches wie Toleranz erst beantragt werden müsse. In Schwirren trennt uns von den Sozialdemokraten eine tiefe Kluft. Wir bezeichnen den Religionsunterricht in der Schule als einen wesentlichen Teil religiöser Erziehung. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.): Wir hoffen auf dem Standpunkte, daß die Regelung der Materie Sache der Landesgesetzgebung ist und lehnen aus diesem Grunde den Antrag Gerling ab.

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr.): Gerade von den Liberalen haben wir Zustimmung erwartet und sind sehr erfreut, daß wir von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken Ablehnung erfahren. Die Kompetenzfrage kommt bei unseren Anträgen gar nicht in Betracht. Sie gehen einen Weg, auf dem uns gerade der vorige Herr Reichstagsleiter nachgewiesen hat. Ich finde, man hat heute weniger gegen meinen Antrag polemisiert, als gegen das, was man dahinter vermutet. Aber es ist wirklich nichts dahinter zu suchen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Es handelt sich hier um

eine Falle, die uns gelegt ist.

(Zuruf b. d. Soz.) Wir lehnen den Antrag ab, weil wir kurzweilig nicht an eine Regelung der ganzen kirchenpolitischen Materie heranzugehen wollen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr.): Das ist nicht mehr persönlich. Die verschiedenen Bestimmungen werden zu Beginn der morgigen Sitzung vorgenommen werden.

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr., persönlich) erklärt gegenüber dem Abg. Dr. David, daß er die Sozialdemokraten nicht als hundertkampferisch, sondern als hundertwunderlich durch und durch bezeichnet habe.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Bericht über die Rede des Herrn Dr. Gerling ist in der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlicht. Herr Dr. Gerling hat sich in der „Kölnischen Volkszeitung“ um Spitzbuben zu sein in der Wahlkreise Trimbach. Die Sozialdemokratie ist hundertwunderlich durch und durch.

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr.): Das ist nicht meine Schuld. Wenn Abg. Dr. David die Sozialdemokraten von allen Seiten nicht mehr misshandelt, so macht die Logik den Namen mit.

Abg. Dr. David: Was diese Behauptung betrifft: ... (Blode des Präsidenten.)

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr.): Das ist nicht mehr persönlich.

Abg. Dr. David: Herr Dr. Gerling hat das heute in einer persönlichen Bemerkung gemacht. (Sehr wahr! links.) Ich will also nur kurz bemerken, daß es einen neuen Aufschwung gibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein Verlesungsantrag wird gegen Herr Reichmanns-Hollweg und Sozialdemokraten abgelesen. Es ist die Her-

Sozialpolitik nach Feierabend.

Es folgt die erste Lesung der Gewerbeordnungsgesetzänderung des § 114a u. 114b. (Kühlerer Beifall.)

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr.) behauptet, daß die wichtigsten Arbeitsverhältnisse nicht in die Vorlage aufgenommen sind.

Abg. Fr. v. Gerling (Jtr.): Die Frage der Aufnahme ist noch nicht gestellt.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Daß man die Beratung sozialpolitischer Gesetze so spät abends beginnt, ist ein Zeichen für die Bewertung der Sozialpolitik von Seiten des Reichstags. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir halten es für angebracht, bei der ersten Beratung zu betonen, welche weitergehende Forderungen wir für eine Revision der Gewerbeordnung haben.

Die Klagen gegen die Lohnbücher haben sich gegen lauter Kleinigkeiten gerichtet. Die Arbeitgeber wollen die Lohnbücher überhaupt nicht, weil durch sie verhindert wird, daß die Arbeiter betrogen werden können. Ich erlaube an, daß die betreffenden Bestimmungen der Vorlage eine Verbesserung bedeuten. Auch werden wir für die

Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts

stimmen. In den Gewerben, in denen durch übermäßige Arbeitszeit Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet sind, sollen nach § 120 der Bundesrats resp. die Landesbehörden Dauer, Beginn und Ende der Arbeitszeit regeln. Dabei ist nur zu berücksichtigen, daß sich einer auf den andern verläßt und es schließlich keiner tut.

Die Vorlage steht erheblich hinter der von 1907 zurück. Demals schrieb ich den Mangel dem Blod zu, aber es scheint, vom schwarzen Blod darf man auch nicht zuviel verlangen. (Heiterkeit.) Vieles ist aus der damaligen Vorlage weggelassen. Ist sich die Regierung vielleicht über die Dinge nicht mehr im Klaren, weil einige Ministerstellen anders besetzt worden sind? (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber die Stagnation der Bureaucratie bewirkt gerade das Vorwärtstreiben des Volkes. Die Regierung ist nicht bloß stehen geblieben, sondern hat sich nach rückwärts entwickelt. Das Volk aber entwickelt sich weiter. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.)

Man hätte bei dieser Gelegenheit an eine Modifikation des gesamten Arbeiterrechts herangehen müssen. Auch müssen vor allem die Arbeiter der Eisenbahnerkräfte der Gewerbeordnung unterstellt werden. Auch die Absicht über die Sonntagruhe bedürfen einer gründlichen Umarbeitung, und ebensowenig ist die Frage der Sicherung des Lohnes in Angriff genommen.

Die Regierung wird auf die Dauer keine Entschuldigung finden dafür, daß sie hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt, mit welcher die Sozialpolitik Schritt zu halten hat. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion und die Vorlage geht an die Hausarbeitskommission. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Unterbrechung Abrecht i. Soz.) über die Reichsmannsche Wahlrechtsänderungen, Etat des Reichsamts des Innern.)

Heber 50 Millionen Mark

Necht eine kleine Gruppe von meist adligen Fufelbrennern alle Jahre ein. Man nennt das „Liebesgabe“, weil jeder Arbeiter, der sein „Schnäppchen“ trinkt, durch seine Großchen dem reichen Junker die Mittel zu einem bequemem und arbeitslosen Leben liefern hilft. Der Arbeiter, der etwas auf sich hält und seine Familie fördern will, trinkt keinen Schnaps mehr und verweigert so die Liebesgabe für die Junker!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 18. Februar 1910.

Talmitoleranz und Sozialpolitik.

Die erste Sitzungsperiode des Reichstags unter der Herrschaft des Schnapsblods weist das selbe unterscheidende Kennzeichen auf wie die erste Sitzungsperiode unter dem Hottentottenblod. Ungefährlich lange, Hirn- und Nerven zerrüttende Daueritzungen, wildes Durchweischen der wichtigsten Gesetzgebungsgegenstände, rücksichtslose Mißachtung der Minderheiten. Der Untertrieb ist höchstens, daß der zurzeit leider erkrankte Graf Zülberg längst nicht ein so willfähriger Diener des Wehrheitsblods war wie Herr Trahn. Graf Stolberg wollte schließlich selbst Verlesungsanträge, wenn es ihm zu bunt wurde; aber Herr Trahn winkt seinen getreuen Anraindunen der Finanzreform, daß sie Verlesungsanträge der Linken niederzulegen. Es ist ja schließlich nicht zu verlangen, daß der Reichstag auf die Presse Rücksicht nimmt, wobei es aber der Presse nicht zu verdenken ist, wenn sie aus dem Verhalten des Reichstags oder vielmehr der Wehrheitspartheien ihre Konsequenzen zieht und die zu nächstlicher Stunde gehaltenen Reden mit der dem Umständen angemessenen lakonischen Kürze behandelt. Zöllmer ist es schon, daß der Reichstag, das edle sozialpolitische Zentrum voran, so wenig Rücksicht nimmt auf seine zahlreich eignen, meist keineswegs glänzend besoldeten auf Saisonarbeit angewiesenen Beamten und Angehörigen. Am allergeringsten aber und ein öffentlicher Mißstand, gegen den das gesamte Volk sich energisch wenden sollte, ist die Wirkung, die diese Methode der Beratung auf die gesamte Gesetzgebung und alle Reichsangelegenheiten ausübt. Die wahrnämige Geharbeit infolge solcher Einberufung führt zur lauzigen Gesetzfabrikation, zum Liegenbleiben der wichtigsten Materien, zum Stocken aller verheißungsvollen Anläufe. Die Sachen, die der Reichstag unentledigt läßt, bilden bald einen Haufen, so groß wie die unentledigten Akten des Reichsgerichts zu Westlar in den selbigen Zeiten des heiligen römischen Reiches deutscher Nation. Ohne Unterchied der Parteirichtung sollte die gesamte Presse dagegen Protest machen.

Der erste Gegenstand der Donnerstag-Tagessordnung im Reichstag hätte vollständig genügt, zu eine Sitzung auszufüllen. Man war auch erst nach 6 Uhr damit fertig. Und trotzdem begann Trahn und der Schnapsblod mit einem neuen Gegenstand, nicht etwa einer Novelle, was noch hätte angehen mögen, sondern mit einer verwickelten sozialpolitischen Vorlage. „Sozialpolitik nach Feierabend“, so nannte mit vorläufiger Kürze Genosse Mollenhuth diese Art des Parlamentarismus.

Der vorher beramte Toleranzantrag des Zentrums, begründet von einem Fürsten v. Löwenstein und allen möglichen lauzigen Fürsten, Fürsten und Fürsten, ist weiter nichts als eine Kulturkassoffiantare, die das Zentrum nicht, um die Dummheit im Lande über keine volkreindliche Politik zu schreiben. An sich ist der Antrag harmlos, und man verzeihe die Liberalen nicht, daß sie nicht dafür stimmen.

Was es mit der wirklichen Toleranz des Zentrums aus sich hat, weiß man, und wurde von Dr. David, unserm Fraktionsredner, mit herzerquickender Deutlichkeit gesagt. Das Zentrum schrieb selbst einen bestätigenden Kommentar zu Davids vorzüglichen, vielfach auch von der bürgerlichen Linken mit Beifall begrüßten Darlegungen, indem es unsern, dem farblosen Zentrumsantrag erst etwas Inhalt gebenden Zusatzantrag ablehnte, obwohl dieser wörtlich aus einem früheren Zentrumsantrag genommen ist! Die namentlichen Abstimmungen über den Antrag des Zentrums und unsern Zusatz finden erst am Freitag statt. Die Gewerbeordnungsnovelle, die Genosse Mollenhuth gründlich beleuchtete, ging an die zur Beratung des Hausarbeitsgesetzes eingesetzte Kommission. Am Freitag steht unsere Interpellation über die Wehrmannsche Wahlrechtsphilosophie auf der Tagesordnung. Eventuell soll der Etat des Innern herankommen. —

Kapitalerhöhungen der Großbanken.

Seit langem wird mit abermaligen Kapitalerhöhungen der großen Finanzinstitute gerechnet. Die bedeutende Ausdehnung ihrer Beteiligungen an industriellen und andern Unternehmungen ließ solche Maßnahmen seit geraumer Zeit als fällig erscheinen.

Daß die Großbanken bisher von der Erhöhung ihrer Kapitalien absehen konnten, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß ihnen aus dem Depostengeschäft immer wachsende Mittel zuströmen, nachdem sie das Netz ihrer Depostenkassen und Filialen ständig erweiterten und die frühere Kundenschaft der privaten Bankfirmen zu ihnen überging. Immer wieder sind in den letzten Wochen Meldungen über bevorstehende Kapitalerhöhungen der führenden Finanzinstitute aufgetaucht, die jedoch meist prompt dementiert wurden. Aber nichtdestoweniger werden sich die angefordigten und dementierten Transaktionen in Kürze vollziehen.

Ganz gewiß wird die Dresdner Bank zu einer Erhöhung ihres Grundkapitals schreiten. Nachfolgen dürfte ihr zunächst die Deutsche Bank. Größere Projekte der Dresdner Bank nähern sich ihrer Ausführung. So verlautet, daß dieses Institut eine der noch wenigen bedeutenden privaten Bankfirmen, das Bankgeschäft E. Heiman in Breslau, aufzunehmen beabsichtigt. Für einen solchen Plan spricht auch die Tatsache, daß die Dresdner Bank in Schlesien keine Vertretung hat, während die andern Großbanken dort über Banken, die ihnen angegliedert sind, verfügen. Allerdings soll die Firma Heiman einer Aufnahme durch die Dresdner Bank noch nicht geneigt sein.

Weiter soll die Dresdner Bank die Errichtung einer Filiale in Paris planen. Zur Ausführung dieses Projekts soll die Absicht bestehen, das Pariser Bankhaus Ward u. Co., das in Brüssel eine Filiale besitzt und vor einiger Zeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, zu übernehmen. Auch die Deutsche Bank hat kürzlich ihre Stellung im Ausland durch Errichtung einer Filiale in Brüssel erweitert.

Unter Führung der Dresdner Bank sollen ferner nach Gerüchten in der Elektrizitäts-Industrie und im Berliner Verkehrswesen wirtschaftlich sehr bedeutsame Unternehmungen geplant sein. Andeutungen lassen darauf schließen, daß versucht wird, einen engen Zusammenschluß der Berliner Straßenbahn mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zum Zwecke der Lösung der Straßenbahnfragen und der Durchführung von Plänen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft für den Bau von Untergrund- und Hochbahnen herbeizuführen. Die Berliner Straßenbahngesellschaft untersteht dem maßgebenden Einfluß der Dresdner Bank.

Aber selbst wenn diese zuletzt ausgesprochenen Vermutungen nicht zuträfen, so bleibt die Tatsache bestehen, daß zwischen der Dresdner Bank und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Verhandlungen über umfassende Projekte bestehen, die bald zu einem Abschluß führen werden.

Auch die Diskontogesellschaft trägt sich mit der Absicht der Kapitalerhöhung, doch wird der hier in Frage kommende Betrag nicht erheblich sein. —

Deutschland.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags unterzog am Donnerstag die Wahl des Abgeordneten Volk (natl., Saarbrücken) einer Nachprüfung. Die Kommission beschloß nach längerer Beratung mit 7 gegen 6 Stimmen, daß die Beeinflussung durch den „Bergmannsfreund“ in Saarbrücken als eine amtliche Beeinflussung anzufassen sei. Ferner wurde amtliche Beeinflussung angenommen, weil der Eisenbahnpräsident in Saarbrücken eine Rede an die Beamten zugunsten des Kandidaten Volk gehalten hat. In Fischbach hatte der Bürgermeister nach Abschluß der Wahlliste diese Liste korrigiert, nach der korrigierten Liste eine neue aufstellen und nach dieser Liste die Wahl vollziehen lassen. Infolgedessen beschloß die Kommission, den Wahlakt zu kassieren. Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl wurde ausgelegt, bis die Referenten die Berechnung beendet haben. —

Gegen den Abonnementversicherungssteuervorschlag. In der Mittwochssitzung des Finanzausschusses der bayerischen Abgeordnetenversammlung kam auch der Versicherungssteuervorschlag, der von einigen Zeitungen betrieben wird, zur Sprache. Die Redner sämtlicher Parteien sprachen die Meinung aus, daß die Abonnementversicherung ein Zustand sei, der so bald als möglich beseitigt werden müsse. Abg. Dr. Wähler (Zentrum) führte aus, die Abonnementversicherung sei ein Unfug, der in sehr vielen Fällen zur Täuschung der Abonnenten führe und geistlich befeuert werden müsse. Wenn es nicht anders gehe, müßten in die neuen Versicherungsgesetze Bestimmungen aufgenommen werden, wodurch ein Unwesen beseitigt wird, das mit dem Zeitungsweesen als solchem gar nichts zu tun hat, aber andererseits charakteristischen Blättern Eingang verschafft. Der Verkehrsminister von Frauendorfer äußerte sich in der gleichen Weise. Er werde, soweit er in der Lage sei, darauf hinwirken, daß dieser Versicherungsanfang so bald als nur möglich abgestellt wird. —

Aus dem meiningischen Landtag. Der Landtag trat in die Spezialberatung ein über das Einkommensteuergesetz. Nach längerer Debatte wurde mit 15 gegen 9 Stimmen beschlossen, das Steuerprivileg des Herzogs aufrechtzuerhalten. Einen kleinen Erfolg hatte die Sozialdemokratie insofern zu verzeichnen, als erreicht wurde, daß die Renten der Invaliden- und Unfallrentner in Zukunft steuerfrei sind. Der betreffende Artikel wurde mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen. Schließlich wurde die Steuerbereinigung der Einkommen bis 900 Mark beschlossen. Außer unien Genossen stimmten die vier Agrarier und drei Bürgerliche für Steuerbereinigung.

Der badische Landtag und die Arbeitslosen-Versicherung. Als am Mittwoch der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung von 10 000 Mark für Arbeitslosenunterstützung besprochen wurde, erklärte die Regierung, daß sie zunächst dem Antrag nicht stattgeben könne, da alle Voraussetzungen seitens des Staates für die Arbeitslosenunterstützung fehlten. Es müsse zunächst eine bessere Organisation des Arbeitsnachweises eintreten. In dieser Beziehung haben die Regierungen bereits Erhebungen veranlaßt. —

6. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 17. Februar.

Stellvertretender Stadtv.-Vorst. Dubigneau eröffnet am Stelle des wegen des Ablebens seiner Mutter abwesenden Vorstehers Kommerzienrat Baensch gegen 4 1/2 Uhr die Sitzung mit der Bekanntgabe der Eingänge, darunter des folgenden von den sozialdemokratischen Stadtverordneten eingebrachten Antrags, der geschäftsordnungsmäßig erledigt werden würde:

In Erwägung, daß die von der Königl. Staatsregierung beim preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzes-Vorlage betreffend die Aenderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten durch Beibehaltung der Klassenwahl, der öffentlichen Abstammung und des ungleichen Wahlrechts auch für unsere Stadt Magdeburg einen höchst ungerechtfertigten und unbefriedigenden Zustand herbeiführen muß,

in Erwägung ferner, daß der Friede unter den Bürgern nicht gefördert wird, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte, in Erwägung endlich, daß die Vorlage in keiner Weise weder dem wirtschaftlichen Fortschritt noch der kulturellen Entwicklung des preussischen Volkes entspricht und daher die Stadt Magdeburg an der Gestaltung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus im hohen Maße interessiert ist,

beschließt die Stadtverordneten-Versammlung, bei dem Abgeordnetenhaus um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu petitionieren und ersucht den Magistrat, dieser Petition beizutreten.

Stadtv. Brandes (Soz.) bittet, den Antrag als dringlich zu betrachten und schon heute darüber zu verhandeln. Während die Staatsregierung ursprünglich in der Wahlrechtsfrage mehr als langsam vorgegangen sei, habe man in der letzten Zeit eine bedeutende Eile gezeigt. In anderen Städten wie Königsberg und Charlottenburg sei ein ähnlicher Antrag ebenfalls schon als dringlich anerkannt und angenommen worden.

Vorsteher Dubigneau: Auf Grund des § 35 der Städte-Ordnung halte ich die Verhandlung des Antrags überhaupt für unzulässig. Da ich aber nicht Vorsitzender bin, sondern nur sein Vertreter, will ich auf meine Meinung nicht bestehen und einer Debatte über die Dringlichkeit Raum geben.

Stadtv. Stern: Es ist für den Vorsitzenden unter allen Umständen verboten, den Antrag zur Verhandlung zu stellen. Ich behalte mir vor, das es näher auszuführen. Zunächst empfehle ich Ihnen, die Dringlichkeit abzulehnen; es handelt sich durchaus nicht um einen Ausnahmefall.

Stadtv. Weims (Soz.): Der Vorredner irrt, wenn er sagt, daß die Verhandlung des Antrags verboten sei. Mein Kollege Brandes hat schon ausgeführt, daß in einer Reihe namhafter Städte ein ähnlich lautender Antrag auf die Tagesordnung gesetzt und erledigt worden ist. Das beweist, daß das Gesetz die Verhandlung darüber nicht verbietet. Wenn man sagt, daß keine Dringlichkeit vorliege, so haben wir andererseits ebenfalls schon gezeigt, daß die Sache eilt. Wir haben die Dringlichkeit schon manches Mal bei weniger wichtigen Dingen anerkannt. Herr Stadtv. Stern wird schwerlich eine andre als seine Meinung dagegen anführen können. (Sehr richtig! auf der Tribüne.)

Vorsteher Dubigneau: Wenn auf der Tribüne noch einmal ein Zwischenruf fällt, lasse ich den Auser entfernen!

Stadtv. Stern ersucht nochmals, die Dringlichkeit abzulehnen. Der stellvertretende Vorsteher wolle ja auch nicht gern der Entscheidung des Vorsitzenden vorgehen.

Die Anerkennung der Dringlichkeit wird dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Stadtv. Dürre, Friedeberg und Wolff abgelehnt.

Verschiedene kleinere Vorlagen über Kanalrohrlegungen, Laternenaufstellungen u. dergl. werden debattelos erledigt. Eine Vorlage über Bewilligung von 680 Mark zur Legung von Gas- und Wasserrohren in der Mühlweinstraße wird abgelehnt. Genehmigung finden einige Ueberführungen. Beschlossen wird, die Ersatzwahl zur Stadtverordneten-Versammlung an Stelle des Kaufmanns Eduard Baensch, welcher sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat, demnächst vorzunehmen. Es handelt sich dabei um eine Wahl der ersten Abteilung.

Für die Wasserrohrverwechslung im Breiten Weg nördlich der Katharinenstraße bis zur Wallstraße werden 4450 Mark bewilligt und 24 000 Mark für die Kanalisierung des Sedanrings über die Kleine Diesdorfer Straße hinaus bis zur Hohendöbeleber Straße und der Kleinen Diesdorfer Straße zwischen dem Körnerplatz und dem Sedanring.

Der Haushaltsplan des Wasserwerks für 1910 wird ohne nennenswerte Debatte genehmigt.

Städtische Bodenpolitik.

Ueber den Haushaltsplan über den städtischen Grundbesitz (mit Ausnahme der öffentlichen Anlagen und der Friedhöfe) berichtet Stadtv. Nitsch (Soz.). Nebner tritt in längerer Ausführungen dafür ein, daß mehr als bisher darauf getan werde, um den Grundbesitz der Stadt zu vermehren. Der Grund und Boden müsse der Spekulation entzogen werden, damit nicht, wie es immer wieder geschehe, Personen, die Kenntnis von Magnahmen der Stadterwaltung über Ankauf von Gelände, Legung von Flußlinien u. dergl. erhalten, diese Kenntnis zu ihren Gunsten ausnützen und über Nacht reich werden können. Die Stadt müsse möglichst viel Grund und Boden in ihre Hand zu bekommen versuchen, wie das z. B. Stettin durch Anlegung eines Grundstücks-erwerbsfonds getan habe. Das sei wichtiger als die Einführung der Wertzuwachssteuer und trage auch dazu bei, die Wohnungsmietpreise in angemessenen Grenzen zu halten. Schließlich erörtert Nebner die Frage, wie dem Wegzug der Industrie vorgebeugt und neue Industrie herangezogen werden könne.

Oberbürgermeister Lenze: Der Magistrat hat immer auf dem Standpunkt gestanden, den Grundbesitz nach Möglichkeit zu vermehren. Die Anlage eines Grundstücks-erwerbsfonds ist für Magdeburg unpraktisch, weil es hier unmöglich ist, daß sich ein solcher Fonds in sich selbst erhält. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung immer, wenn sich eine günstige Gelegenheit bot, den Ankauf von Gelände vorgeschlagen. Von einem Grundstücks-erwerbsfonds könne in Magdeburg nicht geredet werden. Raum in einer andern Stadt sei so viel an Grund und Boden verloren worden wie in Magdeburg. Andererseits seien die Bodenpreise viel höher.

Stadtv. Stern: Wenn er das Wort nehme, so nur deswegen, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß die Versammlung mit dem Berichtsjahre einverstanden sei. Auch er, Nebner, sei dafür, daß die Stadt ihren Besitz wachre. Bei Neuankauf müsse aber sorgfältig entschieden werden, ob das Gelände den Zwecken der Stadt entspreche und im Preis angemessen sei. Leichtfertig sei es, wenn die Stadt sich auf den Standpunkt stellen würde, soviel als möglich Grund und Boden zu erwerben. Nicht anerkennen könne er, Nebner, daß in Magdeburg eine Wohnungsnot herrsche. Die Mieten seien hier vielmehr verhältnismäßig billig. Der gegenwärtige städtische Grundbesitz sei übrigens durchaus ausreichend. Gefunde Hauspekulation sei nötig. Ohne eine solche würde die Bevölkerung nicht die Annehmlichkeit der Ausbreitung der Stadt und damit des Wohnens in den Vororten haben. Die Stadt würde auf ihre Kosten diese Ausbreitung doch nicht vorgenommen haben.

Stadtv. Nitsch (Soz.) tritt dem Vorredner entgegen. Wenn die Mieten in Magdeburg auch nicht so hoch seien wie in Berlin, seien sie doch ständig gestiegen. Eine Wohnungsnot sei hinsichtlich der kleinen Wohnungen doch in Magdeburg vorhanden. Warum zügel denn wohl so viele kleine Leute aus der Stadt hinaus in die Vororte? Wenn das Vorhandensein einer ungeordneten Hauspekulation bestritten wird, so mag man nur einmal den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beiwohnen. Dort kann man hören, welcher Art die Spekulation im Baugewerbe ist.

Nach Erörterung unwesentlicher Einzelheiten des Haushaltsplans wird dieser genehmigt.

Reform des Elektrizitätstarifs.

Den Bericht des Ausschusses für die Vorlage betreffend 1. Herabsetzung des Beitrags zum Erneuerungsbestande des Elektrizitätswerks von 5 Prozent auf 4 Prozent der 6-Millionen-Anleihe; 2. a) Tarifreform für die Abgabe von Strom, b) Aenderung der Mietpreise für die Elektrizitätszähler, c) Aufhebung des unentgeltlichen Glühlampenaustausches erstattet Stadtv. Nitsch. Die Kommission schlägt einen neuen Tarif vor, der für Kraftstrom sich zwischen 18 und 11 Pf. pro Kilowattstunde bewege. Außerdem habe der Ausschuss beschlossen, den Verwaltungsausschuß der Licht- und Wasserwerke zu ermächtigen, von dem allgemeinen Tarif in Einzelfällen abweichende Vereinbarungen zu treffen, und zwar soweit das Industriegelände in Frage kommt, in gemeinschaftlicher Beratung mit dem Ausschuss für die Verwertung des Industriegeländes.

Stadtv. Brandes (Soz.) wendet sich dagegen, daß der Kraftstrom an die Großindustrie unter dem Gestellungspreis abgegeben wird. Er und seine Freunde seien gewiß nicht für eine ungerechtfertigte Belastung der Industrie. Aber selbst in industriellen Kreisen sei der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß die Industrie diese Kosten tragen könne. Es könne doch niemand gutheißen, daß die Großindustrie sich auf Kosten der Klein- und Mittelindustrie billigen Strom liefern lasse. Um die Rechte der Stadtverordneten-Versammlung zu wahren, beantragt Nebner, in den vom Berichtsjahre erwähnten Ermächtigungsantrag die Worte einzufügen „auf die Dauer von 3 Jahren“.

Oberbürgermeister Lenze hat gegen den letzteren Antrag nichts einzuwenden, wünscht aber statt 3 Jahre 5 Jahre zu sehen. Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Müller, Brandes, Dulan, Janide und Hesse wird die Vorlage den Vorschlägen des Ausschusses entsprechend einschließend des auf „5 Jahre“ abgeänderten Antrags Brandes angenommen.

Vom städtischen Armenwesen.

Den Bericht über die Haushaltspläne der Armenkassa, der Säuglingsfürsorge und Berufsvormundschaft, der Armen- und Arbeitsanstalt und der städtischen Erziehungsanstalt erstattet Stadtv. Weims. Er habe den Wunsch ausgesprochen und wiederhole ihn, für die letzten 20 Jahre eine Statistik aufzustellen über das Armenwesen der Stadt Magdeburg. Eine solche für Kommunalpolitiker und Nationalökonomien sicher sehr interessante Statistik existiere leider nicht. Der Magistrat hat ja in Aussicht gestellt, mit dem Leiter der städtischen Armenkassa die Möglichkeit der Aufstellung der Statistik zu besprechen. Sie wird gewiß sehr nicht leicht sein bei der Verschiedenheit der Stats der verschiedenen Jahre. Wenn wir aber den Anfang machen, finden wir vielleicht Nachahmer. Aus dem Haushaltsplan ist auch nicht zu ersehen, wieviel Armenunterstützung die einzelnen Empfänger erhalten und auf wie lange sie gezahlt wird. Meiner Anregung, auch Arbeiter und Arbeiterfrauen zur Armenpflege heranzuziehen, ist nicht geachtet worden.

Steuermann Worringer.

Novelle von Luise Schulze-Wrad.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Verwunderte, scheue Blicke trafen den Mann und die Frau. Dann ging's weiter, die Tür des Hospitals stand schon offen, die Verunglückten wurden hineingebacht. Als Worringer ihnen nachgehen wollte, wehrte man's ihm. Nein, mit herein könne er nicht. Er müsse im Wartezimmer bleiben. Aber erst trockne Kleider anziehen. Jemand kam schon mit frischgewaschenen Anstaltskleidern, trotz seines Sträubens wurde er frottiert, gerieben, umgekleidet, mußte Wein trinken. Und dann kam das Warten. O, diese Stunden, diese unendliche, unmeßbare Zeit, die jetzt hinsichtlich Gretas Mutter saß in der andern Ecke, so weit als möglich von ihm entfernt, jammern, weinend, ihn und sich anklagend. Er fand nicht einmal die Kraft, sie schweigen zu heißen. Er dachte immer nur das gleiche, das eine, Schredliche, gar nicht Auszudenkende. Und sah immer wieder das gleiche Bild, das sich seinen Sinnen förmlich eingebrannt hatte, den sinkenden Kahn mit den dreien darin — auf dem weiten Wasser.

Eine barmherzige Schwester öffnete die Tür des Zimmers. Die Frau schrie ihr entgegen, sich schreiend an sie klammernd. Steuermann Worringer stand bebend auf. Sie lächelte.

„Der Kleine ist bei Besinnung,“ sagte sie froh. „Und mei Fraa! Mei Fraa?“

Er stammelte es, keuchte es. „Ihre Frau ist schon ganz bei sich gewesen! Aber jetzt ist sie wieder ohnmächtig. Die Todesangst vorher, der Schreck, das alles hat sie sehr angegriffen. Aber das ist weiter nicht bedenklich.“

„Und der — der Georg Hessemmer?“

Mit trockener Kehle sagte er's. Die Nonne zuckte die Achseln: „Die beiden Aerzte sind bei ihm. Aber verzweifeln Sie nicht. Es wird alles gut werden. Gott wird helfen. Beten Sie zu ihm. Gott wird Ihre wackere Tat nicht unbefehlt lassen.“

Steuermann Worringer sank auf den Stuhl zurück. Seine wackere Tat. Und Gott sollte sein Gebet hören! Er hatte freilich unsern Herrgott nicht zu oft belästigt mit Gebet. Sonntags in der Kirche, und wenn er in großer Not gewesen war.

Seine Schwiegermutter war in der Zimmerecke niedergedrückt, wo vor dem Muttergottesbild ein Lämpchen brannte, und betete halblaut: „Unter deinen Schutz und Schirm — fliehen wir, o heilige Mutter Maria, verschmähe nicht unser Gebet in unsern Nöten, sondern erlöse uns jederzeit aus aller Gefahr —“

Er hätte gern mitgebetet, er faltete die Hände. — Aber wie durfte er beten, er, der das auf dem Gewissen hatte!

Sein Bub war gereckt, ja! Aber das war keine Erleichterung der Vergesslast auf seiner Seele. Wenn der Bub groß wurde und Verstand bekam und wußte, was sein Vater getan hatte, dann würde er ihn hassen und verachten. . . Und seine Frau! —

Die Nonne öffnete wieder die Tür.

„Wenn Sie jetzt kommen wollten, liebe Frau.“

„Und ich,“ stammelte der Mann, „ich?“

Die Nonne lächelte ein wenig verlegen.

„Wenn Sie noch etwas warten wollten! Ihre Frau ist so sehr erregt! Sie — sie wünscht nur ihre Mutter. Nachher — sicherlich —“

Der Mann setzte sich stumm auf seinen Stuhl. Sie wollte ihn nicht sehen. Die Strafe fing schon an! Alle wendeten sich von ihm. Jetzt schon, da noch niemand sein Verbrechen kannte. Aber wenn der Hessemmer wieder zu sich kam, wenn er argwöhnisch wurde, wenn er überlegte, wie das nur kommen konnte, wie das Boot so schnell und schwer led werden konnte, wenn der Verdacht auf ihn fiel —

Er wuschte sich den kalten Schweiß ab. — Nein, er konnte nichts gemerkt haben. — Als das Wasser einzudringen begann, da hatte er sicherlich keine Zeit gehabt, zu untersuchen, wie das nur geschehen konnte. — Da hatte er nur verzweifelt versucht, das Led zu stopfen. Nein, keiner mußte etwas, er brauchte nichts zu fürchten.

Nichts als das eigene Gewissen, das jetzt schon so laut schrie und nie mehr schweigen würde. Nichts als das Schuldgefühl und den Abscheu vor sich selbst und das Bewußtsein, ein Mörder zu sein. — Nein, kein Mörder, kein Mörder! Der Georg Hessemmer mußte leben, mußte, mußte!

Ein kräftiger Schritt kam über den Gang, die Tür ging auf. — Da stand der Doktor, ganz blaß, ganz erschöpft, aber zufrieden nickend.

„Na, Worringer, ein schweres Stück war's, aber wir haben's geschafft.“

„Der — Hessemmer?“ stammelte der Mann.

„St wieder da — ja,“ nickte der Arzt. „n bißchen schwach freilich — hat zuviel Wasser geschluckt — das schmeckt dem Binger Schiffer nicht, hahaha!“

Er lachte über seinen Wisz.

„Herr Doktor!“

„Ja ja! Und wird in ein paar Tagen wieder gesund sein wie ein Fisch im Wasser. Und Euch hat er das zu verdanken. Drei Menschen in zwei Minuten aus dem Rheine zu fischen — Donnerwetter, das ist ein tüchtiges Stück Arbeit. Das macht Euch nicht so leicht einer nach. Das kann nur so ein Riesenmensch wie Ihr!“

Er schüttelte ihm kräftig die Hand.

„Aber, Worringer, Ihr seht elend aus. Hat Euch denn jemand was zu trinken gebracht, was zu essen?“

Steuermann Worringer schüttelte mit Abscheu den Kopf.

Trinken — essen — ihm ekelte.

Der Arzt sah ihn aufmerksam an. Dann fühlte er ihm den Puls, was jener nur widerwillig litt.

„Worringer, Ihr habt ja Schüttelfrost. Geht nach Hause, legt Euch ins Bett, trinkt heißen Wein, packt Euch in Federdecken ein. — Ja so, Ihr habt ja niemand zu Hause. — Ich lasse Euch hier ein Extrazimmer geben. kommt mir.“

Aber der Mann wehrte sich aus Leibeskräften. — Ins Bett — in die Stille und Einsamkeit einer Stube, wo alles in ihm so recht Zeit hatte, riesengroß zu wachsen, ihn zu erdrücken, zu ersticken. Nein, nein!

„Mei Fraa — mei Kind,“ stammelte er. —

„Ja so, Ihr müchtet zu ihr. Na, wartet einen Augenblick, ich gehe nach —“

Es dauerte lange, ehe er zurückkam. Und dann war auch er verlegen.

Ihr könnt nicht zu ihr jetzt. Sie will niemand sehen — Wißt Ihr, der Schrecken, die Angst.“ —

Steuermann Worringer packte das Doktors Arm.

„Sie is krank, sie stirbt.“

„Nein, nein. Herr Doktor! Sie ist nur erregt, krankhaft erregt. Und der Bub schläft fest! Ein Staatsärztl. und jetzt stecke ich Euch ins Bett, ohne Gnade.“

Er wehrte sich nicht länger. Er fühlte sich so schwach auf einmal, so elend, so zerschlagen. — Und die Stube und der Arzt begannen sich um dreie zu drehen. — Halb wie im Traume fühlte er, daß ihn jemand am Arm packte, führte, zog — dann nichts mehr.

(Fortsetzung folgt.)

zugesehen, ist im Ausschuss entgegengetreten worden. Ich wiederhole sie hier. Ich bin der Ansicht, daß geeignete Frauen in Arbeiterkreisen dafür vorhanden sind. Wenn wir die Armenpflege mehr dezentralisieren, so wird das für die Stadt und die Unterhaltungsempfänger nur von Vorteil sein. Stadtb. Müller hat angefragt nach einer Zentrale für die private Wohlfahrtigkeit. Auch über die freie Armenarztwahl ist im Ausschuss geredet worden. Bei der Beratung der anderen Forderungen auf die Lebensmittelpflichtung wiederholt hingewiesen. Ich möchte daher auch empfehlen, die Einkommensgrenze für den Bezug von Stillprämien von 1050 Mark auf 1200 Mark hinaufzusetzen. In der Armen- und Arbeitsanstalt erhalten die weiblichen Insassen im Gegensatz zu den männlichen nur zweimal wöchentlich eine Fleischration von 150 Gramm. Ich beantrage, auch ihnen vier Rationen zu geben.

Stadtb. Dr. Arnold sagt die Aufstellung einer Statistik über Höhe und Dauer der Armenunterstützungen zu. Eine Statistik über das Armenwesen der letzten 20 Jahre wird aufgestellt werden, wenn es geht. Bei den zwei Fleischrationen wöchentlich für die weiblichen Insassen der Armen- und Arbeitsanstalt bitte ich, es zu belassen, weil die Frauen erheblich weniger zu arbeiten brauchen. Die Einkommensgrenze für Stillprämien ist erst auf 1050 Mark herabgesetzt worden. Sie wieder hinaufzusetzen dürfte sich nicht empfehlen. Bei der Frage, ob Arbeiter zur Armenpflege herangezogen werden sollen, ist weniger Qualifikation in Frage gezogen als ihr Zeitmangel erörtert worden.

Stadtb. Froberg wünscht, daß die Armenatmosphäre schneller ausgestellt werden.

In der Einzelberatung wird der Antrag Weims auf Gewährung von wöchentlich vier Fleischrationen an die weiblichen Insassen der Armen- und Arbeitsanstalt angenommen. Die Forderungen werden dann genehmigt.

5-Pf.- oder 10-Pf.-Badetarif?

Stadtb. Heffe berichtet dann über den Haushaltsplan des städtischen Badewesens für 1910. Im nächsten Jahre dürfte der Einrichtung von Licht- und Luftbädern näher getreten werden. Die im vorigen Jahre probeweise eingeführte allgemeine Herabsetzung der Brausebäderpreise bitte der Ausschuss wieder aufzuheben. Die erwartete erheblich größere Beteiligung ist leider nicht eingetroffen. Es war nur ein normaler Zugang von 85 Prozent zu verzeichnen. Wir haben darum keine Veranlassung, den 5-Pfennig-Tarif weitestgehend. Jedoch bemerkt man noch, daß die Errichtung einer Badeanstalt in der Neustadt in Erwägung gezogen sei.

Stadtb. Nitsch (Soz.) beantragt, es bei dem 5-Pf.-Tarif zu belassen. Die Badeanstalten sind gemeinnützige Anstalten, für die die Stadt Zuschüsse bezahlen muß. Wir subventionieren doch auch das Theater, das Arbeiter, die privaten Badeanstalten. Warum nicht auch die Volksbäder? Eine Steuererhöhung braucht deswegen noch nicht einzutreten.

Stadtb. Bartels meint, die Probe sei nicht zugunsten des 5-Pf.-Tarifs ausgefallen. Außer in Einbezug würden nirgend die Brausebäder für 5 Pf. abgegeben.

Stadtrat Luther hat in Magdeburg keine hohen, sondern niedrige Badetarife. Während wir für Saunenbäder 25 Pf. nehmen, erheben andere Städte 50 bis 60 Pf. Wir brauchen zur Mitwirkung bei der Volkshygiene auch die privaten Unternehmer, da wir nicht alle Bäder übernehmen können. Wir müssen deswegen bei unserer Preispolitik auch darauf Rücksicht nehmen, daß die Betriebe der Privaten rentabel bleiben. Wäre infolge der Herabsetzung auf 5 Pf. eine Vermehrung um 50 Prozent eingetreten, so wäre es gut gewesen. Aber das war nicht der Fall, und wenn wir durch einen niedrigeren Tarif fast niemand mehr zum Baden veranlassen, wollen wir dann noch den Tarif beibehalten? Wollen wir neben Einbezug unter allen Städten eine Ausnahme bilden? Durch den 10-Pf.-Tarif werden wir eine Mehrerhebung von 4300 Mark haben, und selbst wenn zunächst ein kleiner Rückgang einträte, so können mit diesem Betrieb später andere Anlagen doch schon wieder vergütet werden.

Stadtb. Vöber: Aus der geringen Vermehrung der Bäder trotz des 5-Pf.-Tarifs scheint meines Erachtens hervorzugehen, daß dieser Preis noch zu teuer ist. Jedoch beantragt, an bestimmten Tagen an Schulfinder unentgeltlich Bäder abzugeben, zieht diesen Antrag aber wieder zurück, nachdem Stadtrat Luther bemerkt hat, daß in allen Schulen Schulbäder eingerichtet seien.

Stadtb. Niemann beantragt, an Erwachsene Sonnabends und Sonntags Bäder für 5 Pf. abzugeben und an zwei Werktagen nachmittags an Kinder.

Stadtb. Müller stellt sich auf den Standpunkt, daß das Badewesen jeder Stadt Geld kosten müsse. Er bittet daher, es noch einige Jahre bei dem 5-Pf.-Tarif zu belassen.

Stadtb. Haupt: Wenn es sich darum handelt, aus den Forderungen herauszugreifen, bei denen einige tausend Mark gespart werden können, so könnte ich Duzende nennen. Ich meine die geringe Bäderaufnahme liegt daran, daß die Insassen überfüllt sind. Sauer Sie mehr Bäder bauen und eine größere Vermehrung der Bäder wird sich einstellen. Die Zunahme der Saunenbäder beruht meines Erachtens nur auf dem übermäßigen Andrang bei den Saunenbädern. Wenn wir für die Unterhaltung der Saunen jährlich 17 000 Mark ausgeben, so können wir uns doch gegen einen Zuschuß für die Volksbäder irgendetwas und für Saunenbäder verhalten.

Bürgermeister Niemann tritt für die Wiedereinführung des 10-Pf.-Tarifs ein. Er macht dabei die Voraussetzung,

daß es dem Magistrat gelungen sei, den Etat auf 25 Millionen Mark zu bilanzieren.

ohne daß eine Steuererhöhung erforderlich sei.

In der weiteren Besprechung beteiligten sich die Stadtverordneten Frisch, Krakenstein, Schwarztopf, Brügemann, Stadtrat Luther, Stadtb. Niemann, Wolf, Niehle, Albert, Haupt, Stern, Weims und Oberbürgermeister Lenke.

Der Antrag Nitsch, es ein weiteres Jahr lang bei dem 5-Pf.-Tarif zu belassen, wird dann mit knapper Mehrheit angenommen. Damit sind die übrigen Anträge gefallen.

Der Etat wird im übrigen genehmigt. Die Erteilung der Baurelaubnis zur Errichtung eines Wohngebäudes auf dem Grundstück Große Diederdorfer Straße Nr. 247, Ecke Walestraße, an den Rentner Peter Becker hier wird ausgesprochen unter der Bedingung, daß das gesamte Gelände vom Dittmannschen Grundstück, soweit es zur Durchführung der Walestraße notwendig ist, der Stadt aufgelassen wird.

Der Ermäßigung der Pacht für die vier Parzellen 55 bis 58 der auf einem Ackerstück der Felder Zindeischen Hauptküstung beim Fort 1 in Jermerleber Feldmark belegenen Gärten von 126,40 Mark auf zusammen 75 Mark jährlich mit Wirkung vom 1. November 1910 ab wird zugestimmt.

Gefuche.

Ein Gesuch der Vereinigung der hiesigen städtischen Schulkatellanten, ihnen 1. gleich den übrigen Magistratsbeamten und Postkellern der Dienstgebäude freie Dienstkleidung zu gewähren zu wollen, 2. zugleich auch die Reinigungsentfäddigung für die Klassenräume und das Jahr von 30 auf 40 Mark, desgl. die Nebenräume von 20 auf 30 Mark und die Maschinenräume, welche mit Linoleum ausgelegt sind, auf 45 Mark zu erhöhen, wird nach kurzer Besprechung auf Vorschlag des Schulauschusses abgelehnt.

Abgelehnt wird ebenfalls ein Gesuch der Vorstehenden des hiesigen Rechtschutzvereins (C. V.) Frau Johanne Birnbaum geb. Radisch um ihre Hinzuziehung bei der bevorstehenden Einrichtungsarbeit des städtischen Jugendfürsorgeamts. Dagegen soll es dem Magistrat überlassen bleiben, ev. Frau Birnbaum hinzuzuziehen.

Ueber ein Gesuch des Deutschen Techniker-Vereins, den im privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigten Technikern eine Erhöhung ihres bisherigen Gehalts gewährt zu werden, berichtet Stadtb. Hud. Er beantragt namens des Eingabenausschusses, den Magistrat zu ersuchen, die Bezüge durchweg um 50 Pf. täglich zu erhöhen.

Stadtb. Brandes (Soz.) beantragt Besprechung. Vor der Abstimmung darüber wünscht Oberbürgermeister Lenke das Wort, das ihm aber vom Vorsitzenden nicht erteilt wird. Der Oberbürgermeister fragt darauf, ob man auch bei Ablehnung der Besprechung über den nach Meinung des Magistrats undurchführbaren Antrag des Eingabenausschusses abstimmen wolle.

Der auf diese Weise verwickelte gewordenen Situation wird dadurch ein Ende bereitet, daß auf Antrag Stern das Gesuch von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Rechtliches für erledigt erklärt wird eine Eingabe des Herrn Karl Wendt hier, Güter-Aldorf-Straße 27, betreffend die Durchführung im Stadttheater.

Der Ergänzung der Bestimmungen a) über Gewährung von Nutzungskosten vom 23. November 1897, b) über Erstattung von Reizeisen vom 23. Oktober 1896 nach der neuen Besoldungsordnung wird zugestimmt.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt. Um 5/4 Uhr wird die öffentliche Sitzung geschlossen. Ihr schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 17. Februar 1910.

Diebstahl. Der Arbeiter Gustav Nemes von hier, geboren 1881, hiehl am 6. Januar d. J. vom Güterbahnhof zu Neustadt einen der Firma Marini u. Brühl gehörigen kupfernen Kessel, den er dann verkaufte. Der Angeklagte erhielt wegen Rückfalldiebstahls 6 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der vorbestraute Arbeiter Otto Silberbach zu Schönebeck, geboren 1885, hiehl im Mai 1909 dem Schankwirt Schröder und der Witwe Schütz vom Bodentraum Wirtschaftsgütern und Kleidungsstücke. Das Schöffengericht verurteilte ihn deswegen am 8. Dezember zu 5 Wochen Gefängnis. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Grünwarenhändler Adolf Ahrens von hier, geboren 1852, wegen Sittlichkeitsverbrechens an einem 12 Jahre alten Kinde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schiffsunglück. Die Schiffsjäger Johannes Schillow, geboren 1872, und Franz Gabriel, geboren 1877, zu Jägenz und Kapdorf, fuhren am 24. März 1909 nachmittags mit dem Schleppdampfer „Gieschen“ und drei Leihkähnen in der Richtung von Plaue nach Kiegritz Stromaufwärts durch den Jhlesanal. Sie sollen dabei die gebotene Vorsicht nicht befolgt und dadurch verschuldet haben, daß der Dampfer bei Berg in der Nähe der Klüßersche mit dem ersten Schleppkahn gegen den linken Pfahlort und dann gegen die rechte

Leinwandbrücke stieß, die beschädigt wurde. Schillow, der Eigentümer des Dampfers ist, soll zu schnell gefahren und in einer zu kurzen Entfernung vor der Klüßersche die Fahrt zu spät verlangsam haben. Gabriel, dem der erste mit Langholz beladene Schleppkahn gehörte, soll darin gefehlt haben, daß er keinen Bootsmann in den Vorderteil des Fahrzeuges hingestellt hatte. Der darauf beschädigte Bootsmann Fiedler erlitt bei dem Versuch, den Anprall zu verhindern, eine Quetschung des rechten Beines. Die beiden Angeklagten stellen ihre Schuld in Abrede und belassen sich gegenseitig. Die Kammer erachtete auf Grund des Beweisergebnisses nur ein Verschulden des Gabriel für erwiesen und verurteilte ihn wegen fahrlässiger Beschädigung einer Wäke und fahrlässiger Körperverletzung zu 75 Mark Geldstrafe ev. 15 Tagen Gefängnis. Schillow wurde wegen ungenügenden Beweises freigesprochen.

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Sitzung vom 16. Februar 1910.

Stadtrat Schum, Vorsitzender. Kaufmann Freye, Kaufmann Braunsdorf, Beisitzer der Arbeitgeber; Expedient Wingerling, Buchhalter Heise, Beisitzer der Arbeitnehmer.

Inverschuldetes Mantel. Der Filialleiter Mantel hatte nach dem der bisherige Filialleiter Sommer plötzlich wegen Erkrankung ins Krankenhaus mußte, ohne Inventur gemacht zu haben. Bei einer späteren Inventur wurde ein Mantel von 31,18 Mark entdeckt, für welches Mäntel haftbar gemacht wurde. Er klagt nun auf Rückzahlung der 31,18 Mark nebst 4 Prozent Zinsen. Ferner auf Entschädigung von 500 Mark wegen kündigungsfreier Entlassung sowie Unzugskosten. Der Vertreter der Beklagten behauptet, daß dem Kläger ordnungsmäßig gekündigt worden sei, was vom Vertreter des Klägers nicht widerlegt werden konnte. Das Urteil lautet: Die beklagte Firma wird verurteilt, an den Kläger 31,18 Mark zu zahlen, da ihm ein Verschulden des Mantels nicht nachgewiesen werden kann. Mit der weiteren Forderung wird Kläger abgewiesen. Von den Kosten des Rechtsstreits trägt die Beklagte 1 Mark, das übrige hat Kläger zu zahlen.

Ohne triftigen Grund entlassen wurde der Lehrling Schönemeyer von der Firma F. W. Wolff. Schönemeyer hat, wie das Urteils seines Alters öfter tun, einige Dummeigenschaften ausgeführt, die von seinem Lehrherrn als große Verbrechen angesehen wurden. Am 1. Oktober 1908 hat Sch. die Lehre angefangen. Im Dezember desselben Jahres hat er, angeblich auf Veranlassung eines andern Jungen, ein Bleidudrohr angebohrt, welches der Lehrherr vom Installeur wieder reparieren lassen mußte. Ein andermal soll er einem seiner Kollegen ein Päckchen Saft aus dem Mund genommen haben; und später — und das wurde ihm vom Lehrherrn sehr schwer angerechnet — wurde in seinem Handgehirn ein Tafer gefunden, den er dem Lehrherrn entwendet haben soll. Der Vater als Vertreter des Lehrlings stellt die angeblichen „Eigentumsvergehen“ seines Sohnes als Dummeigenschaften hin, welche er nicht verteidigen will, aber auch nicht als solche Verbrechen ausgelegt wissen möchte, wie es der Lehrherr kate. Nach längerer Beratung gelangt das Gericht zu demselben Standpunkt wie der Vater des Jungen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen kann es jedoch den Parteien nicht raten, das Lehrverhältnis fortzusetzen. Die Parteien sind schließlich auch damit einverstanden. Auf Wunsch des Herrn Schönemeyer senior wird dann noch den amwesenden Zeugen, welche vom Beklagten mitgebracht, aber nicht gehört worden waren, seitens des Vorsitzenden das Resultat der Verhandlung mitgeteilt.

Bereine und Versammlungen.

Schneider.

In der am 14. Februar im „Bürgerhaus“ stattgefundenen Mitgliederversammlung teilte Eiling mit, daß nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Firma Gebr. Gabriel ein Vertrag abgeschlossen ist, wonach die Firma im Magdeburger Geschäft nach der 1. Klasse und im Budauer Geschäft nach der 2. Klasse entlohnt. Zindert eine Zusammenlegung der beiden Geschäfte statt, so wird ein Teil der 1. und der andere Teil nach der 2. Klasse entlohnt, jedoch muß ein jeder nach der Klasse entlohnt werden, nach der er angestellt worden ist; auch soll den Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, von der 2. Klasse in die 1. aufzurücken. Ueber die Damenschneiderbewegung referierte Vormann. In der englischen Damenschneiderei so führte er aus, sei durch die Einigkeit der Kollegen und durch die Organisation vieler Errungen worden; so fehlende Wochenlöhne und verkürzte Arbeitszeit. Aber noch viele Mängel sind zu beseitigen. Sehr traurig sehe es dagegen in der französischen Damenschneiderei aus, da in dieser meist Kolleginnen beschäftigt sind, welche sich nicht als Arbeiterinnen fühlen und darum zur Organisation nicht zu bewegen sind. Dem ist es auch zuzuschreiben, daß die Arbeitgeber sich gar nicht um die neue Gewerbeordnungsnovelle kümmern und ruhig länger arbeiten lassen als im Gesetz vorgegeschrieben, auch Sonnabends. In der Wäpelfabrik von Lewin u. Söh. Kronprinzstraße, mußte bisher länger gearbeitet werden; Arbeiterinnen, die sich weigern, werden entlassen. Da wir uns in einer hochpolitischen Zeit befinden, wurde von der Versammlung gewünscht, bald einen Vortrag halten zu lassen über „Partei und Gewerkschaften“. Nachdem noch auf die Veranlassungen vom Bildungsausschuss aufmerksam gemacht worden war, gab der Vorsitzende bekannt, daß am 28. Februar eine öffentliche Schneiderversammlung stattfindet, in welcher Brennecke (Braunschweig) über „Arbeitgeberverbände“ sprechen wird.

Besonders billiges Angebot!

Lange & Münzer

Reform - Kinderschürzen

aus la. glatten, getupften und gestreiften
Waschstoffen, reich garniert.

65-80 cm lang
jetzt **1.35**

45 und 50 cm lang

55 und 60 cm lang
jetzt **95 Pf.**

Nur soweit Vorrat!

jetzt 75 Pf.

51a Breiteweg 51a

3. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 42.

Magdeburg, Sonnabend den 19. Februar 1910.

21. Jahrgang.

Aus der Parteibewegung.

Die Parteipresse. Wir lesen im Jüdower Parteiblatt: Mit „Preiseangelegenheiten“ hatte sich am Sonntag die Parteiverammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises zu beschäftigen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend war die Versammlung ungemein stark besucht. Um die Erhöhung des 60 Pf. betragenden Abonnementpreises um 10 Pf. handelte es sich, die von den ärmsten ergebirgischen Kreisen des Verbreitungsbezirks der „Volksstimme“, u. a. dem 20. und 21. Kreise, schon beschlossen worden ist. In den letzten zwei Jahren ist die „Volksstimme“, was Umfang und Inhalt betrifft, weiter ausgebaut, für den 20. und 21. Kreis wie für den 16. Kreis sind besondere Ausgaben geschaffen, und der Text der ganzen Zeitung ist erweitert und verbessert worden. Die Redaktion, die Berichterstattung, der Satz und das Papier kosten natürlich mehr Geld und der Abonnementpreis ist derselbe geblieben. Mit dem Parteiblatt sind die Genossen, auf deren Drängen die kostspieligen Verbesserungen ein- und durchgeführt worden sind, sehr zufrieden, so daß mit allzu großem Widerstand bezüglich der Preiserhöhung nicht zu rechnen war, zumal das Geschäft größere Mittel deshalb bedarf, weil es den Druck des „Zentralarbeiters“ und des „Arbeiter-Magaziners“ nicht mehr hat. Schon längst wäre eine Erhöhung des Abonnementpreises nötig gewesen, brachten nicht die Inflation so hohe Beträge ein. In den zehn Jahren nach der Verschmelzung hat das Unternehmen immer Leberbüchse gebracht; mit nichts wurde feinerzeit angefangen, jetzt repräsentiert das Unternehmen einen Wert von 175 000 Mark. Im vorigen Jahre gab es das erste Defizit in Höhe von 6000 Mark. Da tut denn nun Abhilfe not, um so mehr, als der Mietvertrag abläuft und der „Volksstimme“ ein eigenes Heim geschaffen werden soll. Mit 10 Pf. Aufschlag des Abonnementpreises pro Monat wäre geholfen. Aber der große Augenblick fand ein kleines Geschlecht. Weder der sachliche Bericht des Geschäftsführers, Genossen Landgraf, noch die trefflichen Ausführungen der Genossen Röske, Selbst und der Brechtmissionsmitglieder Feißig, Niemann u. a., die sich in jahrzehntelanger Tätigkeit eine tiefe Kenntnis des Zeitungsbetriebs angeeignet haben, konnten die Mehrheit der Versammlung von der unbedingten Notwendigkeit der 10-Pfennig-Erhöhung überzeugen, mußten sich vielmehr zum Teil persönliche Herabsetzungen gefallen lassen. Nicht kleinlich wurde von manchem Diskussionredner gesprochen und geurteilt über den Zeitungsbetrieb, von dem sie kaum eine Ahnung haben. Und durch die Abstimmung kam der kleine und kleinliche Geist bößig zur Geltung; mit großer Mehrheit wurde die Erhöhung abgelehnt. Stolz können die Chemnitzer Parteigenossen nicht darauf sein, daß sie sich von den armen ergebirgischen Genossen beschämen lassen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die bürgerliche Presse sagt den Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier ab. Unter der sensationellen Ueberschrift „Kein Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier“ läßt sich die bürgerliche Presse in einem Privattelegramm aus Essen melden, daß die Gefahr eines Ausstandes der Ruhrbergleute als beseitigt gelte. Vertreterversammlungen von Arbeiterdelegierten sollen beschlossene haben, mit Rücksicht auf die warme Witterung von einem Streik abzusehen. Wie wir durch eine Anfrage beim Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Bochum in Erfahrung bringen konnten, ist an der Geschichte kein wahres Wort. Diese Notiz ist lediglich ein Produkt der warmen Witterung. Weder ist ein solcher Beschluß gefaßt worden noch haben überhaupt Vertreterversammlungen stattgefunden. Der Verband sieht vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, wenn das Verhalten der Bergherren es erfordert, bei günstiger Konjunktur die Bergarbeiter den Abwehrkampf aufnehmen werden.

Eine vernünftige Ansicht in Lohnfragen. Mehrere Handlungsgesellschaften haben an die Handelskammer für Schwaben das Ansuchen gerichtet, bei den selbständigen Kaufleuten im Bezirk auf eine entsprechende Erhöhung der Gehälter der Angestellten in Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie in den letzten Jahren, neuerlich wieder durch die Reichsfinanzreform verschärft, hinzuwirken zu wollen. Bei der Besprechung der Anträge in der letzten Freitagabend-Sitzung der Handelskammer wurde anerkannt, daß Industrie und Handel ein moralisches Interesse daran zu nehmen haben, die Lage der Angestellten in Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie in den letzten Jahren, neuerlich wieder durch die Reichsfinanzreform verschärft, hinzuwirken zu wollen. Bei der Besprechung der Anträge in der letzten Freitagabend-Sitzung der Handelskammer wurde anerkannt, daß Industrie und Handel ein moralisches Interesse daran zu nehmen haben, die Lage der Angestellten in Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie in den letzten Jahren, neuerlich wieder durch die Reichsfinanzreform verschärft, hinzuwirken zu wollen. Bei der Besprechung der Anträge in der letzten Freitagabend-Sitzung der Handelskammer wurde anerkannt, daß Industrie und Handel ein moralisches Interesse daran zu nehmen haben, die Lage der Angestellten in Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie in den letzten Jahren, neuerlich wieder durch die Reichsfinanzreform verschärft, hinzuwirken zu wollen.

Streik und Lohnansfall. Beim Gewerbegericht Lechhausen wurde vor einiger Zeit eine Massenklage anhängig gemacht. Infolge des Streikes in einer Abteilung der Glühfabrik Lechhausen hatte die Direktion die Arbeitszeit in den anderen Abteilungen bis auf die Hälfte eingeschränkt, ohne die Arbeiter davon vorher in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiter erlitten dadurch unverschuldet einen ganz erheblichen Verdienstausfall, weshalb 309 in 6 Betrieben beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma auf Zahlung des ihnen auf diese Weise entgangenen Verdienstes verklagten. Nach wiederholter Verhandlung kam die Klage nunmehr vor dem Gewerbegericht in Lechhausen zur Entscheidung. Nachdem die Rechtslage in allen Fällen gleich war, wurde ein Fall herausgegriffen, der dann für sämtliche Klagen entscheidend sein soll. Das Gewerbegericht verpflichtete die beklagte Firma zur Zahlung der Entschädigung, und zwar für 17 Tage entgangenen Lohnes. Aus der Urteilsbegründung sei angeführt: „Die §§ 615, 293 und 324 des Bürgerlichen Gesetzbuchs befehlen, daß der Arbeiter von dem Arbeitgeber die vereinbarte Vergütung verlangen kann, wenn der Dienstberechtigte (Arbeitgeber) mit der Annahme der Dienste in Verzug gerät. Der Hare Wortlaut des Gesetzes läßt erkennen, daß der Arbeitgeber auch zahlen muß, wenn er unverschuldet in Verzug gerät. In diesem Falle habe aber die Firma die Schuld zu tragen, da sie durch ihr Verhalten den Streik in der Pumpstation herbeiführt hat. Eine Betriebsstörung lag auch nicht vor, da ein partieller Streik eine solche nicht darstellt.“ — Am gleichen Tage kam auch die Klage von 24 streikenden Arbeitern der Pumpstation gegen die gleiche Firma zur Verhandlung. Die Leute hatten wegen Lohnreduktion und Verzögerung die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte sich nun gemeigert, der als Kaution einbehaltenen Lohn von drei Tagen herauszugeben, weil die Streikenden kontraktbrüchig geworden seien. Auch in diesem Fall entschied das Gericht zugunsten der Kläger. Es sollte fest, daß die Kläger nicht kontraktbrüchig geworden seien, die Firma durch ihr Verhalten vielmehr den Streik verschuldet habe, weshalb die zurückbehaltenen Löhne herausgeholt werden müssen. Die Gesamtsumme der Streitsumme in den vorliegenden Fällen dürfte sich auf etwa 3500 Mark belaufen.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Quedlinburg-Mscherleben-Halbe.

An die Wahlvorstände! Parteigenossen!

Unsre dringlichste Aufgabe ist jetzt, den unabweislichen Agitationsstoff, den uns die sogenannte Wahlreform bietet, nach Kräften auszunutzen. Eine so günstige Gelegenheit, Mitglieder zu gewinnen, bietet sich kaum jemals wieder. Daher ist nach dieser Richtung hin eine ganz besonders rührige Tätigkeit zu entfalten. Wir empfehlen dringend, dazu das Flugblatt zu benutzen, das für diesen Zweck vom Bezirkssekretär herausgegeben wird. Wir bitten, es beim Genossen Weimars direkt zu bestellen. Da zu den Demonstrationsversammlungen am letzten Sonntag die Frauen fast sämtlich am Erscheinen verhindert waren, so ist die Einberufung besonderer Frauenversammlungen zu empfehlen, die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder energisch auszunutzen sind. Mit der gleichen Eile wie an die Gewinnung neuer Mitglieder ist auch an die Gewinnung neuer Abonnenten auf die „Volksstimme“ heranzutreten. Mit Parteigruß
Der Kreisvorstand.

Niederbodeleben, 18. Februar. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet hier am Freitag abend 8 Uhr im „Schwarzen Adler“ statt. Die Tagesordnung lautet: Feststellung des Voranschlags für das Jahr 1910; die vierte Lehrstelle; elektrische Straßenbeleuchtung; Abruch des Gemeindehauses und Lauch; Antrag auf Genehmigung zum Bau eines Gartenhauses an der Schillerstraße; Gampferjang 1910.

(Zur Lokalfrage.) Da der Gastwirt Otto Hein seine Lokalkassen allen Parteien zur Verfügung stellt, ist es Ehrensache der Arbeiter von Niederbodeleben und Schwarleben, dies Lokal zu besuchen, und dadurch die Bewegung zu fördern. Auch die Jugend sei darauf aufmerksam gemacht. Auf die am nächsten Sonntag stattfindende Versammlung wird hiermit hingewiesen.

Affen, 18. Februar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, Grundstücke für die Verpachtung der Einwohnungen auf den städtischen Gewässern auszuheben. Es hatten in diesem Winter einige größere Eisverbraucher eigenmächtig 170 Fuhren Eis von den städtischen Gewässern abgefahren und dabei so wenig Rücksicht auf das den Eisport ausübende Publikum genommen, daß es sich notwendig macht, einige Niederungen, wie die Kuchelache und alte Mühle, völlig aus den Verpachtungen auszuschließen. Für die abgefahrenen 170 Fuhren sollen noch nachträglich je 50 Pfg. pro Fuhre eingezogen werden. Ein Ortsstatut gegen die Verunkultung von Straßen und Plätzen wurde angenommen. Die schon einmal genehmigte Werzuzwachssteuer wurde nochmals zur Abänderung einiger unwesentlicher Punkte vorgelegt. Zugleich betonte der Vorsitzende, Hugo Schmidt, ob es nicht besser wäre, die ganze Feldmark vom Werzuzwachs auszuschließen, sie nur auf die Stadt und deren nächste Nähe zu beschränken, oder ob es überhaupt nicht besser wäre, die ganze Vorlage abzulehnen. Beigeordneter Plade vertrat denselben Standpunkt und meinte, daß es große Arbeit machen würde, die eigentlichen Werte und den Zuwachs festzustellen. Uebrigens wären es jedoch meist weniger bemittelte Leute, die diese Steuer zu zahlen hätten. Stadtv. Genosse Öhring sprach für Einführung dieser Steuer und betonte, daß das Altsch, welches hier für die weniger Bemittelten zutage tritt, eigentlich wohl nur der Verdammel sein sollte, womit sich die Bemittelten vor der Zahlung der Werzuzwachssteuer schützen wollen. In der Abstimmung stimmten für die Einführung außer unsern sechs Genossen noch Stadtverordneter G. Müller, alle übrigen dagegen. Unsre Exulanten können sich wieder ungestört die Taschen füllen, ohne auch nur das geringste an die Gemeinde abgeben zu müssen. Man sieht, wenn einmal ein vernünftiger Beschluß gefaßt ist, kommt Herr Plade in die Sitzung und schwärmt den roten Lappen, dann werden alle früher gefassten Beschlüsse wieder ungelesen, damit ja nicht der Verdacht entsteht, daß man mit der „gemüßigten Seite“, wie Plade immer so schön sagt, sympathisiert.

Mischerleben, 18. Februar. (H i n m e i s.) Auf die am Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung sei nochmals hingewiesen. Die Genossen holen die Flugblätter bei Genosse Greiner am Sonnabend abend ab. Desgleichen sei auf die am Sonntag abend stattfindende Volksvereinsversammlung hingewiesen. Siehe Inserat.

Burg 18. Februar. (Rückgang des Fleischkonjums.) Der Schlachtbericht im städtischen Verwaltungsbericht für 1908/09 weist nach, daß der Fleischkonjum in Burg gegen das Berichtsjahr 1907/08 erheblich zurückgegangen ist. Schon die Zahl der Schlachtungen allein ist um 130 zurückgegangen. Der Unterschied erreicht aber erst in folgenden Zahlen im richtigen Licht: Mehr geschlachtet wurden 12 Pferde, 16 Küber und 129 Hammel, weniger geschlachtet dagegen 81 Rinder, 183 Schweine, 9 Ziegen und 14 Ferkel. Der Verbrauch an Fleisch pro Jahr und Kopf der Bevölkerung hat sich um 2,27 Kilogramm verringert, sagt der Bericht am Schluß. Auch ein „Ersolg“ der agrarischen Zoll- und Lebensmittelpolitik. Ein noch weit trübteres Ergebnis tritt aber zutage, wenn wir die Zahlen der beiden letzten Halbjahre 1908 und 1907 gegenüberstellen. Die Zahlen in Klammern sind die des Vorjahrs. Die Schlachtungen betragen im Oktober 1343 (1216), im November 1373 (1243), im Dezember 1523 (1430), im Januar 1308 (1228), im Februar 1205 (1182) und im März 1197 (1260). Nur im letzten Monat ist ein Mehr von 63 Schlachtungen zu verzeichnen, sonst weisen alle anderen Monate, manche sogar ein recht beträchtliches Minus auf. Der Gesamtumfang in diesen 6 Monaten beträgt allein schon 390 Schlachtungen, also dreimal mehr, als die Gesamtzahl im ganzen Berichtsjahr. Ganz deutlich, wozu der Kurs allmählich zu gehen droht, zeigt der Bericht über die Freibank: „Die Preise für das Fremdlammfleisch waren 30 bis 40 Pfg. für das Pfund. Der Abzug des Fleischs ließ zuweilen sehr zu wünschen übrig.“ heißt es 1907 und „Die Preise für das Freibankfleisch waren durchschnittlich 40 Pfg. für das Pfund. Der Abzug des Fleischs war gegen früher ein beiderer“, lautet dieselbe Stelle im Bericht 1908. Wenn trotzdem der Reinerlös von der Freibank im Jahre 1908 nur 8792,71 Mark gegen 9729,98 Mark im Vorjahr betrug, so hat das seine Ursachen darin, daß im Berichtsjahr weniger infolge der Schlachtungsdränge abgesetzt wurde, bei den Rindern allein 62 Viertel. Eine eingehende Betrachtung des Berichtes würde allerdings noch weit deutlicher zeigen, wie es um den Fleischkonjum der Bevölkerung Burgs beschaffen ist. Der Genus des Bierdesfleischs hat zugenommen, wie die Fleischschlachtungen beweisen. Der Ausfall von 81 Rindern und 183 Schweinen wird ersetzt durch 16 Küber und 129 Hammel. Pro Kopf ist 5 Pfund Fleisch weniger. Wie mag dieses Verhältnis erst pro Kopf der Arbeiterfamilie aussehen?

Segeleben, 18. Februar. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am 18. Februar abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Eiche“ statt. Tagesordnung: Bau eines Lehrerwohnhauses; Terminwahl oder Fristwahl bei den Wahlen zur Gemeindevertretung; Verfertigung der Gemeinde mit Elektrizität; Zuschuß von Schönedel zu den Schulunterhaltungskosten; Ziehen einer Wand im neuen Schulhaus; Unterhaltungskosten. Die Sitzung ist mit Ausnahme des letzten Punktes öffentlich.

Halberstadt, 18. Februar. (Freigesprochen.) Das Schöffengericht verhandelte am Donnerstag gegen einen Handschuhmacher und dessen Frau, die sich wegen Diebstahls bzw. Hehlerei zu verantworten hatten. Die Angeklagten werden beschuldigt, Lederabfälle

im Werte von 3,50 Mark entwendet und verkauft zu haben. Es handelt sich in diesem Fall um ein Recht, das von den Handschuhmachern allgemein schon immer als selbstverständlich betrachtet wird. Bei der Fabrikation der Handschuhe bleiben kleine Lederabfälle zurück, die nicht weiter zu verwenden sind und die für wenige Pfennige verkauft werden. Die Berechtigung zum Verkauf dieser Abfälle leisten die Arbeiter davon ab, daß sie als Hausarbeiter durch die Stellung der Arbeitsräume und Beschaffung von Licht und Heizung erhebliche Unkosten haben, die sie aus dem Erlös bestreiten. Vom Arbeitgeber des Handschuhmachers wurde angeführt, daß die bestehende Arbeitsordnung die Handschuhmacher zur Ablieferung der Lederabfälle verpflichtet. Eine Angestellte habe er angewiesen, auf die Einhaltung dieser Bestimmung zu achten, die jedoch nicht immer streng durchgeführt werde. Das Gericht kam zu keiner Verurteilung, sondern sprach beide Angeklagte frei, da der Gewinn aus dem Verkauf nur gering sein könne. Außerdem sei nicht festgestellt, daß es sich in dem Fall um größere, wertvolle Lederabfälle gehandelt habe. Die Anlage war auf Grund einer bei der Polizei erfolgten Denunziation zustande gekommen.

(Ein „mutiges“ Bürgerium.) Bei der Debatte über das Vorgehen der Polizei bei den Wahlrechtsdemonstrationen in der letzten Stadtverordnetenversammlung haben sich die bürgerlichen Stadtverordneten auf die Seite der Behörden gestellt. Nicht ein einziger fand den Mut, die Maßnahmen der Polizei, von denen auch Angehörige des Bürgeriums betroffen wurden, zu verurteilen. Die Arbeiterpartei hat also vom Bürgerium nach der Haltung seiner Stadtverordneten zu schließen, keine Unterstützung im Wahlkampf zu erwarten. Einen recht schlechten Dienst hat der Oberbürgermeister dem „Intelligenzblatt“ erwiesen. Von unserm Redner war als Beweis, daß die Maßnahmen der Polizei allgemein verurteilt werden, ein Artikel des „Intelligenzblatts“ angeführt worden. Diesen Ausführungen gegenüber empfand der Oberbürgermeister die Letztüre des „Intelligenzblatts“ nach der letzten Demonstration, in dem die besonnene Ruhe der Polizei lobend hervorgehoben wurde. Mit diesem Hinweis hat der Oberbürgermeister die zwiespältige Haltung des Blattes, die jedenfalls durch den betannten Druck von oben zustande gekommen ist, ausdrücklich festgestellt. Für uns ist es recht erfreulich, durch den Mund eines städtischen Beamten zu hören, daß das „Intelligenzblatt“ so schreibt, wie es von den maßgebenden Stellen gewünscht wird. In welcher richtiger Weise auch gegen gänzlich unbedeutende Vorgegangen ist, zeigt ein Aufruf der von Angenzeugen beobachtet wurde. Nach dem Marke zu ging ein biederer Landbewohner mit seiner besten Ehehälfte. Durch das außergewöhnliche Polizeiaufgebot aufmerksam geworden, blieben beide stehen, um zu sehen, was da los sei. Sofort nahte auch schon ein behelmter Hüter der Ordnung, der das verblüffte Ehepaar in energischem Tone zum Weitergehen aufforderte. Um der nicht sofort folgenden Aufforderung den nötigen Nachdruck zu verschaffen, faßte der Polizist zu und hatte zum Entsetzen der unschuldsvollen Landfrau deren Hut in der Hand, der sich widerpenfzig nicht von ihren Haaren trennen wollte. Der mitgenommene Hut und die zerzausten herabhängenden Haarlocken der Bauerfrau erregten unwillkürlich das Wohlgefallen der Umstehenden, in welches nur das sich schimpfend entfernende Ehepaar nicht einstimmt. Auf diese Weise sorgt die Polizei dafür, daß auch jene Kreise von Erbitterung erfaßt werden. Daß bei solchen Aktionen der übrige Sicherheitsdienst zurückziehen muß, versteht sich am Rande. So ist es auch erklärlich, daß am Sonntag bei einem größeren Fleischtransport der Wurfabrik von Heine vom Bahnhof nach dem Schlachthof kein Polizist zu sehen war, obwohl sonst immer der Transport von einem solchen begleitet wird. Da hätte es also nichts geschadet, wenn das Fleisch anstatt nach dem Schlachthof, um untersucht zu werden, sofort in die Fabrik kam.

(Spielplan des Stadttheaters) vom 20. bis 26. Februar. Sonntag, 4 Uhr: Volks-Vieder-Abend, Solisten: Sufianne Desior und Bruno Hinge-Reinhold; um 7 1/2 Uhr, zum ersten Male: „Mit Dubelad“. Montag, 8 Uhr: „Mit Dubelad“. Dienstag, 8 Uhr: „Gnom“, Tragödie von Goethe. Mittwoch, 8 Uhr, zum letzten Male: „Die Vore“, darauf: „Frau Königin“, Lustspiel von Schöndjan und Koppel-Gelbeld. Donnerstag, 5 Uhr, 16. Fremdenvorstellung: „Der fidele Bauer“. Freitag, 7 1/2 Uhr, zum ersten Male: „Standesgemäß“, eine Hofkomödie von W. Georg. Sonnabend, 8 Uhr, 4. Volksvorstellung: „Der Strom“, Schauspiel von May habe.

Hütensleben, 18. Februar. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) fand am 18. Februar statt. Der Voranschlag für das Jahr 1910 wurde genehmigt. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 89 498,43 Mark. Die Steuererträge konnten erfreulicherweise um 15 Prozent ermäßigt werden. Die Zuschläge betragen zur Staatssteuer 185 Prozent, Grund- und Gebäudesteuer 185 Prozent, Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse 185 Prozent, Gewerbesteuer 3. und 4. Klasse 160 Prozent, Vertriebssteuer 170 Prozent. Es sollen 4 Prozentige Land-schädliche Pfandbriefe der Provinz Sachsen gekauft werden, da so eine bessere Verzinsung disponibler Gelder erreicht wird als bei der Kreis-sparkasse. Die Vorkaufsumme für den in Fürsorge gegebene Kinder-schädliche Pfandbriefe der Provinz Sachsen gekauft werden, da so eine bessere Verzinsung disponibler Gelder erreicht wird als bei der Kreis-sparkasse. Die Vorkaufsumme für den in Fürsorge gegebene Kinder-schädliche Pfandbriefe der Provinz Sachsen gekauft werden, da so eine bessere Verzinsung disponibler Gelder erreicht wird als bei der Kreis-sparkasse.

Neuhaldensleben, 18. Februar. (Die Verbreitung der Landpost) findet Sonntag statt. Treffpunkt früh 6 Uhr bei Herzog.

Quedlinburg, 18. Februar. (Einen qualvollen Tod) erlitt am Mittwoch das 2jährige Söhnchen des Wärrners Kupial in der Heidefeldstraße. Während die Mutter Einkäufe desorzte, kam das Kind vom Dien zu nahe und stand im nächsten Augenblick in hellen Flammen. Ein Versicherungsbeamter erriete die Flammen und mit seinem Messer. Das Kind wurde dem Krankenhaus zugeführt, wo es nach drei Stunden seinen Qualen erlag.

Schönedel, 18. Februar. (Stadtverordneten-Sitzung) Der Magistrat will eine Vorlage über Ermäßigung der Krankenkassen-entbungen, weil sonst die Armen und Mittellosen von Wohlgehehen ziehen könnten. Der Etat der Kassenkasse balanciert mit 35 500 Mark. Wassergeld soll 31 300 Mark und von Wasserwerk 3000 Mark einkommen. Der Erneuerungsfonds erreicht am 1. April 25 044 Mark. Der Zuschuß der Kassenkasse fällt dann fort. Der Hauptzweck am Wasserwerk soll in diesem Jahre gereinigt werden. Der Etat des Krankenhauses soll mit 21 200 Mark balancieren, der Zuschuß beträgt 10 990 Mark. Da die Frequenz immer mehr zunimmt, wünscht Dr. Schneider den Betrieb langjam einzustellen. Er empfiehlt, mit dem Kaiser-Friedrich-Krankenhaus ein Abkommen zu treffen. Der Magistrat trat dem gegenüber. Weil die Stadt die Pflegeplätze erhalte, ist die Frequenz zurückgegangen und die Kosten bemessen jetzt nur noch das Kaiser-Friedrich-Krankenhaus. Trotzdem Dr. Schneider zugelegt hatte, auch die Säge zu erhöhen, hat er es doch nicht getan.

(Die Volksvereins-Versammlung) tagte am Donnerstag abend im Bürgerhaus. Es wurde (schon) gerügt, daß bei der letzten Wahlrechtsdemonstration sich die Polizei nicht passiv verhalten habe. Die Arbeit erweisen haben doch nicht gegen die Polizei, sondern gegen das Dreiklassenwahlrecht demonstriert. Vom 21. bis 26. März wird eine Hausagitation für den Volksverein und die „Volksstimme“ stattfinden. Invaliden, die der Partei angehören, sollen nur noch 10 Pfennig pro Monat Beitrag zahlen. Unser Parteiveteran August Bebel

soil zu seinem 70. Geburtstag telegraphisch beglückwünscht werden. Vom Bildungsausschuss wird bekanntgegeben, daß am 28. Februar die Aufführung von „Die Weber“ stattfindet. Eintrittskarten sind nur bei den Unterkassieren der Partei und Gewerkschaften zu haben. Sie werden nur an Organisten abgegeben, und zwar in beschränkter Zahl, da nur für Sitzplätze Karten verabfolgt werden. Wenn zum 18. März von der Partei nichts geplant wird, veranstaltet der Bildungsausschuss etwas. Auch findet den 18. März ein „Nacht-Abend“ statt. Da bis jetzt eine Anzahl Parteigenossen Vorstellungen zur Polizei erhalten haben, wird darauf hingewiesen, daß niemand eine Aussage bei der Polizei zu machen verpflichtet ist, hingegen muß er aber.

Stendal, 18. Februar. (Hoch Fuhrmann!) Eine Vertrauensmänner-Verammlung der nationalliberalen Partei fand am Mittwoch abend in E. Krügers Hotel hier statt, zu welcher etwa 30 Vertreter aus allen Städten des Bezirkes sowie der Reichstagsabgeordnete Fuhrmann aus Berlin erschienen waren. Nach einer eingehenden Erörterung der politischen Situation wurde ein in m i g beschlossenes, wieder Herrn Fuhrmann als nationalliberalen Kandidaten für die nächste Reichstagswahlperiode aufzustellen, womit sich dieser einverstanden erklärte.

Wetterregeln, 18. Februar. (W i s s e n d e) sind auf Schacht 5 bei Hammerleben vorhanden. Die Arbeiter haben bei einer achtstündigen Schicht unter hoher Temperatur zu leiden. Sie sind von Schweiß durchdrungen. Dierzu gesellt sich noch die Dauge, die fortwährend im Schachte träufelt und so ärgert ist, daß sie in die Kleidung, ja sogar in das Fleisch der Arbeiter dringt. Kommen die Arbeiter durchdrungen aus dem Schachte, dann sind sie der Kälte preisgegeben. Mit den durchdrungenen Kleidern müssen sie über den Hof, ehe sie zur Waschanstalt kommen. Diese gewährt einen sonderbaren Anblick. Eine moderne Bad-Einrichtung ist nicht vorhanden. Eine Brause ist angebracht, unter dieser steht ein abgeschmittenes Petroleumfaß, in welches sich der Badende hineinsetzt. Die anderen müssen so lange warten, bis der eine fertig ist des Zeitverlustes halber ziehen es die meisten vor, ungebadet nach Hause zu gehen. Wenn Einheiten der Kohle haben die Leute einen durchschnittlichen Lohn von 3 Mark verdient. Der Schacht verdient also mit Recht den Epitheton 3-Mark-Schacht. Trotzdem dieser Schacht schon beim Abheufen fünf Menschenleben forderte. Scheint man auch jetzt noch keinen großen Wert auf das Leben der Arbeiter zu legen. Als eine Strafe durch roten Lou getrieben wurde, unterließ man es, sie abzuholen, so daß die Städte hinter den Leuten niedergingen. Remedur zu schaffen, ist hier die Hauptaufgabe. Dieses erzielen die Arbeiter dadurch, daß sie sich organisieren und sich dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließen. Dieses ist in der jetzigen bedrückten Zeit doppelt notwendig. „Mann der Arbeit, aufgewacht!“

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Die Brauche der Feilenhauer hält am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn W. Buchlow, Lutherstraße, eine Versammlung ab. Die Verwaltung.
Verband der Kupfererzschmelzer. Sonntag den 20. Februar, vorm. 11 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei G. Böhm.
Groß-Ostereisen-Vereinsabend. Sozialdemokratisch. Verein. Sonntag den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Marischall.
Vereinsabend, Groß- und Klein-Ostereisen. Die gemeinshaftliche Versammlung der Arbeiter-Turnverein findet umfänglich am Sonntag den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei E. Schüge in Klein-Ostereisen statt. 1133
Oberstadt. Männer-Turnverein Freiheit. Am Sonnabend den 19. d. M. Versammlung bei Frohne. 1139
Schönebeck. Zentralverband der Maurer. Sonnabend den 19. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung im Stadipark.
Schönebeck. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonnabend den 19. d. M., 8 1/2 Uhr, Versammlung des Bezirkes Schönebeck im Stadipark.
Bernigerode. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag den 20. Februar, nachm. 4 Uhr, gemütliches Beisammensein im „Volksgarten“.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Magdeburg, Abt. Altstadt. Heute Freitag Versammlung im „Sachsenhof“.

Marktberichte.

Magdeburg, 17. Febr. (N t l i c h e Notierungen.) Die Notierungen verhalten sich für 1000 Rilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 215-220, mittel —, do. Sommer gut 215-220, mittel —, do. Kolben Sommergut 224-234, do. ausländischer gut 208-218. — Roggen inländischer gut 156-161. — Gerste hiesige Ehevaltergerste gut 162-170, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 155-163, ausländische Futtergerste gut 130-134. — Hafer inländischer gut 166-172, ausländischer — Markt runder gut 156-160.

Wasserstände.

+ bedeutet über, -- unter Null.		1901		1902	
Hfer, Eger und Moldau.		16. Febr.	+ 0.08	0.01	—
Jungbunzlau	15. Febr. + 0.09	16. Febr.	+ 0.18	—	0.01
Lain	— + 0.17	—	+ 0.18	—	—
Budweis	— + 0.02	—	- 0.02	—	—
Prag	—	—	—	—	—
Innsbruck und Enale.		16. Febr.	+ 1.70	—	0.20
Straubfurt	— + 1.10	—	+ 1.06	0.04	—
Weizenfeld Untp.	— + 2.58	—	+ 2.52	0.06	—
Trotha	— + 2.27	—	+ 2.25	0.02	—
Altleben	— + 1.90	—	+ 1.85	0.05	—
Bernburg	— + 1.86	—	+ 1.82	0.04	—
Kalbe Oberpegel	— + 1.82	—	+ 1.74	0.08	—
Kalbe Unterpegel	—	—	—	—	—
Elbe.		15. Febr.	- 0.25 <th>16. Febr.</th> <th>- 0.28 </th>	16. Febr.	- 0.28
Harzburg	— + 0.49	—	+ 0.41	0.08	—
Brandeis	— + 0.40	—	+ 0.32	0.08	—
Wietitz	— + 0.39	—	+ 0.32	0.07	—
Leimertitz	— + 0.65	—	+ 0.57	0.08	—
Kauzig	— + 0.74	—	+ 0.82	0.08	—
Dresden	— + 1.53	—	+ 1.42	0.11	—
Zorgau	— + 2.52	—	+ 2.41	0.11	—
Wittenberg	— + 2.02	—	+ 1.87	0.15	—
Hörlau	— + 2.44	—	+ 2.26	0.18	—
Sarba	— + 2.35	—	+ 2.10	0.25	—
Schönebeck	— + 1.90	—	+ 1.78	0.12	—
Magdeburg	— + 3.16	—	+ 3.00	0.16	—
Langermünde	— + 2.59	—	+ 2.87	0.02	—
Wittenberg	— + 2.16	—	+ 2.28	—	0.12
Broda-Dömitz	— + 2.22	—	+ 2.31	—	0.09
Bauenburg	—	—	—	—	—

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Amtstadt, 17. Februar.
Aufgebote: Arbeiter Ernst Kettner mit Katharina Pohlmann. Gasarbeiter Moriz Straube hier mit Minna Luise Gehre in Nordgemersleben. Lehrer Karl Friedr. Otto Jehrlich hier mit Gertrud Frida Helene Sull in Bantow. Jng. Paul Schlei mit Lucie Müller. Eheschließungen: Fleischer Herm. Rog mit Elise Friede. Landm. Raver Häusler mit Jenni Sasse. Oberfehner Gustav Heinze mit Emma Kottler. Arbeiter Max Schenk mit Marie Brandt. Geburten: Elise, T. des Schriftsetzers Wilhelm Dorenburg. Paul, S. des Mechanikers Max Augenreich. Karl, S. des Kaufmanns Karl Lange. Annelie, T. des Oberfehners August Rinnede. Georg, S. des Schmieds Hermann Edel. Charlotte, T. des Arbeiters Otto Fricker. Herta, T. des Schuhmachers Albert Blümke. Kurt, S. des Kaufmanns Albert Schwieger. Fritz, S. des Kaufmanns Fritz Müller. Todesfälle: Witwe Emilie Hoffmann geb. Höpp, 67 J. S. M. 16 T. Emma geb. Kundmüller, Ehefrau des Gründers Rich.

Keller, 40 J. 4 M. 24 T. Arbeiter Friedrich Jacob, 38 J. 11 M. 18 T. Fritz, S. des Gerichtsschaffers Dr. Hans Theiner, 8 M. 24 T. Brunhilde, T. des Damenschneiders Bruno Ladewig, 8 M. 5 T. Otto, S. des Zimmerpoliers Karl Ziese, 1 M. 28 T. Margot, mehrl., 1 M. 16 T.

Subenburg, 17. Februar.

Geburten: Franz, S. des Arbeiters Franz Przhblyski. Rudolf, S. des Arbeiters Adolf Hanelt. Franz, S. des Arbeiters Michael Kapturek. Todesfälle: Gusspüger August Redling, 58 J. 6 M. 9 T. Luise geb. Mahnde, Ehefrau des Fernmachers August Peterling, 59 J. 2 M. 18 T. Karoline geb. Stegen, Ehefrau des Gastwirts Otto Krabbe, 41 J. 11 M. 4 T. Schloffer Hermann Schmidt, 42 J. 1 M. 1 T. Hans, S. des Tapeziers Paul Kofl, 1 J. 5 M. 11 T.

Buckau, 17. Februar.

Aufgebot: Kontorist Dito Dabergoh mit Marie Banje. Geburt: Hedwig, T. des Maschinentechnikers Kurt Freis. Todesfall: Herta, T. des Modellkontrolleurs Karl Thon, 4 M. 18 T.

Neustadt, 17. Februar.

Aufgebote: Friseur Herm. Karl Wegener in Köthenrode mit Elise Klara Juliana Schönteucht hier. Arbeiter Willi Schönteucht mit Anna Richter. Eheschließung: Arbeiter Walter Lewin mit Elise Feder. Geburten: Paula Martha Herta, T. unehelich. Gertrud, T. des Tischlers Gustav Dohertin Willi, S. des Schlossers Karl Dahl. Anna, T. des Maschinisten Emil Schulze. Todesfall: Witwe Johanne Koppe geb. Böcker, 81 J. 30 T.

Weserleben.

Geburt: S. des Arztes Dr. med. Paul Wiegmann. Todesfall: Penf. Bahnbeamter August Gemieß, 77 J. 10 M. 11 T.

Luedlinburg.

Aufgebote: Rittmeister und Adjutant Karl von Hanstein in Halle a. S. mit Anna von Dippe. Gürtler Friedrich Lauenstein mit Herta Siebert. Uhrmacher Otto Noos in Schwerin mit Helene Christian. Kaufmann Kurt Schulze mit Gertrud Ulrich. Oberleutnant Martin Schmidt in Wilmsdorf bei Berlin mit Luise Kragenstein.

Eheschließung: Gärtner Gottlieb Moritz Heine, Mühlhof mit Wilhelmine Friederike Dorothee Hanebitt geb. Koch.

Geburten: S. des Hauptmanns a. D. Georg Hermann. S. des Arb. Ernst Steinacker. T. des Müllers Friedrich Puls. S. des Vorarbeiters Hermann Lindenmann. S. des Kohlelegers Ernst Heinge. T. des Arb. Friedrich Rühlert. T. des Malers August Saalmann. S. des Gärtners Karl Horst. S. des Drechslers Walter Schröder. T. des Malers Wilhelm Sander. T. des Gärtners und Landwirts Hermann Reitenheil. S. des Schlossers Karl Schulze. S. des Geschäftsführers August Bothe. S. des Fabrikarbeiters Albert Raumann. T. des Maurers Karl Längefeld. T. des Arbeiters Franz Nieft.

Todesfälle: Ehefrau des Kaufmanns Gustav Schröder in Burg, Pauline geb. Kentsch, 57 J. Kurt, S. des Stellmachers Ludwig Meemann, 26 T. Steinbruchbesitzer Wilhelm Schönmann, 60 J. Sattlermeister Friedrich Weber, 65 J. Else, T. des Mechanikers Heinrich Hildebrandt, 4 M. Witwe Luise Brünede geb. Heite, 55 J. Tischlermeister Heinrich Puff, 57 J. Herbert, S. des Lagerverwalters Ernst Schulze, 2 J. Kaufmann Ernst Mögner, 47 J. Tischlermeister Wilhelm Lehmann, 74 J. Ehefrau des Arb. August Maye, Marie geb. Alceberg, 52 J.

Staßfurt.

Aufgebot: Bergarbeiter Karl Brade mit Frida Salutevic, beide hier. Geburt: Sohn des Arbeiters August Schullschent. Todesfall: Tischlermeister Alexander Dießing 62 J.



GEBR. BARASCH

39 PF.-WOCHE

Beginn: Montag den 21. Februar

2 Große Vorverkaufs-Tage

Ferner: Besonders preiswerte Lebensmittel

Konserven

Während der 39-Pf.-Woche
verarbeiten wir
100 000
BOUILLON-
WURFEL
Marke „Krone“
10 Stück 39 Pfg.
Wir bezwecken hiermit diesen
beliebten Bouillon-Wurfel in
weiteste Kreise einzuführen
Gratis-Kostproben
in der Lebensmittel-
Abteilung

	2-Pfd.-Dose	1-Pfd.-Dose
Stargenspargel	1.15	0.62
Brechspargel, mittelstark	1.10	0.60
Brechspargel, mit Köpfen	0.82	0.46
Brechspargel, ohne Köpfe, lange Abschn.	0.68	0.40
Junge Erbsen, mittelstark	0.55	0.35
Gemüse-Erbsen	0.39	0.25
Junge Erbsen, mittelstark, mit Karotten	0.75	0.45
Karotten, junge	0.55	0.32
Karotten, gewürfelt	0.30	0.21
Leipziger Allerlei II	0.60	0.35
Leipziger Allerlei III	0.45	0.27
Junge Kohlrabi mit Grün	0.30	0.21
Steinpilze	1.10	0.60
Tomatensuppe	0.75	0.45
Erbsen	1.05	0.58
Kirschen mit Stein	0.69	0.39
Kirschen ohne Stein	1.10	0.60
Mirabellen	0.75	0.45
Stachelbeeren	0.60	0.36
Birnen	0.55	0.35
Pflaumen	0.39	0.26
Brechbohnen oder 1 5-Pfd.- 4-Pfd.- 3-Pfd.- 2-Pfd.- 1-Pfd.-Dose	0.55 0.55 0.42 0.28	0.19
Schrütblinsen	0.55	0.32

Wurstwaren

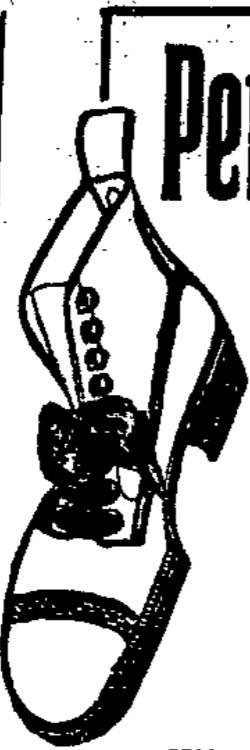
Echte Thüringer Zervelat- oder Salamiwurst	Pfund	1.50	
Echte Thüringer Landbratwurst	Pfund	1.20	
Echte Braunschweiger Schlackwurst in Fettdarm	Pfund	1.50	
Echte Braunschweiger Mettwurst	Pfund	1.10	
Prima Schinkenwurst	Pfund 1.25	Thüringer Rotwurst	Pfund 0.80
Feinste Landleberwurst	Pfund 1.00	Zwiebelwurst	Pfund 0.55
Apfelsinen	12 Stück	0.48 und 0.34	
Murcia-Blutapfelsinen sehr süß	Dzhd.	0.39 und 0.28	
Zitronen	12 Stück	0.38 und 0.26	
Bienenhonig 1 Marke	1-Pfd.-Glas	1.15	
Bienenhonig 1 Lindenblüte	1/2-Pfd.-Glas	0.60	
Kamsthonig	1 Pfd.-Paket	0.50	
Mischobst	Pfund	0.50	
Melange-Marmelade	5-Pfd.-Eimer	1.12	
Melange-Marmelade	10-Pfd.-Eimer	2.15	
Bloßschokolade	Pfund	0.62	
Deutscher Kakao I	Pfund	0.95	
Deutscher Kakao II	Pfund	0.78	
Delikatess-Heringe	1/2 Dose	0.55	
Bismarck-Bratheringe	Dose	0.52	
Russische Sardinen	Glas	0.27	
Rollmops	Dose	0.58	
Appetitsild	Dose	0.39	
Gabelbissen	Dose	0.58	
Hering in Gelee	Dose	0.55	
Oelsardinen 1/4 Dose	0.85 u. 0.43		
Oelsardinen 1/2 Dose	1.25		

Neu! Gebrauch! Neu!
Laden-Kontor-Restaurant-Wohnung-
in
bekannt grösster Auswahl
bei Konkurrenzlosen
Preisen
haben Sie nur bei
Helmrich Giesecke
Werktstraße 3
Fernsprecher Nr. 1202.

Die allerfeinsten marinierten Gerichte mit ff. Sahnensauce sowie feine Land- u. Hausgeschlachte-Wurstwaren empfiehlt A. Busse, Benezische Straße 4a. 3399

Gemsdorf. Eine Wohnung 3. 1. April 3. vermietet. Zu erst. Dittlerleber Str. 6. 3517

Burg. Sehr gute Keffel und Strassen sowie alle Sorten Winterrobt empfiehlt L. Schmidtchen, Oberstr. 27, Otto Meier, Schleierstr. 26



Petzon's Sonder-Verkaufstage bringen enorm billige Angebote!

Kinder-Bogaria-Schnür- u. Knopfstiefel 81-84	1 95
Farbige Kinder-Knopfstiefel 82-84	1 95
Bogaria-Schnür- u. Knopfstiefel 87-80	3 75
Bogaria-Schnür- u. Knopfstiefel 81-85	4 25
Ein Posten farbige Kinder-Stiefel 81-85	3 95

Knaben-Rohbox- u. Knopfstiefel breite Form 88-40	4 25
Knaben-Bogaria-Knopfstiefel eleg. Ausführ. 86-89	5 50
Damen- u. Herr- Filz- Pantoffel	2 4
Damen-Blüsch- u. Ledertuch-Pantoffel, Lederohle	70 Pf.
Auf sämtl. Winter-Artikel 20 Proz. Rabatt in bar.	

Um meine noch am Lager befindlichen Winterwaren nicht bis zur nächsten Saison aufbewahren zu müssen, ebenfalls um mit den durch den Umzug- und Inventurverkauf angesammelten Restbeständen möglichst noch vor Eintreffen der neuen Frühjahrswaren zu räumen, gelangen diese während der Sonder-Verkaufstage enorm billig zum Verkauf. Besond. günstige Einkaufsgelegenheit für Konfirmanden.

Dam.-Chromleder-Schnürstiefel	3 90
Dam.-Chrom-Chèvre-Schnürstiefel, mod. Form	4 90
Damen-Spezial-Bog-Schnürstiefel, elegante Form	5 50
Damen-Bogaria-Schnürstiefel, amerik. Fass. u. amerik. Ubf.	5 75
Damen-Bogaria-Schnürstiefel, Lacktappe, mod. Form	5 90

H. Wichsl.-Schnür- u. Schnallenstiefel 4.25, Jagdstiefel	3 90
H. Chrom-Chèvre-Schnürstiefel fehlerhafte Paare	3 90
Herrn-Chèvre-Schnürstiefel	4 90
Herrn-Bogaria-Jagdstiefel	5 90
Herrn-Bogaria-Schnür- und Schnallenstiefel	6 25

3519 Früher Kronprinzenstrasse 3
jetzt nur noch

Alter Markt 17

Kein Laden! Nur erste Etage! Nicht neben Schwendert!

Sofort billig zu verkaufen mehrere gute, faubere Betten Fürstenerstr. 20, 4 Treppen links, Oberstr. 27, Otto Meier, Schleierstr. 26

Briefkastetten Buchhandlg. Volksstimme empfiehlt die

Wachtung, garant. Rein Aluminium!
Kochgeschirr und Fleischer-Artikel.
Die Beliebtheit des Kochgeschirrs beweist der große Umsatz. — Nur Massenerwerb! —
Deoife: Großer Umsatz, bescheidener Nutzen! — Neue Auswahl!
Nur wenige Tage! **Jakobstraße 40** wenige Tage!

Als Beispiel der Billigkeit nur einige Preise:
Milchtöpfe 5 Stück, von 2 Litern an bis 1/4 Liter. 2.85 Mark
Schmortöpfe mit Deckel Größe 14 16 18 20-30 cm Preis 1.25 1.65 1.95 2.60-5.50 Mark.
Bei drei Stück noch erhebliche Preisermäßigung. 8894
Bratpfannen von 0.50 Mk. an. Kasserollen von 0.50 Mk. an.
Billig! Bei Vorgehen dieser Annonce 5% Rabatt auf alle Preise! Billig!

Apfelsinen 25 Pf.

Duzend 55 40

Zitronen 37 Pf.

Große gelbe Duzend

Mus la. 13 Pf.

Pflaumen- Pfund

Kol.-Handels-Verein

Mitglieder des Rabatt-Sparvereins. 3508

Altstadt und Nordfront August Ebert, Papenstraße 19 Willy Goldstein, Endolfstraße 1 G. Reitz, Straßburger Straße 1 E. Ziegler, Dreieckstraße 13 H. Taschke, Wollschloßstraße 27 A. Weitzel, Bismarckstraße 4	Sudenburg Willy Kraus, Leipziger Straße 19 Aug. Ebert, Kurfürstenstraße 32 Chr. Pergt, Schöninger Straße 32 Otto Jitze, Langer Weg 58
Neustadt P. Hennig, Am Brühlhof 10 G. Hennemann, Umfassungstraße 52 Fr. Hammer, Hohe Straße 8 W. Köhler, Weinberg 55 H. Reuter, Karolstraße 19 W. Langemann, Rachtweide 45 Karl Koch, Agatenstraße 21	Buckau H. Klepp, Grausenstraße 2
Wilhelmstadt Alfred Behrens, Amthofstraße 40 Fr. Dähnhaupt, Schillerstraße 46 H. Heilmann, Spitzbogenstraße Paul Viehscher, Eberdörfer Straße 43 Otto Müller, Friesenstraße 4 H. Pommer, Diebendorfer Straße 28 Louis Weißhag, Annastraße 27 Fr. Lüder, Dittlerleber Straße 61	

Gummi-Bälle

Grosse Posten frisch eingetroffen.
Höchster Rabatt für Wiederverkäufer.
Hugo Nehab
Johannisbergstrasse Nr. 2.

Handbuch der Dreherei
Jubiläums-Ausgabe
Preis 4.25 Mk.
Zusätze ist unentbehrlich für jeden Dreher, Schlosser, Maschinist und Werkmeister
Buchhandl. Volksstimme

Eine ganze Armee
Kinder ist großgezogen mit Carl Kochs Nährzwieback denn derselbe ist sehr wohlschmeckend, besitzt höchsten Nährwert, befördert die Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, vermindert d. Kinderkrankheiten als Rachitis, Skrofulose etc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen u. Phosphaten vereint. Zu haben in Paketen und in Tüten à 10, 20, 30 u. 60 Pf. bei W. Lamm, Tischlerbrücke 14 Hans Eger, Breitweg 188 Gottfr. Hübscher, Brw. 77, 263 R. F. Grubitz, Breitweg 120 Dr. Otto Krause, Alt. Markt 25 Max Ernstling, Jakobstr. 6 Gustav Hubert, Jakobstr. 16 Willi Hoppe, a. Hasselbachpl. Udo Becker, Neustädt. Str. 9 Otto Huchel, Neustädt. Str. 25b Ernst Trappa, Gustav-Adolf-Drogerie, Gust.-Adolf-Str. 40 Engel-Apotheke, Jakobstr. 18

Die Wunderflöte à 25 Pfg.
ist ein origineller, billiger Belustigungsartikel, auf welchem Jedermann schon nach wenigen Minuten Übung alle ihm bekannten Melodien spielen kann. — Klingt wie Flöte. — Für alle Vereine, auf Ausflügen etc. viel Spass.
Alle Besitzer einer Wunderflöte, auch Schulkinder, sind berechtigt, sich an dem Mitte dieses Jahres hier stattfindenden Preisspielen
I. Preis M. 100.—, II. Preis M. 50.—, III. Preis M. 25.— zu beteiligen, und die mit Preisen Ausgezeichneten können sich im September um den
Grossen Dresdner Preis
I. Preis M. 1500.— II. Preis M. 500.— bewerben. Näheres in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen.
Generalvertrieb nur durch 3535
Gustav Haushahn
Alte Ulrichstraße 20.
Wiederverkäufer gesucht.

Neuhaldensleben **Neuhaldensleben**

Zur Konfirmation

empfehle: 3527

Kleiderstoffe in Halbwolle und Wolle — Kleiderstoffe in Glascham — Damen-Unterröcke in Barchent — Damen-Unterröcke in Laster und Tuch — Damen-Unterröcke in weiß, mit Stickerei — Taschentücher, Hemden, Beinkleider

Konfirmanden-Anzüge in schwarz und farbig | **Hosenträger, Krawatten, Kragen, Chemisets**

Robert Wedeke Nflg.

Werder:
Johs. Hanusch, Mittelstraße 49
Sudenburg:
Fr. Keil, Alte Apotheke
M. Pirke, Hohenz.-Apotheke
H. Sterkoff, Halberst. Str. 113
Gust. Schubert, Hbst. Str. 107
Carl Steffen, Halberst. Str. 42
Wald. Rasse, Hessekielstr. 12
Neustadt:
Friedr. Paul, Lübecker Str. 101
G. Wehmeyer, Schmidtstr. 15
Carl Reisse, Lübecker Str. 22
M. Schmidt, Hohepfortestr. 51
Paul Albrecht, Lübeck Str. 17
Wilhelmstadt:
Max Kühn, Annastraße 1
Otto Fraytag, Annastraße 47
Buckau:
H. Kohlmann, Rosen-Apotheke
Alb. Thiemecke, Grusonstraße
Otto Langewisch, Weststraße
Fernersleben:
Ida Zeitwanger M7
Hauptniederlage:
Ad. Hascher Nachf., M.-Buck.

Neuhaldensleben! **Neuhaldensleben!**
Rudolf Stubbe
Magdeburger Straße 7 3475 Magdeburger Straße 7
Von heute an:
Großer Räumungsverkauf sämtlicher Schuhwaren

Wolmirstedt!
empfehle in bekannt grösster Auswahl: 3522

Schwarze Kleiderstoffe Pfr. 3.00 2.50 1.90 1.50 90 bis 85 Pf.	Konfirmanden-Anzüge 21.00 19.00 16.50 13.00 10.50 bis 6.75 Pf.
Farbige Kleiderstoffe Pfr. 2.25 1.75 1.50 1.25 90 bis 75 Pf.	Brünnungs-Anzüge 18.00 15.00 13.50 11.00 9.75 bis 7.50 Pf.
Blusenstoffe Pfr. 2.50 2.10 1.75 1.50 1.25 bis 80 Pf.	Konfirmanden-Jackets 15.00 13.00 11.50 9.75 7.50 6.00 bis 5.75 Pf.

Unterrocke, Stiefelrocke, Korsetts, Taschentücher — enorm billige Preise! —
Kragen, Manschetten, Chemisets, Krawatten, Stüde, Schirme, Wäsche etc.

In Ihrem eignen Interesse bitte ich Sie, mein Angebot zu prüfen. Sie werden meine enorme Leistungsfähigkeit leicht erkennen. Trotz dieser billigen Preise gewähre ich Ihnen 5 Prozent Rabatt!
Kaufhaus Arthur Stein
Wolmirstedt, Stendaler Straße 42/43.

Zur Konfirmation

3498

empfehlen wir besonders

Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Blusenstoffe

schwarz u. farbig, in Cheviots, Krepps, Diagonals, Alpakas und Mohärs
pro Meter 0.65 1.25 1.75 2.45 3.25 4.25

in modernen gestreiften, einfarbigen und gemusterten Genres in allen Modefarben
pro Meter 0.83 1.15 1.65 2.25 bis 3.75

Neuheiten in Cheviots, Mohärs und englischen Flanellen
pro Meter von 75 Pf. bis 2.75

Grosse Auswahl letzter Neuheiten Besätze und Passenstoffe

in Tüll — Soutache — Kunstseide — Spachtel — sämtliche Modefarben

Bazar-Magdeburg **Jakobs- und Peterstr.-Ecke** **Sudenburg** Halberstädter Str. 118 **Wilhelmstadt** Gr. Diesdorfer Str. 29 **Buckau, Thiemstr. 1** Gr.-Ottersleben Breite Str. 5 **Neustadt, Lübecker Str. 20**

Wir bitten um Besichtigung unsrer Schaufenster!



Aus den deutschen Kolonien

kommen zum grossen Teil die Cocosnüsse, deren Mark den Grundstoff bildet zur Herstellung von

Palmato

allerfeinste Pflanzenbutter - Margarine
— wirklicher Ersatz für feinste Meiereibutter — und

Manna

das feinste Cocospeisefett zum Kochen, Braten und Backen, von grösster Ausgiebigkeit und sparsam im Gebrauch.

Überall erhältlich!

Anehnliche Fabrikanten:
A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld

Sohlleder - Ausschnitt

3130
sowie sämtliche **Schuhmacher-Bedarfsartikel**
zu den billigsten Preisen.
Hermann Blancke, Neustadt Hennigstrasse 7-8
Lübecker Str. 25 a.

Juventur-Ausverkauf in Schuhwaren

bei äusserst billigen Preisen.
Keine Schleuderware! 3186 Keine Schleuderware!
21 Berliner Straße 21

Bereins- u. Versammlungsrecht

Anleitung zum praktischen Gebrauch mit Beispielen und Formularen
von **Hermann Beims**
Preis 25 Pfennig
empfiehlt

Buchhandlung Volksstimme
— 3 Große Münzstrasse 3 —

G. U. Buchheim

Breiteweg 99

Fabrikation und Vertrieb von Ustur-Fahrrädern

Dauer-Tourenfahräder einfache Ausführung, je nach Größe Bereifung von 50 Mt. an.
Tourenfahräder und Halbrenner Prima Ausführung, je nach Bereifung von 70 Mt. an.
Straßenrenner Luxus-Ausführung, je nach Bereifung von 105 Mt. an.
Straßenrenner mit Holzfelgen und Kontinental-Primadradreifen, Luxus-Ausf. leichtestes Gewicht und spielend leichter Lauf, 125 Mt.
Mit Torpedofreilaufnabe 10 Mt. mehr. 3498
Alle Zubehörteile und Reparaturen gut und billig.

Fahrräder n. 65 Mt. an 3848 Nähmaschinen von 58 Mt. an
sowie Zubehör u. Ersatzteile — Reparaturwerkstatt — empfiehlt
Burg **Heinr. Schulze, Markt 20** **Burg**

Sie müssen es wissen!

Baugeschäfte, Sandbestzer, Mieter können in diesen teuren Zeiten viel Geld sparen, wenn sie ihren Bedarf in Tapeten nur noch in
Cremer's Tapetenhaus, Gr. Münzstrasse 2
beden. Die Auswahl ist dort riesengroß! Die Preise sind staunend billig!

Kartoffeln — Industrie — Nach-
sentner 2.10, 10 Pfd. 28 Pf.
Schmohl, Sudenburg, Wolfenbüttler Strasse 14.

empfehlen die
Reisszeuge Buchhandlg. Volksstimme.

Billig! Schuhwaren Schmidt-
straße 44
Herren-, Damen-, Kinderschuhe
u. -stiefel in Chevreau, Box calf
u. andern Sorten Leder, Plüsch-
socken und -pantoffel, auch
aus Konkurrenzmassen stammende
Waren billig nur 3465
44 Schmidtstraße 44.

Großer Räumungs-Verkauf

Wegen Umgestaltung meines Geschäfts bin ich ge-
zwungen, mein **Riesenslager fertiger**

Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben
Konfirmanden-Anzüge, Prüfungs-Anzüge
Schuhwaren aller Art

in kurzer Zeit zu räumen. 3397

Verkauf

zu aussergewöhnlich billigen Preisen!!
Nur gute Ware für wenig Geld
Beschäftigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

B. Wolff

Schwertfegerstr. 14

Kletterer, möglichst verheirateter
Mittlerer 3482
**Fahrrad- und Näh-
maschinen-Reparateur**
gehucht. Diese Stellung ist bei
höchstem Lohn angenehm und
dauernd, jedoch wollen sich nur
solche Kräfte melden, die an ein
gewissenhaftes und reinlich lan-
des Arbeiter gewöhnt sind und
jede Garantie für geleistete Ar-
beit übernehmen.

Rich. Kruse
Lübecker Straße 103
Motorfahrzeuge, Fahrräder,
Nähmaschinen.

Suche Lehrling für meine
Polierwerkstatt.
Zahls., Tapezier, Gr. Münzstr. 17.

Schönebeck.
Sohlleder-Ausschnitt
Carl Kränkel Lederhandlung
neben der Post

Schönebeck.
Meinen werthen Kunden zur
Nachricht, daß ich nicht mehr Elb-
tor 1 wohne. Friedrichstr. 5.
Sonderm. jetzt Schneider-
meister.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegen-
heit, sich in dem Kaufhaus für

Monats-Garderoben

**Alte Ulrichstrasse 3, im City-Hotel, mit wirklich gutschitzen-
der, moderner Kleidung zu versehen. Wir verkaufen von Millio-
nären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliern nur wenig
getragene in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Aus-
landes, teils sogar auf Seide gearbeitete**

in Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	10 Mk.	14 Mk.	20 Mk. usw.
Maß-Paletots	8 Mk.	12 Mk.	18 Mk. usw.

Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus Monats-Garderoben

für

Alte Ulrichstr. Nr. 3, im City-Hotel.
Abteilung II: Elegante, neue Garderoben.
Abteilung III: Anfertigung nach Maß unter Garantie tadelloser Sitzes.
Streng reelles Geschäft.

Grosser Räumungs-Verkauf

wegen vollständiger Aufgabe der Geschäftsräume **Breiteweg Nr. 134**

Sämtliche Waren-Vorräte in Herren- und Knaben-Kleidung werden ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu jedem annehmbaren Preise verkauft

Der Laden ist vermietet und muß bestimmt bis **Mitte März geräumt sein!**
Die gesamte Laden-Einrichtung ist billig zu verkaufen.

Breiteweg 134 Mayer & Co. Breiteweg 134

Beachten Sie die Preise in den Schaufenstern!

3385

Beachten Sie die Preise in den Schaufenstern!

Wie alljährlich:

Inventur-Reste- und Schuss-Zigarren

Fehlfarben, Schaufensterkistchen etc.

zum Einheitspreis pro Dutzend 55 Pfg.
100 Stück 4.50 Mark

Katalog gratis und franko.

Post- und Behavorend nach Überall.



Tabak- und Zigarren-Fabrik, Magdeburg.

Hauptgeschäft, Kantor und Zentrallager: Schrottdorfer Straße, neb. d. Gethöf z. gold. Stern (Telephon 5300).
Fabrik: Magdeburg-Alte Neustadt, Weinberg Nr. 34 (Telephon 5255).
Breiteweg Nr. 253, nahe am Hasselbachplatz.
Sudenburg, Halberstädter Straße Nr. 117.
Wilhelmstadt, Immermannstraße Nr. 33, Ecke Goethestr.
Gr. Diesdorfer Str. Nr. 31, Haltest. Annastr.

Neue Neustadt, Lübecker Straße Nr. 104, neben dem alten Konsumvereins-Gebäude.
Fermersleben, Schönebecker Straße Nr. 23.
Schönebeck a. E., Markt Nr. 10.
Stauffurt, Prinzenstraße Nr. 3.
Egeln, Breiteweg Nr. 82.
Barleben, Breiteweg Nr. 18.
Burg bei Magdeburg, Zerbster Straße 23.

3503



Sogar ein Hofkoch

würde keinen Unterschied in den Speisen herauschmecken, wenn solche anstelle von

mit **Butter**
Solo

(feinste Margarine) bereitet sind. In Geschmack und Aroma von dieser nicht zu unterscheiden. Man versuche auch die Delikatess-Margarine

Rheinperle

den beliebten Butter-Ersatz der feinen Küche!

Allein-Fabrikanten: NOLL, MARGARINE-WERKE JÜRGENS & PRINZEN, G. m. b. H. 6668 (Hild.)

Billige Herren- u. Knab.-Garderobe!

Verkauft zu jedem nur annehmbaren Preise wegen Geschäftsauflösung.

Stoff- und Arbeitslohn von 95 Pf. an

Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Knaben-Anzüge

Rock- und Gehrock-Anzüge von 16 Mark an (früherer Preis 25 Mark)

Winter-Joppen, Winter-Baletois, Herren-Strich und Anoden zu jedem annehmbaren Preise, größtenteils bestehend aus Selbsthergestellten.

Herren-Hüte v. 50 Pf. an
Unterzeuge, Jagdwäcker usw. für jeden Kreis.

Max Heymann
Johannisberg 7c.

Romane

Regen
vollständ. Aufgabe
meiner 3246

Schuhwaren

zu sehr billigen Preisen

J. Aderholz
Kaiserstraße 101

Möbel und Ausstattungen!
Brautleute kaufen reell u. preiswert selbstgefertigte

von den einfachsten bis elegantesten bei 8417

Gustav Meinecke, Marstallstraße 7, Möbel-Fabrikerei

Sohlleder-Ausschnitt

solange sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel zu den billigsten Preisen empfiehlt 3321

Joseph Kullmann vormals Röder & Drabant
Jakobstraße Nr. 25.

Gegen Flechten

nässende u. trockene Schuppenflechten, Bartflechten, Hautausschläge, besonders auch gegen offene Beine, alte Wunden u. böseartige Geschwüre hat sich als unschädliches u. wirksames Mittel seit vielen Jahren bewährt die echte Kippel-Kesselsalbe i. Dosen zu 1 u. 2. Garant. frei von arsen. u. giftiger Bestandteilen. Nur in Apotheken erhältlich. Versand nach auswärts nur in Dosen à 2. Laboratorium Leo, Dresden-A. Hauptdepot: Omsdorfer-Str. 104, Telephon 159. V. d. v. 59.

Laboratorium Leo, Dresden-A. Hauptdepot: Viktoria-Apothekerei

Sudenburg. Maßkleidung Sudenburg.

schneidert, modern und sauber verarbeitet, erhalten Sie bei billiger Berechnung bei 3470

Feodor Faust, Schneidermeister
jetzt Halberstädter Straße 107, III.

Großes Stofflager, herren. Kleider, gute Schnitt, bekannter Preis, Reparaturen u. Aufbügeln bis u. Abend

Nur noch eine kleine Anzahl

Neue Welt-Kalender
pro Stück 40 Pfennig

Arbeiter-Notiz-Kalender
pro Stück 50 Pfennig

Arbeiter-Gesundheits-Kalender
pro Stück 50 Pfennig

und wieder eingetroffen. Sie können nun rege halbjährige Bestellungen

Buchhandlung Volksstimme, G. März, 3

Als Schneiderin empfiehlt sich Margarete Danmann, Halberstädter Straße 25, Hof rechts II.

Schultornister empfiehlt Buchhandlung Volksstimme

Mein **Ausverkauf** in Anzugstoffen, Paletots- und Beinkleiderstoffen, Konfirmanten-Anzugstoffen, Damentuchen, Kostümstoffen usw.

findet jetzt statt und kommen die 3162

Restbestände der Herbst- u. Wintersaison

sowie die übriggebliebenen

Muster-Coupons der Frühjahrs- und Sommersaison

zu bekannt unerreicht billigen Preisen zum Verkauf!

Allergrößte Auswahl!

Nur erprobt beste Qualitäten!

Hermann Ohlrogge

Tuchversandhaus Norddeutschland, Kronprinzenstr. 7.

ein Gebot der Klugheit ist, beharf doch nur der Ermächtigung... Wenn die Straßenfundgebühren der Sozialdemokraten nicht beachtet werden, so wird man deren Willkür zum Bewußtsein bringen, wie leicht sie handeln. Mit dem bereits ziemlich laut andauernden politischen Massenstreik wird es dann wohl noch gute Weile haben.

Ja, wenn der Hund sich nicht aufgehalten hätte, würde er den Hasen gefangen haben. Das ist ja gerade das — vom Standpunkte der Wahlrechtsräuber aus — Verübende an der Straßenfundgebung, daß sie nicht totgeschiessen werden kann, wie es die bürgerliche Presse jahrelang mit den sonstigen Fundgebungen des Proletariats getan hat. Die Massen der Arbeiter, die das Bürgertum sieht, können nicht mittels Druckerhämmer hinweggejagt werden. Und die Erregung, die sich in diesen Massen zeigt, teilt sich auch den weitesten Schichten des Bürgerturns mit, soviel auch die journalistischen Helfer der nationalliberalen Wahlrechtsfeinde dagegen zeteren mögen. All das Gerede von den „halbwüchsigen Durschen“, den „Begelagerern“, den „Horden“ usw. usw. wird die Arbeiterschaft nicht abhalten, wieder auf die Straße zu gehen, wenn sie es für notwendig hält. Die ebenso unsinnige wie rigorose Absperzung am Ulrichstor, das mit parlamentarischen Ausdrücken kaum zu bezeichnende Vorgehen einzelner Polizisten — nicht alle waren vom gleichen Kaliber — haben erst die Fortsetzung der Demonstration am Nachmittag und Abend verschuldet. Hätte die Polizei den Umzug gestattet, wie es eigentlich ihre Pflicht war, dann hätten selbstgewählte Ordner der Arbeiter dafür gesorgt, daß auch nicht der mindeste Zwischenfall erfolgte. So aber hat die Aufkäufer, die Verkehrsstockungen und all den Schmerz der nationalliberalen Wahlrechtsfeinde lediglich die Polizeibehörde verschuldet. Mag man sich also bei ihr, nicht bei uns dafür bedanken!

Die Zuschrift bringt aber noch allerhand nette Sachen, die wir wenigstens zur Erheiterung unserer Leser andeuten wollen. Zunächst verrät sie der „nationalen“ Leserschaft, daß die Sozialdemokratie die Absicht habe, den Magdeburger Wahlkreis wieder zu erobern! Sicher eine ganz furchtelange neue Entdeckung. Dann behauptet sie, bei den Straßendemonstrationen hätten „die gut bezahlten und im trocknen sitzenden Führer“ natürlich gefehlt, und schließlich redet sie uns eine besondere Furcht vor den gelben und reichstreuen Arbeitern nach. Alle drei Behauptungen sind gleich spießhaft. Um aber die Aufmerksamkeit von der Hauptsache nicht abzulenken, wollen wir aus neue unterstreichen, daß die Nationalliberalen im Landtag gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben und daß die „Magdeburger Zeitung“ ausdrücklich betont hat, es sei nur gerecht, wenn der Fabrikarbeiter, der Lampenputzer und der Ochsenknecht weniger Wahlrecht als andre haben. Diese Aeußerung des nationalliberalen Blattes soll nicht vergessen werden und auch den gelben und den reichstreuen Fabrikarbeitern usw. rechtzeitig in Erinnerung gerufen werden, wenn dieselben Nationalliberalen wieder um die Stimmen der Fabrikarbeiter, Lampenputzer und Ochsenknechte betteln!

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung war an wichtigen Erörterungen reich. Abgesehen von dem Wahlrechtsantrag, auf den wir an anderer Stelle näher eingehen, kam eine größere Anzahl von Anträgen zur Beratung. Bei dem Etat über den städtischen Grundbesitz gaben Ausführungen des Genossen Ritsch Veranlassung zu einer Debatte über die städtische Bodenpolitik. Während der sozialdemokratische Redner die größtmögliche Ausdehnung des städtischen Grundbesitzes forderte, um der Boden speculation und den Miettreibern zu begegnen, nannte der nationalliberale Justizrat Dr. Stern eine solche Bodenpolitik leichtsinnig. Er fand Lobesworte für die Boden speculation, ohne die eine gesunde Entwicklung der Stadt unmöglich sei! Und die Hausgüter-Stadtverordneten spendeten ihm — selbstverständlich — lebhaften Beifall. Daß die Stadt sich viel besser und vorteilhafter entwickeln kann, wenn jede private Speculation unterbunden wird, ist diesen Herren ein Buch mit sieben Siegeln nicht etwa — es geht ihnen nur wider den Strich, weil damit ihre und ihrer Gesinnungsgenossen persönliche Interessen getroffen werden, weil ihnen damit die Möglichkeit der Erraffung von Riesengewinnen genommen wird!

Große Einmütigkeit herrschte über die wichtige Vorlage der Reform des Tarifs für elektrischen Strom. Sie wurde in allen ihren Teilen wohl ziemlich einstimmig angenommen. Für die sozialdemokratische Forderung, den Großabnehmern keine Sonderrechte einzuräumen dadurch, daß ihnen der Strom unter dem Herstellungspreis geliefert wird, war freilich keine Stimmung vorhanden, obwohl ein solches Entgegenkommen doch wirklich durch nichts gerechtfertigt wird. Es ist doch keine Animosität gegen die Industrie, wie es einzelne Redner anzudeuten liebten, wenn man verlangt, daß ihr kein Geschenk gegeben wird!

Bei dem Armenetat brachte Genosse Weim, dem die Berichterstatter übertrugen war, verschiedene Wünsche zum städtischen Armenwesen vor. Die wichtigste Anregung, auch Arbeiter und Arbeiterfrauen zur städtischen Armenpflege heranzuziehen, fand leider nicht die gebührende Beachtung. Der Stadtrat Dr. Arnold lehnte die Anregung in verblühter Weise ab. Es gäbe auch wohl Arbeiter und Arbeiterfrauen, die für Armer in der Armenpflege qualifiziert seien, aber die Leute hätten doch keine Zeit und man solle ihnen ihre geringe Ruhezeit nicht noch mehr verkürzen. Das ist natürlich nur eine Ausrede. Sicher gibt es in Arbeiterkreisen eine große Anzahl von Personen und gerade besonders Arbeiterfrauen, die auch die Zeit zur Ausfüllung solcher Armer finden. Man mache nur einmal den Versuch!

Eine große Redejagd wurde durch den Versuch des Magistrats hervorgerufen, bei der Beratung des Etats für das städtische Badewesen die Einführung des 10-Pfennig-Einheits-tarifs für Brausebäder durchzuführen. Ein Jahr lang ist auf Grund einer Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordneten der 5-Pfennig-Einheits-tarif versuchsweise in Kraft gewesen. Das soll sich nach Ansicht des Magistrats und der Staatskommission nicht bewährt haben, weswegen die Aufhebung des 5-Pfennig-Tarifs beantragt wurde. Man wollte aber nicht nur den alten Zustand wieder herbeiführen, unter dem die Brausebäder an einigen Tagen 5 Pf. und an andern 10 Pf. kosteten,

sondern wollte eine weitere Verschlechterung einführen, indem man Brausebäder unter 10 Pf. überhaupt nicht mehr abgeben wollte. Es entstanden diesem Antrag aber ebenso viele Gegner als Befürworter. Die wenig stichhaltigen Gründe des Magistrats und der Staatskommission bezweifelten gegen die überzeugenden Argumente gegen den 10-Pfennig-Tarif nicht standhalten. Nach vielem Bemühen, wobei vornehmlich auch unsere Genossen ihren Mann standen, wurde schließlich zum großen Vergern des Magistrats ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, den 5-Pfennig-Tarif beizubehalten. Goffentlich wird der Magistrat nun nicht wieder aus fadencheinigen Gründen die Einführung des 10-Pfennig-Tarifs fordern. Er würde sich vielmehr ein Verdienst erwerben, wenn er die endgültige Einführung des 5-Pfennig-Tarifs bei den Stadtverordneten beantragen würde.

Bemerkenswert ist, daß im Laufe der Debatte der Finanzminister der Stadt, Bürgermeister Neimarus, die Mitteilung machte, daß in diesem Jahre eine Steuererhöhung nicht erforderlich sein wird. Das wird um so größere Freude bei den Steuerzahlern hervorrufen, als man besonders wegen der Eingemeindung der Elbbörfen schon mit ziemlicher Sicherheit auf eine Steuererhöhung gerechnet hatte.

— **Sozialdemokratischer Verein.** Eine Bezirksversammlung findet am Montag den 21. Februar im „Weißen Hirschen“ statt. In die Versammlung wurde auf Wunsch der Neueinsteiger Genossen vom Vorstande gewilligt, damit ihnen die Möglichkeit gegeben ist, den letzten Vortrag des Genossen Holzappel über das Exsurtier Programm hören zu können. Die Genossen werden ersucht, sich zu dem Vortrag ebenso zahlreich einzufinden, wie das bei den vorausgegangenen vier Vorträgen der Fall gewesen ist.

— **Betriebsergebnisse der Straßenbahn.** Die Einnahmen im Monat Dezember beliefen sich auf 226 667 Mark. Von Januar bis Ende Dezember 1908 beliefen sich die Einnahmen auf 2 538 419 Mark. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1909 auf 2 582 400 Mark, mithin im letzten Jahre 43 981 Mark mehr.

— **Zum Bau des Union-Palastes.** In der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten kam neben andern Dingen auch der projektierte Bau des Unionpalastes zur Sprache. Nach längerer Debatte wurde der Verkauf des Blocks 33 der Nordfront an der Bismarckstraße in der Größe von etwa 3252 Quadratmetern an die Unternehmer Wilde u. Lege aus Berlin zu dem Preise von a) 100 Mark für das für das Panoramagrundstück (etwa 2576 qm), b) 60 Mark für das qm für den übrigen Teil des Blocks (etwa 2676 qm), genehmigt. Um Schädigungen nach irgendeiner Seite vorzubeugen, ist noch eine Reihe von Bestimmungen getroffen worden, die von den Unternehmern vor Beginn des Baues erfüllt werden müssen.

— **Zum Bau der „Flora“.** Wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilen konnten, sollen die Neubauten für das neue Unterhaltungs- und Sportabstimmung „Flora“ mit größter Eile betrieben werden. Am Freitag früh sind nun die ersten Arbeiter hierzu auf dem seit Jahren brachliegenden Grundstück, nämlich das Abholzen der nach der Lüneburger Straße zu befindlichen Bäume, in Angriff genommen worden. Demnach muß die Genehmigung zum Bau dieser Tage erteilt worden sein. Das gesamte Grundstück umschließt etwa eine Fläche von etwa 9 Morgen. Nach dem Projekt sollen auf dem Grundstück ein großer Hauptaal mit anschließendem Gartensaal und Tunnelrestaurant errichtet werden. Mit dem Hauptaal wird eine große Sporthalle verbunden, die mit dem Hauptaal etwa 10 000 Reichsmark Raum gewähren soll. An der Ecke der Lüneburger Straße wird ein modernes Café mit Kabarett und Billardsaal errichtet werden. Im Garten ist eine Anzahl Spiel- und Tenniplätze vorgesehen, sowie endlich ein größeres Keglerheim mit 24 Bahnen. Ob nach der Fertigstellung dieser Bauten die Herren Lege und Wilde an ihrem Unionpalast-Projekt noch festhalten werden, erscheint sehr zweifelhaft.

— **Aufforderung!** Der Elektromonteur Joseph Seiler, welcher für eine Magdeburger Firma in Dreileben eine Montage ausführt, und im Auftrage der Firma zur Anwerbung von Arbeitswilligen 100 Mark (Einhundert Mark) Reisegeld für zehn Monteur nach München abgeschickt hat, kann diesen Betrag gegen Quittung und genügende Legitimation im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Gr. Mönzstraße 3 I, in Empfang nehmen. Die begehnten Monteur kommen nicht. Wir bezwecken mit dieser Aufforderung, daß die in Betracht kommende Magdeburger Firma, die trotz telephonischer Nachfrage nicht bestimmt ermittelt werden konnte, den p. Seiler davon benachrichtigt. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

— **Vom Jugendgericht des Schöffengerichts Magdeburg** wurden in der Sitzung am 17. Februar acht Sachen erledigt. Es handelte sich dabei um sechs Diebstähle und einen Betrug, die sämtlich mit Verweisen gehandelt wurden. In dem achten Falle, in dem es sich um eine schwere Körperverletzung handelte, wurde auf 21 Mark Geldstrafe erkannt.

— **Eine Ausweisung.** In der so überschriebenen Notiz in Nr. 40 der „Volksstimme“ ist der Name des Arztes, der von der Ausweisung betroffen war, durch einen Druckfehler in Hellweg statt Hüllweg verhandelt worden. Der praktische homöopathische Arzt Dr. Hellweg bittet uns, zur Vermeidung von Verwechslungen diesen Druckfehler berichtigen zu wollen, was hiermit geschieht.

— **Diebstahl.** In der Nacht zum 17. d. M. ist in einem Laden der Jakobstraße ein schwerer Diebstahl ausgeführt worden. Der Dieb ist vom Hofe aus nach Zerkimmerung einer Fensterscheibe eingestiegen. Gestohlen sind: 1 Mark Kupfergeld, für 10 Mark rote und blaue Habatmarken, 1 brauner Mantel, einhaltend: 6 neue Herren- und blaue Madatmarken, 3 neue Herren-Mattobentleider, 1/2 Duzend Taschentücher mit buntem Rand, ferner aus dem Laden: 7 kg Kaffee (Auffein), 12 Büchlein Kaffee (Marke Tell und Prometheus) und 25 Tafeln Schokolade. Gestohlen wurde ferner: am 17. d. M. nachmittags einer Musikerin in einem Lokale am Breiten Weg 1 braunes Damen-Mapporimonnaie, einhaltend: 5,00 Mark (darunter 1 fünfmarkiges), 2 goldene Damerringe (einer mit Opal, der andere mit rotem Stein) und 3 kleine Schlüssel, und am 16. vormittags einem Arbeiter in der Hafenstraße aus verschlossenem Kleiderkasten ein fünfmarkiges.

— **Festgenommen** wurde der Kellner Bernhard G., der am 3. d. M. in einer hiesigen Schankwirtschaft, in der er in Stellung war, einen Arbeitskollegen aus der Tasche seines im Hüft hängenden Geldbörse 700 Mark gestohlen hat. 500 Mark hat er an seine Schwester in Berlin geschickt, die dort von der Polizei sichergestellt sind. 200 Mark hatte er noch im Besitz. — Der Waffenschmied Richard Weiß aus Heinrichs, der vom Amtsgericht in Seehausen i. L. zur Strafvollstreckung freibrieflich verurteilt wird, ist hier verhaftet worden.

— **Betriebsstörungen.** Am Donnerstag morgen kamen die Frühlüge, die 6,25 Uhr am Breiten Wege eintrifften sollten, erst mit bedeutender Verspätung hier an. Betroffen hiervon wurden die Wagen der Linie 5 (Alte Markstraße), Linie 3 (Friedrichsstraße) und Linie 8 (Agnetenstraße). Die Ursache lag am Versagen des Stromes. — Eine weitere Betriebsstörung trat am Donnerstag abend auf dem Johannisberg ein, wo an einem der großen Frachtwagen der Firma Friedrich in Zerbst eine Leuchte brach. Ein Aufenthalt von 8 Minuten war die Folge des Vorfalls. Im Interesse der Verkehrssicherheit wäre es besser, wenn diese großen und schwerbeladenen Fahrzeuge die wenig steile Johannisbergstraße benützen würden.

Konzerte, Theater, Sport etc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* **Städtische Konzerte.** Das „Kreuzhof“-Konzert, welches am Mittwoch den 23. Februar unter Leitung des Musikdirektors Krug-Walke stattfand, bietet zwei Solisten. Die bekannte Konzertsängerin Frau Elisabeth Müller-Fuchs von hier wird die Solistin-Arie „Auf starkem Hügel“ aus Haydn's „Schöpfung“ und eine Reihe von Liedern am Klavier singen, welche die Komponistennamenrieg, Beethoven, Hugo Wolf, Jensen und Robert Schumann nennen. Konzertmeister Albert Petersen spielt das Ave Maria aus Bruch's „Feuertanz“ und eine Tarantella von Popper. Der orchestrale Teil bietet zunächst zum Gedächtnis an den 100-jährigen Geburtstag Frédéric Chopins drei bekannte Kompositionen dieses Tonkünstlers. Im Mittelpunkt des Konzerts stehen zwei nordeuropäische Komponisten: Edward Grieg und Jean Sibelius. Von ersterem gelangt eine Konzert-Ouvertüre, betitelt „Im Herbst“, und von Sibelius die beiden charakteristischen Tongemälde „Der Schwan von Tuonela“ nebst „Lemminkäinen zieht heimwärts“ zu Gehör. Der dritte Konzerteil ist der heiteren Muse gewidmet.

* **Stadttheater.** Die nächste Woche bringt für Schauspiel und Oper bedeutungsvolle Erstaufführungen, am Montag „Tantris der Narr“, am Sonnabend den 26. „Banadictich“ von Siegfried Wagner. Unser Stadttheater ist die zweite Bühne, welche dieses Musikdrama zur Aufführung bringt und dürfte deshalb der Erfolg dieses Abends nicht ohne Bedeutung für das weitere Schicksal des Werkes sein. Wie bei der Premiere von Siegfried Wagner's „Bruder Lustig“, so werden voraussichtlich auch bei der Erstaufführung von „Banadictich“ die näheren Freunde des Hauses Wagner sich in unserem städtischen Theater ein Stelldichein geben. Daß diese jüngste Schöpfung Siegfried Wagner's bei ihrer Uraufführung am Hoftheater in Karlsruhe einen starken Erfolg errangen, haben ja die Tagesblätter bereits gemeldet. Die Hauptrollen in der Erstaufführung „Tantris der Narr“ spielen die Damen Gavelta und Sarno und die Herren Mählhofer, Bogeler, Hoffmann, Koss, Baum. Auf vielseitigen Wunsch wird am Dienstag Eugen d'Albert's Musikdrama „Tiefenland“ wiederholt. Die nächste Aufführung „Der dunkle Punkt“ findet am Mittwoch statt. Am Donnerstag wird „Im Paradiese Mohammeds“ wiederholt.

* **Wilhelm-Theater.** Das nächste Benefiz ist für die erste Sängerin Fräulein Marie Bernig. Die beliebte Sängerin hat sich zu ihrem Ehrenabend die erfolgreiche Novität „Die geschiedene Frau“ gewählt. Der Verkauf der Billette für diese Vorstellung beginnt bereits heute.

Letzte Nachrichten.

Reichskanzler und Reichstagswahlrecht.

Bb. Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtber. d. „Volksstimme“.) Der Reichstag lehnte heute den Zusatzantrag der Sozialdemokraten zum Toleranzantrag des Zentrums mit 233 gegen 80 Stimmen ab. Der Zentrumsantrag selbst wurde mit 160 gegen 150 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Staatssekretär des Innern Delbrück teilte mit, daß der Reichskanzler die sozialdemokratische Interpellation über seine Aeußerungen zum Reichstagswahlrecht erst morgen beantworten werde.

Wenn die Polizei ruhig ist.

Stb. Halle, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) In einer von 8000 Personen besuchten Versammlung im „Volkspark“ protestierten gestern Abend die hiesigen Arbeiter gegen die Polizeitaten vom 13. Februar. Alle Räume des Stadthauses waren überfüllt. Laufende fanden keinen Zutritt. Augenzeugen berichten, daß Schusswunden die Anwesenden getroffen seien. Es wurde eine scharfe, das Verhalten der Polizei verurteilende Resolution angenommen. Als nach 11 Uhr die Massen sich auf die Straße ergossen und nach der Stadt marschierten, hatte die Polizei keine Waffen aufgestellt. Der ungenutzte Zug laugte infolgedessen ruhig auf dem Marktplatz an, wo er sich zerstreute. Von den am Sonntag Verletzten sind die meisten Leute, die an der Demonstration nicht beteiligt waren.

Freiwillige Dreiklassen-Freundschaft.

Hb. Elberfeld, 18. Februar. Eine zahlreich besuchte, von den Nationalliberalen und Freiwilligen einberufene Versammlung liberaler Wähler hat gestern nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Dr. Hinzmann und einer lebhaften Erörterung, woran auch der Landtagsabgeordnete Gantler teilnahm, einen Beschlus an angenommen, worin die Wahlrechtsvorlage für unannehmbar erklärt wird. Die Versammlung hält unbedingt an den in der Vorlage unberücksichtigt gelassenen Forderungen des Liberalismus: Geheimwahl und Neueinteilung der Wahlkreise, fest und erwartet, daß die liberalen Abgeordneten des Wahlkreises Elberfeld-Barmen mit aller Entschiedenheit für diese beiden Forderungen eintreten. (Das Dreiklassenstystem soll also beibehalten werden. Red.)

Die sparsame Marinerverwaltung.

Stb. Berlin, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Budgetkommission des Reichstages verlas der Admiral Harms die Protokolle über die Angaben des Abgeordneten Sebering, die Materialverschwendung auf der Danziger Werft betreffend. Es wird in diesen behauptet, daß die eingeleiteten Untersuchungen die Unwahrscheinlichkeit der Sebering'schen Behauptungen ergeben habe. Es seien nur wertlose Abfälle gefunden worden. Es scheint, als ob die Gewahrsamsmänner des Abgeordneten Sebering wider besseres Wissen gehandelt hätten. Abgeordneter Sebering erklärte demgegenüber, er hätte eine Depesche erhalten, worin das Gegenteil angegeben sei. Die Gegenstände seien gefunden, die Untersuchung sei oberflächlich gehandhabt worden. Er würde seine Gewahrsamsmänner nennen, sobald er Rücksprache mit diesen genommen hätte.

Hb. Neuhort, 18. Februar. Die Neuhorter Regidatur untersucht umfangreiche Unterschlagungen und bedeutende Verstöße gegen die Vorschriften der früheren Sprecher Rigen, der gegenwärtige republikanische Führer Alde sowie noch zwei andre sehr bekannte Persönlichkeiten erhielten je 1000 Dollar. Weitere aufsehenerregende Enthüllungen stehen bevor. Die Sache wackelt sich zu einem Riesenskandal aus.

Hb. Paris, 18. Februar. Dem „New York Herald“ wird aus Buenos Aires gemeldet: Auf einem Vulkan-Zweidecker unternahm gestern der Aviatier Bregi eine Weltfahrt mit einem Gypresflug. Er hatte ihn schlagen können, indem er 22 Kilometer in 18 Minuten in einer Höhe von 70 Metern zurücklegte. Die zurückgelegte Strecke betrug im ganzen 43 Kilometer, die in 45 Minuten durchflogen wurden.

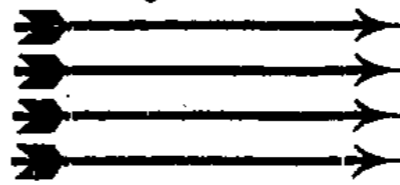
Wettervorhersage.

Sonnabend, 19. Februar: Unruhig, wolkig, mild, stellenweise Regen.

— **Sinzig.** Heute liegen Prospekt folgender Firmen bei: Bajer Magdeburg für Sudenburg. — Scheidt u. Stern für Sudenburg und Umgebung. — Deutsche Screenmoden für Burg und Umgegend.

Wolf Seelenfreund

4 Geschäfte



Breiteweg 66, an der Fontäne
Breiteweg 272
Jakobstrasse 47
Halberstädter Strasse 118a

Schleuder-Lage!

Freitag
18
Februar

Sonnabend
19
Februar

Sonntag
20
Februar

Montag
21
Februar

Dienstag
22
Februar

Mittwoch
23
Februar

Donnerstag
24
Februar

Wirtschaftswaren

Schneertücher, gewöhnlich 3 Stk 26,5
Schneertücher Patent (mit hart. Mittelteil) 13
Kerzen Pack 333 Gramm 39,5
Kerzen Pack 500 Gramm Gr. und Sr. 54,5
Papiermasse Dose 58 und 38,5
Papier-Rückenstücken Rolle 18 und 13,5
Wachstuch-Rückenstücken Meter 5,5
Wesepumpenapparat 95,5
Stuhlzüge Blech 29,5
mitiert Leder Stuhl 23,5
Gierahmen zum Anhängen 35,5
Einleum-Gimer-Natterheber 10,1
Fensterleder 46 und 23,5
Wasserschlauch von 1,60 bis 12,5
Klosettpapier 23,5
Brotbackpapier Pack 19,5
Blattelgäse 70 und 46,5
Reißweden Karton, 3 Duzend 6,5

Holzwaren

Kleiderbügel gewöhnlich 3 Stk 10,5
poliert 3 Stk 18,5
mit Stab 3 Stk 19,5
pol. m. Stab 3 Stk 28,5
Nussbaum, mit Gosen-irreder 44,5
Stuhl 22,5
Wäschekammern, groß, geschliffen 22,5
Waschbretter mit harter Einlage 72 und 46,5
Pum- und Wickschästen Extrapreis 72 49 und 35,5
Handtuchhalter 1,75 1,35 95 bis 13,5
Bettdeckenhalter 38,5
Besteck-Kästen, extra stark 75,5
zu einer komplett. 3,50
Küchengerät. pass.
Giergrau für 24 Eier 95,5
Portierenschnangen, komplett, mit Ringen 2,25
6 7 8 9 Stk.
Leitern statt 3,00 3,50 4,00 4,50
Extrapr. 2,50 2,90 3,40 3,75
Tischzeit Extrapreis 60,5

Metallwaren

Gasföcher 1,95 und 95,5
Spiritusföcher 65 43 35 und 23,5
Petrolenmföcher 5,50 bis 95,5
Fleischhackmaschinen 4,35 bis 2,90
Spiritusplatten 7.85
Kohlenplatten 1,85
Kohlenhaufen 30 23 18,5
Grubelöffel verzinnt 18, gewöhnlich 7,5
Frittierreifen 20 10 6,5
Wellenbrunnenschere 46 28 25,5
Messinghaken für Scheibengardinen 16,5
Küchenswagen 4,50 2,65 1,95 1,15
Reibemaschinen 1,95 1,50 96,5
Kaffeemühlen 1,30 1,20 1,10 1,00 und 68,5
Sollinger Besteck Paar 1,25 bis 30,5
Schüssel, Aluminium, Britannia, Napfa 75 bis 1,5
Kaffeelöffel, Aluminium, Britannia, Napfa 35 bis 3,5

Blechwaren

Eckige Kohlentafeln 1,10 bis 45,5
Kohlenschlitten 92 bis 45,5
Briefkasten 75 bis 88,5
Wärmflaschen 1,45 bis 95,5
Kammflaschen 23 und 10,5
Spiral-Schneeschläger 9,5
Amerikanische Schneeschläger 35,5
Kaffe- und Zuckerbüchsen 25 und 16,5
Draht-Bestekföcher 45 und 35,5
Kaffeelote 10 und 5,5
Tee-Gier, vernickelt 23,5
Meerrettichreiben 10,5
Buddingformen 2,00 1,75 und 1,50
Königsstückenformen*) 1,25 und 90,5
Springformen 65 70 und 60,5
Draht-Lopfunterheber 23,5
Anstichformen 10 und 5,5
Suppenflöhe mit Gazeboden 40 und 35,5
Brotföcher, lackiert 39,5

Marktkörbe extra stark mit 2 Redeln 1.85

Ein Posten **Holzwaren** zur Hälfte des bisherigen Preises

Wand-Kaffeemühlen 2.75 verschiedene Muster Extrapreis

Petrolenmkannen 2 Liter neublau 39

Gelegenheitskauf!

2290 Fußmatten

400 Stk Rohrmatten, bunten Nr. 0 Stk 23,5
400 Stk Rohrmatten, glatt Nr. 1 Stk 28,5
300 Stk Rohrmatten, bunten Nr. 1 Stk 35,5
300 Stk Schlauchmatten Nr. 1 Stk 45,5
600 Stk Kasse-Doppelmatten bunten durchlöcher 42 35 u. 25,5
150 Stk Japansmatten mit Rand 55 u. 85,5
80 Stk Japansmatten, bunten 1,00 u. 63,5
36 Stk Japansmatten, glatt 9,25 u. 1,65
21 Stk Japansmatten, bunten 2,50 u. 1,85

Besen und Bürsten

Feberwedel Extrapreis 73 36 und 21,5
Röbelwedel Extrapreis 68 46 und 25,5
Borsten-Rehröben Extrapreis 1,15 85 68 und 42,5
Borsten-Rehröben Extrapreis 86 46 36 und 23,5
Kohhaar-Rehröben Extrapreis 2,15 1,45 1,25 und 85,5
Schwämme Extrapreis 45 41 34 und 19,5
Schwämme Extrapreis 27 23 und 17,5
Kohlschalen Extrapreis 57,5
Glasbürsten Extrapreis 72 46 34 und 25,5
Auftragbürsten Extrapreis 7 und 5,5
Crema-Auftragbürsten Extrapreis 5,5
Crema-Wischbürsten mit Dental Extrapreis 48,5
Alpentrübchen Extrapreis 63 46 und 38,5
Kohlfächer Extrapreis 38 32 28 23,5
Kohlfächer Extrapreis 75 60 48,5
Kohlfächer Extrapreis 33 15 13,5
Kohlfächer Extrapreis 12,5

Aluminium*)

Wegen Einführung einer neuen Marke verkaufe ich die alten Bestände erheblich unter Preis
Milchföcher, außen poliert bisher 5,00 4,20 3,25 jetzt 4,00 3,40 2,65
Gebauchte Schmortöpfe, matt, mit Deckel bisher 3,75 2,90 2,65 2,10 jetzt 2,90 2,30 2,15 1,70
Kaffeelöffel, poliert bisher 5,50 4,75 jetzt 4,40 3,80
Stielpfannen, extra stark, matt bisher 1,20 1,50 jetzt 1,20 1,10
Kochtöpfe, extra schwere Qualität, aus pol., mit Deckel bisher 5,50 7,25 5,25 4,75 4,00 3,50 3,00 jetzt 6,50 5,75 4,25 3,80 3,20 2,80 2,40
Fleischföcher, poliert, schwere Qualität, ohne Deckel bisher 5,00 4,20 3,60 3,20 2,60 jetzt 3,50 3,40 2,90 2,60 2,20
Bratpfannen mit Deckel bisher 13,50 9,50 5,25 jetzt 10,00 7,50 4,25
Kariofilbämpfer, poliert bisher 8,00 7,50 jetzt 6,25 5,75
Auf alle hier nicht aufgeführten Artikel 20 Prozent Rabatt!

Lampen

Wegen vorgerückter Saison besonders billig!
Tischlampen, 10linig, komplett 1,15
Tischlampen, 14linig, auf alle Sorten, 10 Prozent Rabatt
Hängelampen ohne Ausnahme ermäßigt um 10%
Kronen ermäßigt um 15%
Handlampen ermäßigt um 10%
Wandarme ermäßigt um 10%
Werkstattlampen ermäßigt um 10%
Lampeln ermäßigt um 10%
Nachtlampen ermäßigt um 10%
Bunte Lampenglocken, herborragend billig!
Zampendichte
Lichtmanschetten
sowie sämtliche Lampen-Einzelteile

Wäscheleinen

Länge i. Meter 20 25 30 35 40 50
Stärke 4fach 6fach 8fach 12fach 13fach
Extrapreis 22 42 72 1,15 1,50 1,90
Marktuze 45 u. 42,5

Ein Posten **Straßenbesen** statt 1,60 75 50,5 Extrapreis 80 60 38,5

Glasglühlichtstrümpfe 29 einschließlich Steuer

Glas

Witgläser Extrapreis 13,5
Wassergläser Extrapreis 30
Elementengläser, groß 2,5
Zitronendrücker 7
Kammlampen 45 43 35
Glassteker, verschiedene Sorten 5,5
Butterböden Extrapreis 20
Bierböden, 1 Liter Extrapreis 6
Bierböden, geschliffen Extrapreis 30

Echtes Porzellan

Kaffeekannen mit Goldrand von 2,60 bis 45,5
Milchbüchse mit Goldrand von 1,00 bis 11,5
Zuckerböden mit Goldrand von 80 bis 70,5
Zuckerböden mit Goldrand 1,75 bis 1,20
Tassen, klein, mit Goldrand 38,5
Tassen, Schälchen mit Goldrand 30,5
Kaffeekannen mit blauer Farbe 2,25 bis 60,5
Milchbüchse mit blauer Farbe 1,15 bis 17,5
Zuckerböden mit blauer Farbe 66 bis 75,5
Zuckerböden mit blauer Farbe 4,00 bis 90,5
Tassen in verschied. Formen u. bl. Farbe 99 bis 45,5
Imitiert Kobalt
Kaffeekannen 2,50 bis 1,40
Milchbüchse 1,00 bis 60,5
Zuckerböden 1,75 bis 1,40
Zuckerböden 2,25 bis 2,00
Tassen, alle Formen 90,5

Spezial-Angebot

Aquarienkasten — Batteriekasten
Eckige Glaskasten
Länge Breite Höhe Preis
ca. 20 15 15 cm 9,95
21 18 20 cm 1,20
22 20 20 cm 1,40
19 23 35 cm 1,65
25 18 22 cm 2,00
27 26 45 cm 2,50
30 27 37 cm 2,50
30 21 37 cm 2,50
30 22 24 cm 2,75
40 20 45 cm 4,00
42 28 50 cm 5,00

Wegen Aufgabe des Artikels*)

Gerahmte Bilder
Bisheriger Preis Reduzierter Preis
12,00 9,00
10,00 7,50
9,50 7,20
9,00 6,75
8,00 6,00
6,00 4,80
5,50 4,50
5,00 4,20
4,50 3,75
3,00 2,40
2,50 1,90

Ein großer Posten **Tafel-Aufsätze**
Bisher 5,00 7,00 8,00 5,00 4,00
Extrapreis 5,00 4,00 3,50 3,00 2,50

Ein Posten **Spiegel** Größe 45x60 35x35 31x35 28x33 24x20 Extrapreis 94 56 46 36 29,5

Die mit *) versehenen Artikel sind nur in meinem Hauptgeschäft Breiteweg 66 zu haben.